Der Landesverrat in der Evangelischen Kirche

Deutsche
National*Zeitung
und Soldaten-Zeitung

15. Jahrg. / Nr. 44 / 29. Oktober 1965 — Italien Lir. 120,– / USA $ 0,25 / Kanada kan. $ 0,25 / Ägypt. äg. £ 0,14 / Finnl. Fmk. 0,80 / Griechenl. Drs. 8,– / Belg. bfrs. 10,– / Austral. A sh 2,6 / Portug. Esc. 7,– — 80 Pf /S 5.– / Ausgabe A / 4 C 2295 C

Wie lange regiert Erhard noch? / Die Messer werden schon gewetzt / S. 3

Die große Lüge der KZ-Prozesse

NZ - Gespräch mit einem „ermordeten" KZ - Häftling

Berufszeuge: „Hauptsache, man bekommt Geld dafür"

Daß viele hunderttausend Menschen in deutschen Konzentrationslagern vom Leben zum Tode gebracht wurden, ist eine beweisbare und jedermann bekannte Tatsache. Es gibt aber ebenso Beweise dafür, daß in KZ-Prozessen mit der Wahrheit Schindluder getrieben wird, teilweise um durch eine Vervielfachung der Opfer unserem Volk für einen möglichst langen Zeitraum Schaden zuzufügen und teilweise einfach zum finanziellen Nutzen von Berufszeugen. Wenn einmal dieses Kapitel bundesdeutscher Wirklichkeit geschrieben wird, kann es unserer Justiz nur zur tiefen Schande gereichen.

Das Stader Schwurgericht sprach im April 1950 den ehemaligen SS-Oberscharführer Otto Hoppe schuldig des Mordes an einem — wie die Nachforschungen ergaben — nicht existenten Reichstagsabgeordneten, des Mordversuches an einem — wie sich herausstellte — bereits 1917 Gefallenen und des Totschlages an einem — wie man bereits damals leicht hätte feststellen können — noch Lebenden. Die Zeugen, in jenen Tagen noch ohne die Möglichkeit, ihre Erinnerung anhand gut sortierter Karteien zu arrondieren, beeideten ohne Zögern ihre in Heimarbeit gebastelten Beschuldigungen.

Wie in den nachfolgenden Jahren die Experten mit „teamwork", so erreichten 1950 die Volontäre mit ihren phantasieangereicherten Zeugensoli das gleiche Ziel: die Verurteilung des jeweils Angeschuldigten.

Der ehemalige SS-Oberscharführer Hoppe verschwand als „überführter Mörder" hinter Zuchthausmauern, obwohl er immer wieder seine Unschuld beteuerte. Es scheint, als ob die Angst, einen Häftlingszeugen der Lüge zu überführen, die Nachforschungen hemmte. Mehr als fünftausend Tage und Nächte mußte Hoppe im Zuchthaus verbringen, bis die geäußerten Zweifel an den damals beeideten Aussagen konkretisiert und bewiesen werden konnten. Zumindest im Falle des angeblich von Hoppe totgeschlagenen Heinrich Seiler hätte es lediglich einer Routinenachfrage bei der Einwohnermeldestelle der Stadt Gießen bedurft, um diesen Anklagepunkt auszuscheiden. Der „doppelte Heinrich" — Vater und Sohn — ist seit Endes des Krieges in jedem Einwohnermeldeverzeichnis dieser Stadt ohne Schwierigkeiten zu finden.

Der „Erschlagene" wurde am 10. 3. 1906 in Wieseck bei Gießen geboren und war — wie der abgegriffene Entlassungsschein ausweist — als „Vorbeugungshäftling" von 1939 bis 1943 in Buchenwald.

Obwohl Seiler keineswegs davon angetan ist, plötzlich im Lichte der Öffentlichkeit zu stehen, erklärte er sich nach einigem Zögern bereit, die ihm von der NATIONAL ZEITUNG gestellten Fragen zu beantworten.

Das ist die Wahrheit

NZ: Herr Seiler, wie lange waren Sie als Häftling im Konzentrationslager Buchenwald?

Seiler: Ich war im Konzentrationslager Buchenwald vom 27. 6. 1939 bis zum 6. Januar 1943.

NZ: Waren Sie politischer Häftling? Sind Sie damals wegen Ihrer Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei festgenommen worden?

Seiler: Im März 1939 wurde ich mit anderen Mitgliedern der Kommunistischen Partei verhaftet und in das Gefängnis in Gießen eingeliefert. Mit weiteren fünf Mann kam ich dann von hier aus nach Buchenwald.

NZ: Sind Sie der einzige Überlebende?

Seiler: Nein, nur einer aus unserem Kreis ist gestorben.

NZ: Wurde er erschlagen?

Seiler: Nein, er ist an Schwäche gestorben. Ich habe ihn noch ins Revier getragen, er starb am nächsten Tag.

NZ: Wie waren die Zustände im Konzentrationslager Buchenwald?

Seiler: Es war schrecklich.

NZ: Sind Leute dort ermordet worden?

Seiler: Es wurden Häftlinge auf der Flucht erschossen. Viele sind auch im Steinbruch umgekommen.

NZ: Gab es Quälereien?

Seiler: Das weiß ich nicht. Aber im Steinbruch mußten die Männer die Steinblöcke 86 Stufen hoch schleppen, viele brachen dabei tot zusammen.

NZ: Gab es in Buchenwald auch weibliche Häftlinge oder Kinder?

Seiler: Während meiner Zeit, also bis 1943, gab es nur männliche Häftlinge.

NZ: Wie viele Häftlinge waren in Buchenwald?

Seiler: Bis 1943 waren es etwa 28 000 bis 30 000 Mann.

NZ: Waren es in der Hauptsache Juden?

Seiler: Nein, es gab etwa 2000 bis 3000 Juden im Lager.

NZ: Wo waren Sie untergebracht?

Seiler: Ich war in der Baracke 19.

NZ: Mit wie vielen Häftlingen war die Baracke belegt?

Seiler: Auf Flügel A und B waren zusammen etwa 80 Mann untergebracht. Wir lagen je drei Mann in zwei Feldbetten, die Betten waren dreistöckig aufgestellt.

NZ: Wie viele Krematorien gab es im Lager?

Seiler: Zuerst gab es gar kein Krematorium im Lager. Die Toten wurden immer mit Lastwagen weggeschafft. Erst 1940/41 wurde, um die Verstorbenen zu verbrennen, das Krematorium gebaut.

NZ: Herr Seiler, seit wann wissen Sie eigentlich, daß Otto Hoppe Sie erschlagen haben soll?

Seiler: Seit meiner ersten Vernehmung im Mai 1965.

NZ: Kennen Sie Otto Hoppe?

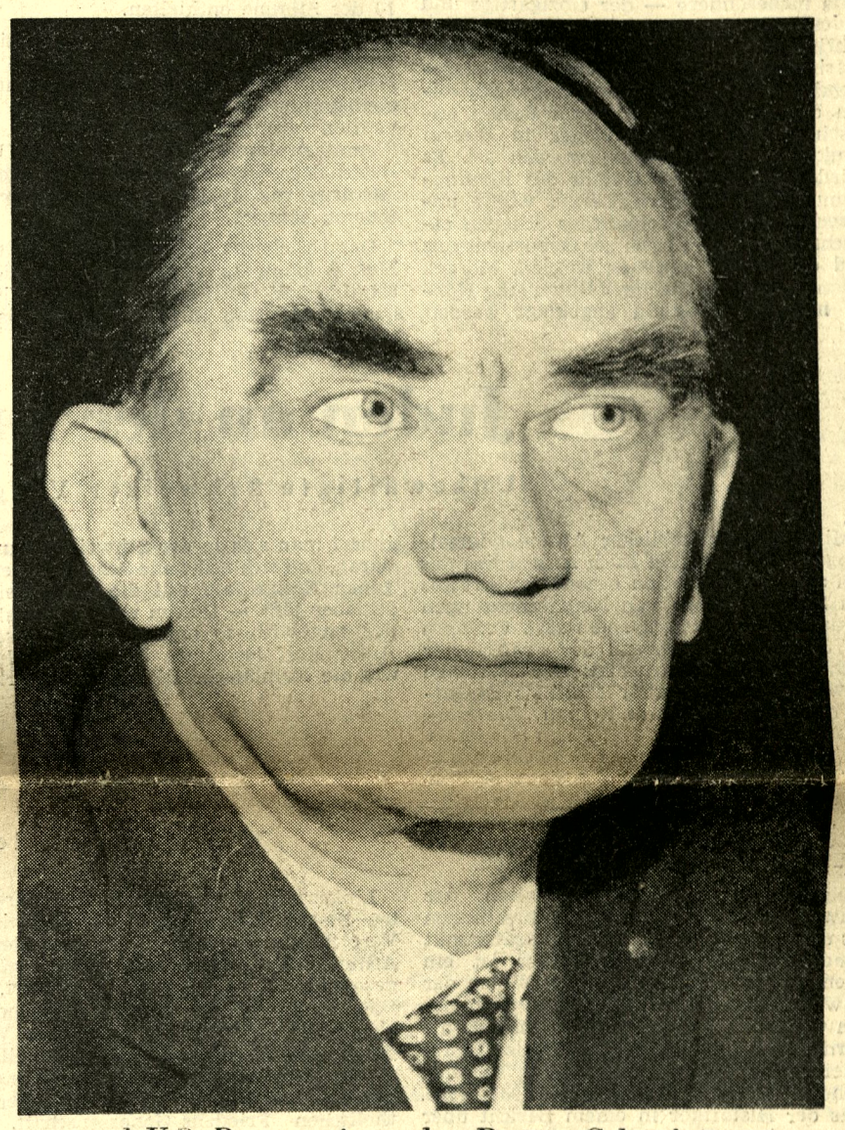
Seiler: Natürlich kenne ich ihn. Er war zwei Jahre lang mein Kommandoführer. Wir nannten ihn „Nigrin", weil er beim Appell immer zuerst auf die Schuhe sah.

NZ: Sind Sie von Hoppe geschlagen worden?

Seiler: Ich kann mich über Hoppe nicht beschweren. Er hat nie geschlagen. Wenn er mir eine Ohrfeige gegeben hätte, würde ich das auch sagen. Aber Hoppe hat mir nie etwas getan.

NZ: Wissen Sie, ob Hoppe andere Häftlinge geschlagen oder gequält, oder vielleicht sogar umgebracht hat?

Weiter Seite 6



EKD-Ratsvorsitzender Präses Scharf, Verkünder der Kollektivschuld

LESEN SIE SEITE 4

Grossmanns Wiedergutmachungsrechnung

„Gleiche Ergebenheit und gleiches Interesse" erwartet

Der abwechselnd in den USA und in der Bundesrepublik lebende Wiedergutmachungsspezialist, Kurt R. Grossmann, einst Generalsekretär der linksextremen sogenannten Liga für Menschenrechte und heute enthemmter Gegner der NATIONAL ZEITUNG, hat im New Yorker Zionistenblatt „Aufbau" eine überschlägige Rechnung „Entschädigungswerk in Zahlen" über das Bundesentschädigungsgesetz aufgemacht. Danach waren per 30. Juni 1965 nicht weniger als 3 374 020 Ansprüche „seit Bestehen irgendeines Entschädigungsgesetzes" registriert. Davon sind 3 081 277 Ansprüche bearbeitet. Die total ausgegebene Summe für die bearbeiteten Anträge betrug am 30. Juni 1965 über 18,2 Milliarden Mark, Wiedergutmachungen an den Staat Israel und an andere Staaten nicht eingeschlossen.

Grossmann nennt die amtliche Zahl des Bundesfinanzministeriums, wonach bereits nach der jetzigen Lage (!) die Wiedergutmachung 45 Milliarden Mark überschreiten werde, nicht. Statt dessen behauptet er, der Wahrheit zuwider, Schäffer habe 1957 ausgeführt, daß „allein für die Ansprüche unter dem Bundesentschädigungsgesetz ca. 28 Milliarden DM ausgegeben werden würden".

Dem Herrn Grossmann muß zweierlei bekannt sein: Erstens werden die Leistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz, wovon bisher über 18,2 Milliarden ausgezahlt sind, tatsächlich 28 Milliarden ganz erheblich überschreiten. Zweitens hat Schäffer in seiner berühmten Plattlinger Rede des Jahres 1958 die Summe der gesamten deutschen Wiedergutmachungsleistungen auf mindestens 28 Milliarden Mark beziffert. Wegen dieser pflichtgemäßen Feststellung in seiner Eigenschaft als bundesdeutscher Finanzminister mußte der ehrenwerte Schäffer Kübel von Schmutz über sich ausgießen lassen. Die Verleumder behaupteten, er übertreibe bewußt maßlos. Heute sieht es so aus, als ob die von Schäffer bezifferte Summe sich letztlich verdoppeln werde. Aber keiner seiner Verleumder hat sich entschuldigt oder geht in sich; man verleumdet weiter.

Grossmann schließt sein Pamphlet: „Wir hoffen, daß der eingearbeitete Stab der Entschädigungsämter mit gleicher Ergebenheit und gleichem Interesse, wie das in den vergangenen Jahren zumeist der Fall war, auch die letzte Phase der Entschädigungsgesetzgebung in die Tat umsetzt, damit die Verfolgten die Entschädigungsbeträge erhalten, die der Gesetzgeber ihnen durch den letzten großen Akt des Jahres 1965 zugesprochen hat."

Startverbot für „fliegenden Sarg"

Kein Bezug zu Unglücksfällen

Über alle 650 Starfighter von Bundesluftwaffe und Bundesmarine wurde absolutes Startverbot verhängt. Ein Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums bezeichnete den Schritt als „Vorsorgliche Sicherheitsmaßnahme". Er behauptete, das Startverbot habe nichts mit den Unglücksfällen zu tun, denen eine Vielzahl Starfighter zum Opfer fiel. Der Grund liege darin, daß ein Bolzen der hydraulischen Servo-Lenkung an einigen Maschinen nicht so gesichert sei, wie es die Bestimmungen vorschreiben.

Nach Überprüfung durch eine Sonderkommission ist das Startverbot für eine Reihe von Maschinen bereits aufgehoben. Der Starfighter, ein Lizenzbau der deutschen Industrie nach amerikanischem Modell, ist außerordentlich umstritten und hat bereits vielen seiner Besatzungen das Leben gekostet. Die amerikanische Rüstungsindustrie hat jedoch am Verkauf dieses Modells an Deutschland hervorragende Gewinne erzielt.

Bonn muß zur Kasse

Der „Spiegel"-Verlag fordert von Bonn Schadenersatz in Höhe von mehreren Millionen DM für die im Herbst 1962 durchgeführte rechtswidrige Polizeiaktion gegen das Nachrichtenmagazin. Die mit Amtshaftung begründete Klage wird in diesen Tagen beim Hamburger Landgericht eingereicht.

Die Auschwitz-Zeugengelder

Der hessische CDU-Landtagsabgeordnete Richard Hackenberg will in einer kleinen Anfrage vom hessischen Justizminister Dr. Lauritzen wissen, ob im Auschwitz-Prozeß Entschädigungen an Ausländer bewilligt und gezahlt wurden, die vom Gericht als Zeugen nicht geladen oder nicht gehört worden sind. Außerdem soll der Minister Auskunft darüber geben, für welchen Zeitraum der Verdienstausfall gegeben wurde, d. h. ob auch die Vorvernehmungen in den (kommunistischen) Heimatländern der Zeugen mit einbezogen wurden. Das Gericht müsse erklären, wie hoch die Entschädigungen tatsächlich waren, wenn es sich nicht Anschuldigungen aus der Öffentlichkeit aussetzen wolle. Hackenberg will auch klargestellt wissen, ob es zutreffe, daß von „höchster Stelle" eine besonders großzügige Handhabung der Verdienstausfallentschädigung für Ausländer angeordnet worden sei. In diesem Zusammenhang fordert Hackenberg auch Aufklärung darüber, in wieviel Fällen Entschädigung an Ausländer gezahlt worden ist, die vom Gericht überhaupt nicht als Zeugen gehört worden sind.

Im Fettnäpfchen

In Südrhodesien ist die Stimmung gegen die Bundesrepublik, die bisher hohes Ansehen genoß, auf dem Siedepunkt, nachdem der deutsche Botschafter in London, Herbert Blankenhorn, sich auf höhere Anweisung veranlaßt sah, dem in der britischen Hauptstadt weilenden rhodesischen Premier Smith eine Demarche zu übergeben. Darin versicherte Bonn den weißen Rhodesiern, es werde im Falle einer Unabhängigkeitserklärung ihnen keinerlei Unterstützung gewähren. Diese diplomatische Initiative, die offenbar das Gefallen Washingtons und Londons erregen sollte, wird in Salisbury kalt als „unnötige Wichtigtuerei" abgetan, die die Rhodesier, wenn einmal bessere Stunden kämen, nicht vergessen würden.

Die gefährliche Erklärung

Der Kommunismus wird nicht verdammt

Auch in weiten Kreisen ausgeprägt philosemitischer Katholiken wurden die Bemühungen des Konzils zur Verdammung des Antisemitismus aus dem einfachen Grund nicht verstanden, weil dieser Antisemitismus eigentlich vor 30, 300 oder 1000 Jahren hätte verdammt werden müssen, als er noch Macht und Einfluß hatte. Die Verdammung einer nicht mehr existierenden, zumindest gänzlich wirkungslosen Bewegung ist hingegen überflüssig.

Beunruhigung soll eine von 450 Konzilsvätern unterzeichnete Bittschrift an den Papst hervorgerufen haben, die eine feierliche und ausdrückliche Verurteilung des Kommunismus durch das Zweite Vatikanische Konzil verlangt. Mit dem Zuzug weiterer Konzilsväter wird gerechnet. Zu den Urhebern gehört Bischof Carli von Segni, erbitterter Gegner der Judenerklärung, der der Überzeugung ist, daß das Konzil sich an aktuellen Fragen bewähren möge. Dementsprechend warnt das Schriftstück das Konzil, daß es der Feigheit, ja des Einverständnisses mit dem Kommunismus angeklagt werden könne, wenn es sich nicht jetzt, da diese Gefahr gegenwärtig sei, unzweideutig ausspreche.

Da insbesondere — der einzigartige und unvergessene, sicher größte Papst dieses Jahrhunderts — Pius XII. sich mit aller Klarheit gegen den Kommunismus ausgesprochen habe, würde ein etwaiges Schweigen des Konzils als Widerruf dessen angesehen werden, was bisher in diesem Punkt gesagt und getan worden sei. Es würde bedeuten, die Gefahr des Kommunismus zu verkleinern. Daraus würde unberechenbarer psychologischer Schaden erwachsen und die Kirche des Opportunismus und der Furcht geziehen werden. Morgen schon könne das Zweite Vatikanische Konzil mit gutem Grund angeklagt werden, nicht gegen den Kommunismus gesprochen zu haben, wie es seine Pflicht gewesen sei. Bischof Carli teilte mit, daß die Bischöfe aus den Ländern jenseits des Eisernen Vorhangs darin völlig einig mit ihm seien.

Zur gleichen Zeit der aufsehenerregenden Initiative des Vertreters der konservativen Richtung im Konzil wird bekannt, daß Paul VI. sich in New York gleich zweimal mit Sowjetaußenminister Gromyko getroffen hat, der möglicherweise schon im kommenden Januar dem Papst im Vatikan einen Besuch abstatten wird. Der Papst wird der Bitte der 450 Konzilsväter, den Kommunismus zu verdammen, voraussichtlich nicht entsprechen.

Aus UNO-Konvention eliminiert

Niederlage von USA und Israel in der UNO

Eine Initiative von USA und Israel, den Antisemitismus in der geplanten UNO-Konvention gegen Rassendiskriminierung besonders herauszustellen, ist kläglich gescheitert. Gegen die Stimmen der USA, Israels und 10 weitere Staaten hat der Sozialausschuß der UNO-Vollversammlung beschlossen, aus der Konvention gegen Rassendiskriminierung alle Hinweise auf bestimmte Formen der rassischen Diskriminierung zu streichen. Für die Streichung sprachen sich 82 Staaten aus, während sich 10 der Stimme enthielten.

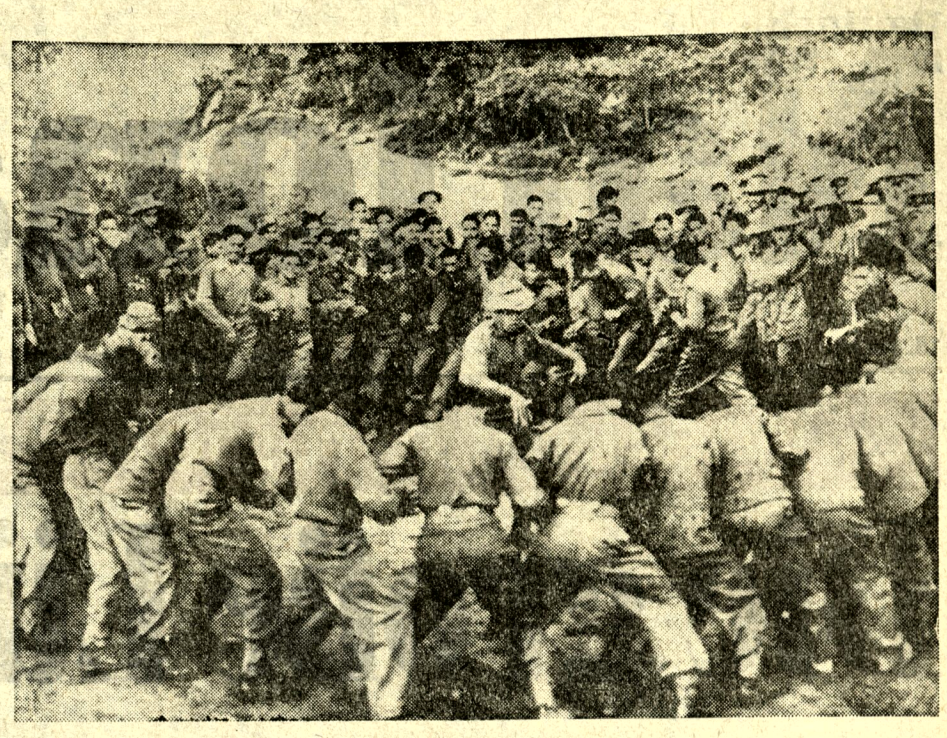
Gleichfalls abgelehnt wurde damit ein Zusatzantrag der Sowjetunion, die auch Nazismus, Neonazismus und Zionismus als diskriminierende Ideologien in die Konvention aufnehmen lassen wollte. Entflammt protestierte der israelische UNO-Botschafter dagegen, Zionismus im gleichen Atemzug mit Nazismus und Antisemitismus zu nennen.

Der israelische Außenminister Frau Golda Meir empfing aus demselben Anlaß die Gesandten und Geschäftsträger der Ostblockstaaten und gab ihrer hellen Entrüstung über den sowjetischen Vorschlag Ausdruck, wonach der Zionismus als rassische Bewegung auf eine Stufe mit dem Antisemitismus gestellt werden sollte.

Sorge um Eupen-Malmedy

Im Zuge der Föderalisierung des flämischen und wallonischen Teils Belgiens sind entsprechende Maßnahmen auch für die deutschen Gebiete des Landes unvermeidbar. Es ist geplant, Eupen, Malmedy und St. Vith vom Verwaltungsbezirk Verviers zu trennen und die Autonomie zu geben. Brüssel bemüht sich aber, die deutschen Teile Altbelgiens von dieser Maßnahme auszusparen. Die Deutschbelgier konnten sich bisher zu einer wirksamen Vertretung ihrer Volksgruppe bei den belgischen Wahlen noch nicht durchringen und sind nach wie vor zersplittert.

Trotzdem fürchtet der belgische Innenminister Vranchx Pech: „Wer sagt uns, ob nicht der deutsche Teil unseres Landes sich eines Tages einer großen Region wie dem Rheinland anschließen wird."



Sie flehen den Gott der Stärke an

Den Gott der Macht und Stärke flehen diese indischen Soldaten während des Dussehera-Festes in ihrem Tanz an. Sie gehören zu einer Einheit, die in Sikkim an der indisch-chinesischen Grenze stationiert ist. Ihr Gott verlieh ihnen anscheinend weniger Stärke als Mut zur Grausamkeit.

Der offene McGhee

Zweifel unerwünscht

In der ihm eigenen so offenen Art erklärte US-Botschafter George McGhee vergangenes Wochenende in Frankfurt: „Ich möchte beiden Seiten eindringlich nahelegen, in Zukunft alle Verdächtigungen und Zweifel zu vermeiden, die nur irgendwie unsere auf gemeinsame Ziele gerichteten Anstrengungen beeinträchtigen könnten."

Als erstes bezog sich der Diplomat auf die amerikanischen Investitionen in der Bundesrepublik, die „lediglich" 3,4 Prozent des in der Bundesrepublik investierten Gesamtkapitals ausmachten und als „echte Wirtschaftsbürgerschaft" zu betrachten seien. McGhee erwähnte nicht, wie wenig sein Land von solcher „Wirtschaftsbürgerschaft" hielt, als es die gesamten deutschen Investitionen in den USA in Höhe von mehreren Millionen Mark erst vor wenigen Jahren entschädigungslos enteignete.

Weiter beteuerte der Botschafter, „daß die einzig wirksame Verteidigung des atlantischen Raumes die kollektive Verteidigung ist". Diese seine Darlegung steht in direktem Gegensatz zur Meinung militärischer Experten, die eine nationale Verteidigung aus einer ganzen Reihe gewichtiger Gründe für ungleich schlagkräftiger erachten.

Niemand denke daran, Zugeständnisse auf Kosten Deutschlands zu machen. „Das liefe nach Präsident Kennedys Worten darauf hinaus, einen Obstgarten gegen einen Apfel einzutauschen. Außerdem wäre es keineswegs gewiß, daß wir den Apfel bekämen." Nun hält niemand die Amerikaner für so dumm, den „Obstgarten" Bundesrepublik, zweite Handels- und dritte Industriemacht der Welt, den Sowjets überlassen zu wollen. Der von McGhee geflissentlich falsch interpretierte Vorwurf geht vielmehr dahin, die widernatürliche Grenze zwischen diesem „Obstgarten" und Mitteldeutschland zementieren zu wollen.

Es sei unzutreffend, daß die USA Deutschland das Mitspracherecht an seiner atomaren Verteidigung vorzuenthalten trachteten. Hier ist wirklich jedes Wort zuviel. Wer nicht als politischer Tölpel bereits geboren ist, weiß, daß die Vereinigten Staaten sich seit Jahren bemühen, Deutschland für viel Geld ein angebliches Mitspracherecht an einer angeblichen Waffe, der MLF, zu verkaufen, um so die überschüssigen Energien Bonns abzuschöpfen, die sich einmal einer eigenen Atomwaffe zuwenden könnten.

Schließlich klagte der Botschafter: „Wie wäre es wohl, wenn das amerikanische Volk immer wieder an der Bundesrepublik zweifelte? Nehmen wir beispielsweise einmal an, in der amerikanischen Presse erschienen wiederholt Leitartikel des Inhalts, daß sich in Deutschland ein gefährlicher Nationalismus breitmache..." Beliebt der Herr Botschafter zu scherzen? Weiß er nicht, daß Deutschland in Rundfunk, Fernsehen und Presse der USA seit Jahren in einer Hetzkampagne ohnegleichen verteufelt wird? Was würde er wohl empfinden, wenn ähnliches seinem Land in unserer Meinungsmache widerführe?

Juden an der Grenze

Unbewältigte Schweizer Vergangenheit

Mittelpunkt erheblicher Auseinandersetzungen verspricht ein Buch zu werden, das sich als Dokumentation besonderer Art aus den Zehntausenden von Neuerscheinungen herauskristallisierte, die von 2376 Verlagen aus 38 Ländern während der Frankfurter Buchmesse gezeigt wurden: Der 38jährige Schweizer Autor Walter Matthias Diggelmann rechnet in seinem Roman „Die Hinterlassenschaft" in scharfer Form mit jenen selbstgefälligen Kreisen der Schweiz ab, die des Zornes voll sind über die Geschehnisse während des Dritten Reiches in Deutschland, aber nicht daran erinnert werden wollen, daß auch die Eidgenossenschaft ein gerüttelt Maß von Schuld auf sich lud.

Diggelmann hat das Verhalten der Schweiz gegenüber jüdischen Flüchtlingen aus dem Deutschen Reich zum Ansatzpunkt seiner Kritik gemacht. Das aber ist ein Thema, über welches nach dem Willen der schweizerischen Bundesregierung geschwiegen werden soll. Erst unlängst öffneten die Berner Bundesbehörden dem Basler Historiker Edgar Bonjour den Zugang zu allen Geheimakten aus der Zeit von 1933—1945. Was der Historiker in einem Bericht über diese „unbewältigte Schweizer Vergangenheit" niederlegte, ist so schwerwiegend, daß es die Regierung für angebracht hält, „mit Rücksicht auf noch lebende Personen" nicht daran zu rühren.

Dieses Tabu hat Diggelmann in seinem Roman verletzt. Er erinnerte an die Schweizer Entscheidung, von 1935 an keine Juden mehr aufzunehmen, die mit der Entschuldigung „das Rettungsboot ist voll" ausgesprochen wurde. Tausende jüdischer Flüchtlinge wurden von diesem Zeitpunkt an auf Befehl der obersten Schweizer Polizeibehörden an der Grenze abgefangen und den deutschen Grenzposten übergeben. Von dort aber führte sie ihr Weg zumeist in die Konzentrationslager. Gestützt auf diplomatische Protokolle wirft Diggelmann dem Land des Tyrannen-Bekämpfers Wilhelm Tell auch konsularische Niedertracht vor: Auf Berner Order hin stempelten die Schweizer Konsulate in Deutschland um Einreise bemühten Juden auf die erste Seite ihres Passes ein rotes „J". So waren sie beim Grenzübertritt sofort erkenntlich und wurden ihrem Schicksal überantwortet.

Kein Wunder, daß der bisherige Schweizer Verleger des in seinem Heimatland jetzt höchst umstrittenen Autors kein „politisches Pamphlet" veröffentlichen wollte. Der Münchner Verlag R. Piper & Co. nahm sich des heiklen Themas an. Wie brisant der Stoff ist, bewies das Echo auf einen Vorabdruck in der „Zürcher Woche": Der mit Dokumenten durchsetzte Roman wurde von den „Basler Nachrichten" ein „helvetischer Alptraum" genannt; der „Tagesanzeiger" in Zürich schrieb von einem „Ärgernis", die „Weltwoche" in Zürich von einem „notwendigen Buch". Mißmutige Alpenstaatler bezeichneten Diggelmann in Leserbriefen als einen „Biertischschwätzer". Offenbar erinnert man sich in der Schweiz nur ungern daran, daß sich nicht alle Schuld an vergangenen Ereignissen auf die Deutschen abschieben läßt. — Dessen war sich wohl auch der angeblich so mutige „Stellvertreter"-Autor Rolf Hochhuth bewußt: Er lehnte, wie die Hamburger Illustrierte „Stern" zu berichten weiß, eine Anfrage des „Spiegel", ob er Diggelmanns Buch für das Nachrichtenmagazin rezensieren wolle, mit einer vieldeutigen Erklärung ab: Noch, so meinte Hochhuth, habe er die Verlängerung seiner Schweizer Aufenthaltsgenehmigung nicht bekommen.

Stinke ein bißchen!

Wie man sich der Wehrpflicht entzieht

Linksradikale Gruppen in den Vereinigten Staaten haben durch die organisierte Vernichtung von Einberufungsbefehlen zur Armee die ihnen bislang nicht ungünstig gesonnene Administration schockiert. Die Regierung will mit gesetzlichen und gerichtlichen Maßnahmen gegen die Wehrdienstverweigerer vorgehen, die teilweise in der Liga der Kriegsdienstverweigerer, der Studentischen Friedensunion, der Katholischen Friedens-Genossenschaft, dem Komitee für gewaltlose Aktionen und ähnlichen Vereinigungen mit wohlklingenden Namen organisiert sind.

Unter den Studenten amerikanischer Universitäten werden Handzettel mit Hinweisen verteilt, wie man sich der Wehrpflicht entziehen könne. Es werden folgende Methoden vorgeschlagen: Nichtvollziehung des Fahneneides, Simulieren von Homosexualität und Allergien, Vortäuschung epileptischer Anfälle, Beschaffung von Strafmandaten, um wehrunwürdig zu werden, oder Vortäuschung psychopathischer Symptome. An anderer Stelle heißt es wörtlich: „Mach dich unbeliebt — nimm zwei Wochen lang kein Bad, schau schmutzig aus und stinke. Langes Haar hilft — laufe barfuß, mache nichts richtig und nässe das Bett!"

Offenkundig von Kommunisten inspiriert und organisiert finden in den USA immer wieder Demonstrationen gegen die amerikanische Vietnampolitik statt, wobei sich die Demonstranten der geschmacklosesten Mittel bedienen. Bild: In New Yorks Prachtstraße, in der Fünften Avenue, wurden etwa 15 000 Demonstranten von Totenkopfmasken angeführt. Die Bevölkerung zeigte wenig Sinn für diese makabre Veranstaltung und bombardierte die militanten Pazifisten mit faulen Eiern, Tomaten und anderen Produkten.

Paris räumt auf

Mutig räumt die französische Justiz mehr als 20 Jahre nach dem Krieg mit angeblichen oder tatsächlichen Agenten Vichys bzw. der Deutschen auf. So begann vergangene Woche vor dem französischen Gerichtshof für Staatssicherheit der Prozeß gegen einen angeblichen ehemaligen Agenten der deutschen Besatzungsmacht, Vaseur, der sich nach dem Kriege 17 Jahre lang in einer Dachkammer im Hause seiner Mutter verborgen gehalten hatte. Er bestreitet die Beschuldigungen. Rund 200 Zeugen sollen aufmarschieren.

Man sieht, Frankreich scheut keine Mühe, um die Vergangenheit zu bewältigen. Deshalb sei die Frage erlaubt: Wann finden die Prozesse statt gegen die entmenschten Mörder von mehr als 100 000 Franzosen, die angeblich mit den Deutschen kollaborierten und deshalb im Zuge der „Befreiung" in nicht wiederzugebender Weise vom Leben zum Tode gebracht wurden? Aber bereits die Freiheit, die die Französische Revolution brachte, war durch einen Blutrausch gekennzeichnet.

HIAG setzt sich durch

Die „Hilfsgemeinschaft der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS" (HIAG) konnte ihr „Elftes Nordmarktreffen" vergangenes Wochenende erfolgreich in Rendsburg durchführen. Der Senat der Stadt, der sich mit den Protesten befaßte, veröffentlichte eine Erklärung, in der er seinen Entschluß, der HIAG die stadteigene Nordmarkhalle zur Verfügung zu stellen, begründet. Darin heißt es, bei der HIAG handele es sich um einen bei dem Amtsgericht Kiel eingetragenen Verein, dem die gleichen Rechte wie allen anderen Organisationen eingeräumt werden müßten. Der Senat werde in seiner Auffassung dadurch bestärkt, daß die zuständigen Bundes- und Länderministerien keine Schritte gegen die HIAG unternommen hätten. Auch hätten die im Bundestag vertretenen Parteien bei den vorangegangenen Treffen der HIAG Grußbotschaften gesandt.

Die Bundesregierung ließ durch ihren Sprecher, Staatssekretär von Hase, erklären, sie nehme zu dem HIAG-Treffen eine neutrale Haltung ein. Diese Veranstaltung sei nach der deutschen Rechtslage ohne weiteres möglich.

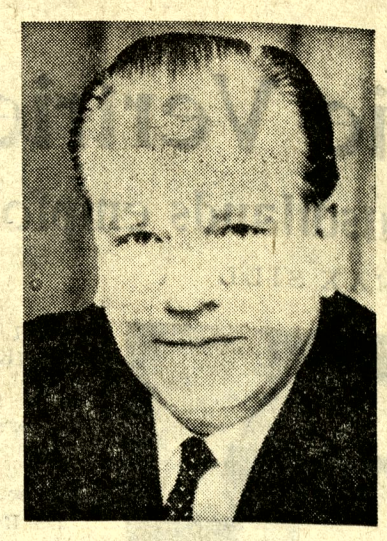
Gegen die Zusammenkunft der früheren Soldaten der Waffen-SS hatten Verbotsforderungen angemeldet die „Vereinigte Arbeitsgemeinschaft der Nazi-Verfolgten", Landesverband Hamburg, die linksradikale „Liga für Menschenrechte", die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr und ähnlich gerichtete Vereinigungen. Antideutsche Organe des In- und Auslandes nahmen das Treffen zur Zielscheibe ihrer Attacken.

Nicht nur Sie,

verehrter Leser, alle sollen die Wahrheit erfahren. Darum geben Sie doch, bitte, Ihr Exemplar weiter. Oder — besser noch — erwerben Sie ein weiteres und geben Sie dieses weiter. Sie dienen damit einer guten Sache!

Das zweite Kabinett Erhard umfaßt wieder 21 Minister, davon diesmal 12 CDU (196 Abgeordnete), 5 CSU (49 Abgeordnete) und 4 FDP (49 Abgeordnete). Das Kabinett enthält nur vier neue Namen: Dr. Richard Jaeger, Hans Katzer, Dr. Johann Baptist Gradl, Dr. Gerhard Stoltenberg.

JUSTIZ: JAEGER


INNEN: LÜCKE

WISSENSCHAFT: STOLTENBERG

ARBEIT: KATZER

VERTRIEBENE: GRADL

DAS NEUE ALTE KABINETT

Im Hintergrund werden schon Messer gewetzt

Vizekanzler und Gesamtdeutscher Minister bleibt Dr. Erich Mende. Daß er von seinem Kurs der indirekten Aufwertung der Zone abläßt, erscheint recht unglaubhaft. Noch zwei Niederlagen wie am 19. September und die Freien Demokraten sind — Gott sei es geklagt — aus dem Bundestag eliminiert. Die graue Eminenz des Kanzlers, im Einfluß nur Adenauers Globke vergleichbar, bleibt der Minister im Bundeskanzleramt, Dr. Ludger Westrick (CDU). Die Position des vielbefehdeten Außenministers, Dr. Gerhard Schröder (CDU), war während der gesamten Kabinettsbildung ernstlich nie gefährdet. Das gleiche gilt für Verteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel (CDU). Seine Freunde versichern, von Hassel habe im Rahmen des Möglichen alles für die Schlagkraft der Bundeswehr getan. Wie es freilich mit dieser Schlagkraft in Wirklichkeit bestellt ist, läßt einem das Blut gerinnen.

Dem neuen Innenminister und einstigen Wohnungsbauminister, Paul Lücke (CDU), im Zweiten Weltkrieg schwer verwundet, werden gute Kontakte zur SPD nachgesagt; der anerkannt rechtschaffene Lücke wird trotzdem rechtswidrigen Ansinnen der Genossen zu wehren wissen. Offen bleibt, ob er gegen den Widerstand der Gewerkschaften die Stimmen der Sozialdemokraten für eine Notstandsgesetzgebung und damit die Ablösung der alliierten Vorbehaltsrechte gewinnen kann. Wenig Verbindungen nach links hat hingegen der neue Bundesjustizminister Dr. Rich. Jaeger (CSU), der sich in den vergangenen Wochen mit einem hohen Maß an Haß von seiten der Meinungsmache konfrontiert sah. Sein Anliegen der Todesstrafe wird er bei den gegebenen Mehrheitsverhältnissen der Verwirklichung sicher nicht näherbringen können. Vielleicht aber schafft gerade dieser Erzkonservative, was allen seinen liberalen Vorgängern während 16 Jahren mißlang: Eine den Erfordernissen unserer Zeit gemäße Strafrechtsreform in einer Legislaturperiode durchzubringen.

Bleiben auf ihrem Posten

Finanzminister Dr. Rolf Dahlgrün (FDP) und Wirtschaftsminister Kurt Schmücker (CDU) bleiben auf ihren Posten. Beide haben ihre unzweifelhaften Verdienste, wenn auch, so Adenauer, „Dahlgrün kein Schäffer ist", und — so muß man hinzufügen — Schmücker kein Erhard (als Wirtschaftsminister). Dahlgrün wird gegen Ausgabenwünsche, besonders die aus ausländischen Forderungen resultierenden, in den kommenden vier Jahren härter kämpfen müssen. Er sollte auch die Mittel seines im Amt bleibenden Kollegen Walter Scheel (FDP), des Entwicklungshilfe-Ministers, nachhaltig reduzieren. Hoffentlich setzt sich bald die Erkenntnis durch, daß unser Geld nur zu erhalten hat, wer sich in unseren politischen Lebensfragen anständig zeigt. Man streut dem Steuerzahler Sand in die Augen, wenn man ihm bedeutet, es seien im wesentlichen ja nur „Kredite", die als Entwicklungshilfe gegeben würden. Wer soll sie denn zurückzahlen? Die Empfängerländer gewiß nicht. Und was bedeutet schon eine Verzinsung von wenigen Prozent bei einer Geldentwertung von 5 und mehr Prozent.

Dr.-Ing. Hans-Christoph Seebohm (CDU) ist der einzige Überlebende aus dem ersten Adenauer-Kabinett. Soviel Kunstfertigkeit des von der veröffentlichten Meinung stets Attackierten verdient schon Respekt. Hermann Höcherl (CSU) war alles in allem ein guter Innenminister, linken Forderungen gegenüber vielleicht dadurch etwas gehandikapt, daß er bereits 1931 zum ersten Male der NSDAP beitrat. Wäre er 1923 der KPD beigetreten, niemand hätte sich daran gestört, noch Druck auszuüben versucht. Höcherl ist das Zeug zuzutrauen, in Gemeinschaft mit Rehwinkel, die Anliegen der deutschen Landwirtschaft durchzusetzen, statt sie auf dem Altar Europas zu opfern.

Neu im Kabinett ist der linke Flügelmann der CDU und Schwiegersohn Jakob Kaisers, Hans Katzer. Es ist zu hoffen, daß er mit Kaiser den unbedingten Willen zu Gesamtdeutschland gemeinsam hat. Ob freilich ein Mitglied der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr als Arbeitsminister der richtige Mann ist, erscheint zumindest gegenwärtig zweifelhaft, da der DGB mit seiner Mitbestimmungsforderung zum Generalangriff auf die deutsche Wirtschaft ansetzt. Wohnungsbauminister wird Dr. Ewald Bucher (FDP). Ob er vom Wohnungsbau ebensoviel versteht wie von der Juristerei? Jedenfalls braucht er hier nicht zurückzutreten, wenn in vier Jahren die Verjährungsfrist für deutsche Kriegsverbrechen wieder einmal verlängert werden sollte. Bucher ist erfreulicherweise der einzige Vertreter des Anfangsbuchstaben B im Kabinett.

Es wäre zu hoffen, daß der neue alte Familienminister Dr. Bruno Heck (CDU) sich für seine großen Anliegen Gehör zu schaffen vermag; sehr im Gegensatz zum Nachbarland Frankreich wird bei uns die überragende Bedeutung einer geburtenfreundlichen Politik noch kaum erkannt. Die Gesundheitsministerin Dr. Elisabeth Schwarzhaupt (CDU), deren Thron schon ins Wanken geraten war, wurde im letzten Augenblick durch einen Vorstoß der CDU-Frauen beim Kanzler gestützt. Welche großen Aufgaben, greifen wir nur die Krebsforschung heraus, müßten hier nicht mit viel Energie und Geld angepackt werden. Dieser Sektor greift bereits ins Wissenschaftsministerium über, das der erst 37jährige Christdemokrat Dr. Gerhard Stoltenberg, jüngster im Kabinett, erhalten hat. Das Schicksal der Nation hängt buchstäblich davon ab, ob die Regierung mit allen Mitteln gewillt ist, Deutschland seine führende Rolle in der Wissenschaft wieder zu erkämpfen.

Der weiter amtierende Postminister Richard Stücklen (CSU) hat sich hervorragend eingearbeitet und wurde sicherlich im Eifer des Gefechts von der NZ in der einen oder anderen Darstellung zu negativ angefaßt. Der gebürtige Niederbayer Alois Niederalt (CSU), eine allseits geachtete Persönlichkeit, verwaltet nach wie vor das Bundesratsministerium. Aus der Oberpfalz, wie Höcherl, stammt die Familie des neuen Vertriebenenministers Dr. Johann Baptist Gradl (CDU), dessen allzu elastische Ostpolitik mancher Kritik unterworfen ist. Der dynamische Dr. Werner Dollinger (CSU) erhält das Schatzministerium, Dr. Heinrich Krone (CDU) behält als Sonderminister weiter den Vorsitz im Bundesverteidigungsrat.

Über das neue Kabinett wird in der interessierten Meinungsmache viel gelästert und auch in den Reihen der Union hört man schon das Schleifen der Messer, um Erhard, der 1969 seinen Abschied von der Politik nehmen will, bereits 1967 zu stürzen. Ob die CDU/CSU wirklich imstande ist, bereits für den Wahlkampf 1969 einen neuen Mann aufzubauen, der als Kanzlerkandidat die Wählergunst findet, ist recht unwahrscheinlich. Damit, daß Presse, Rundfunk und Fernsehen ihnen genehme Anwärter als dynamisch, wortgewandt, souverän, klug usw. usw. hinstellen, ist es beim Volk ja bekanntlich noch nicht getan. Erhard wird seinen Abtritt aus der Politik wohl um zwei Jahre auf 1971 verschieben, damit er sich bei der nächsten Bundestagswahl als aussichtsreicher Kandidat noch einmal präsentieren kann. Nur eine Sorge haben seine wirklichen Anhänger: Wenn er nur den Erpressungen des Auslands gegenüber härter reagierte! Davon hängt nicht zuletzt die Lebensdauer des Kabinetts Erhard ab.

Ein fragwürdiges Kommuniqué

VON DR. ERICH JANKE

Der indische Staatspräsident Radha Krischnan hat sich kürzlich einige Tage in der Hauptstadt Abessiniens aufgehalten, um mit dem Negus Fragen des indischen Subkontinents zu besprechen, wie sie sich vornehmlich wegen des indisch-pakistanischen Konflikts um Kaschmir ergeben haben. Der Standpunkt Pakistans ist in dieser Frage sehr fest, denn Ayub Khan kann sich auf nichts anderes als auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker berufen. In der Tat hat Indien in der Zeit unmittelbar nach seiner Verselbständigung mit Waffengewalt eine Regelung des Kaschmir-Problems durch einen Volksentscheid unterbunden: Kaschmir wurde geteilt, und dies war der letzte Grund für den Ausbruch der Kampfhandlungen, die durch den vornehmlich auf Betreiben Washingtons und Moskaus zustande gekommenen Waffenstillstand nur eingeschränkt, nicht aber beendet worden sind. Hinzu kommt, daß auch die Vereinten Nationen seinerzeit ein Verfahren auf der Grundlage des Selbstbestimmungsprinzips zur Lösung der Kaschmirfrage anrieten, aber dann wurde nichts getan, um Neu-Delhi zu veranlassen, diesen Weg zu beschreiten.

In Anbetracht des hohen Ansehens, dessen sich der Negus in der afrikanisch-asiatischen Ländergruppe erfreut, hielt es Neu-Delhi für zweckmäßig, den Kaiser von Äthiopien für seine Ansichten zu gewinnen, und dies ist Radha Krischnan auch gelungen, wie aus dem bei Abschluß seines Besuches in Addis Abeba dort herausgegebenen „gemeinsamen Kommuniqués" hervorgeht. Dort heißt es nämlich, daß „der Grundsatz der Selbstbestimmung in diesem Falle nur auf koloniale Gebiete zutrifft, die ihre Unabhängigkeit noch nicht erlangt haben, nicht aber auf Teile souveräner oder unabhängiger Staaten".

Hier wurde also dem Selbstbestimmungsprinzip eine Ausdeutung gegeben, die weitgehend der entspricht, welche die Sowjetunion gegenüber dem Deutschlandproblem angewendet wissen möchte. Auch Moskau hat bisher stets betont, nur kolonialen Völkern könne das Selbstbestimmungsrecht zugebilligt werden, nicht aber dem deutschen Volke, denn auf deutschem Territorium seien eben „zwei souveräne Staaten entstanden". Das heißt, daß also jeder Stamm in Afrka sich der Selbstbestimmung erfreuen soll, nicht aber ein europäisches Land wie Deutschland: Wie denn in der Tat bereits Länder mit äußerst geringen Bevölkerungszahlen in den Vereinten Nationen vertreten sind, während man die deutsche Mitgliedschaft in den UN dadurch verhindert, daß man es dem deutschen Volke verweigert, in freier Selbstbestimmung darüber zu befinden, welche der beiden angebotenen Staatsformen es wünscht und unter welcher von ihnen es ein gemeinsames Staatswesen bilden möchte. So zeigt sich, daß das Kaschmir-Problem und die damit zusammenhängenden politischen Aktionen Neu-Delhis von eminenter Bedeutung auch für die Deutschlandfrage sind. Deshalb muß von deutscher Seite mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß jedwede Mißachtung des Selbstbestimmungsprinzips in der Welt eine indirekte Verletzung der lebenswichtigen Interessen des deutschen Volkes bedeutet und daß dies die politische Haltung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber jedwedem Lande bedingen wird, das sich auf diesem Felde auf irgendwelche Manipulationen einläßt, die auf Diskriminierung irgendeines anderen Volkes hinauslaufen.

Das geht nicht an

Entsprechend sollte sowohl in Addis Abeba als auch in Neu-Delhi darauf hingewiesen werden, daß es nicht angeht, dermaßen verworrene Definitionen des Selbstbestimmungsrechtes zu geben, wie dies eben in dem abessinischen Kommuniqué erfolgt ist. Es ist jedenfalls unsere Sache, die da berührt ist und es ist dringend erforderlich, daß sowohl der Negus — der doch an der hauptsächlichen Sorge des deutschen Volkes lebhaften Anteil genommen und hierfür großes Verständnis gezeigt hat — als auch der indische Staatspräsident erneut genau erklären, ob sie das Selbstbestimmungsrecht für das deutsche Volk anerkennen oder nicht.

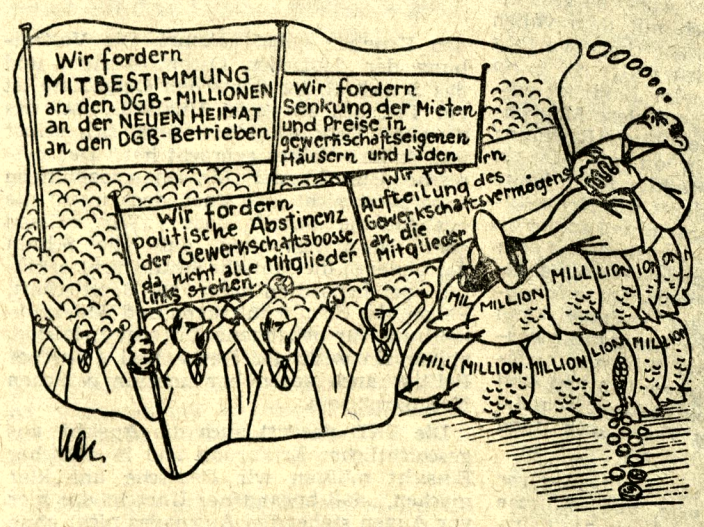
Neue DGB Bank

Unstillbarer Drang zum Großkapitalismus

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat seinen zahlreichen Unternehmen ein weiteres hinzugefügt: Eine gewerkschaftseigene „Bank für Spareinlagen und Vermögensbildung" wird den „kapitalistischen Nutzen" aus dem von der IG Bau, Steine, Erden erzwungenen Tarifvertrag ziehen, wonach die Arbeitgeber des Bauhauptgewerbes 9 Pfennig je geleistete Arbeitsstunde für die Vermögensbildung des Arbeitnehmers zusätzlich zum Lohn zu zahlen haben, falls der Arbeitnehmer bereit ist, mindestens 2 Pfennig je geleistete Arbeitsstunde selbst anzulegen. Die neue, in Frankfurt beheimatete Gewerkschaftsbank, hat zum Vorsitzer ihres Aufsichtsrats den Initiator jenes Planes und Chef der IG Bau, Steine, Erden, Georg Leber, und zu seinem Stellvertreter das Geschäftsführende Vorstandsmitglied des DGB, Kurt Stühler, gemacht.

Die Gewerkschaften hoffen, einige hundert Millionen Mark auf dem Wege dieses Planes über ihre neue Bank an sich zu ziehen und so ihre ohnehin gewaltige Machtstellung in der Wirtschaft weiter auszubauen. Als Starthilfe werden jedem Organisierten, der ein Konto bei der „Bank für Spareinlagen und Vermögensbildung AG." eröffnet, 5 Mark auf sein neues Konto überwiesen, eine vielleicht werbewirksame, aber doch recht klägliche Quote, wenn man einerseits die erwarteten Einlagen und andererseits die Gewerkschaftsbeiträge in Betracht zieht.

Die neue unternehmerische Funktion der Gewerkschaften zeigt wiederum die dringende Notwendigkeit auf, die Vertretung der deutschen Arbeitnehmerschaft gesetzgeberisch strikt zu trennen von jedem kapitalistischen Ehrgeiz. Der deutsche Arbeiter und Angestellte hat in einer wirklichen Demokratie das Recht darauf, daß seine Repräsentanten sich ausschließlich von seinen Interessen leiten lassen und keinen Anteil haben an wirtschaftlichen Nutzen jedweder Art.



Der Alptraum des DGB

„Vertrieben ohne Hoffnung"

Die Fernsehsendung des Südwestfunks „Vertrieben ohne Hoffnung" vom 10. Oktober wurde von wissenschaftlicher Seite auf Grund des Manuskriptes einer gründlichen Prüfung unterzogen, wobei man feststellte, daß hier vom Deutschen Fernsehen mit einer verantwortungslosen Leichtfertigkeit vorgegangen worden ist. Die Überprüfung ergab unwahrscheinliche sachliche Unrichtigkeiten, die beweisen, daß es den Urhebern offenkundig ausschließlich um die Tendenz geht. So heißt es z. B. in der Sendung vom Sudetengebiet als einem „Gebirgszug zwischen Schlesien und Böhmen". Außerdem wird die geschichtswidrige Behauptung aufgestellt, die Sudetengebiete seien ursprünglich „ausschließlich von Slawen besiedelt" gewesen, was selbst nicht einmal in der tschechischen Geschichtsschreibung behauptet wird. Auch die Behauptung der Sendung „Schlägerbanden und Mordkommandos" hätten die Voraussetzung für ein Eingreifen Hitlers gegen die Tschechoslowakei schaffen sollen, findet sich nicht einmal in den Prager kommunistischen Propaganda-Broschüren.

Wenig fundierte historische Kenntnisse verrate auch die Behauptung des Direktors des Münchner Instituts für Zeitgeschichte, Dr. Krausnick, die „nazistische Gewaltherrschaft" habe sich auch auf die Slowakei ausgedehnt. Dabei wird auf die historisch erwiesene Tatsache hingewiesen, daß die Slowaken 1939 nur zwischen einer magyarischen Fremdherrschaft und einer selbständigen Slowakei mit Duldung Hitlers zu wählen hatten.

Gegen die Behauptung der Sendung, 360 000 Tschechen und Slowaken seien von deutscher Seite ermordet worden, wird darauf verwiesen, daß die tschechischen Veröffentlichungen aus den Jahren 1946 und 1947 selbst nur von 30 - 50 000 sprechen. In dem Buche von Villars „Die böhmische Zitadelle", Wien 1965, wird von 36 000 Opfern der nazistischen Gewaltherrschaft gesprochen. Der Autor selbst lebte bis 1948 in Prag und hatte Zugang zu den amtlichen Protokollen.

Immer neue „Morddrohungen"

Bösartige Sudetendeutsche machen nach Angaben der Kommödianten Kay und Lore Lorentz (vgl. NZ Nr. 43) diese beiden „Demokraten" immer wieder zur Zielscheibe unglaublicher Morddrohungen und deren Kabarett langsam aber sicher berühmt. Vergangene Woche soll ein neuer Drohbrief eingegangen sein des vieldeutigen Inhalts: „Wir bluffen nicht. Künftig werden wir uns nicht mehr der Post bedienen ..."

Die beiden Lorentz hatten in einem dramatischen Auftritt behauptet, die mitunter geschwollenen Augen ihrer Sekretärin seien auf ein Giftattentat unverbesserlicher Sudetendeutscher zurückzuführen. Als die Polizei aus der Pressekampagne von dieser Erzählung erfuhr, suchte sie in raschem Zugriff das corpus delicti sicherzustellen. Allein, Kay Lorentz gab an, den Brief bereits vernichtet zu haben — eine zweifellos eigentümliche Handlungsweise, die jeden logisch Denkenden zu klaren Rückschlüssen veranlaßt. Den Briefumschlag, in dem das Gift für die Lorentz gesteckt haben und weswegen die Augenlider der Sekretärin geschwollen gewesen sein sollen, wurde im Gerichtsmedizinischen Institut untersucht. Resultat: Keine Spur von Gift.

„Die hemmungslose Linke"

In unserer Ausgabe vom 6. August brachten wir unter der Überschrift „Die hemmungslose Linke" einen Beitrag von Wolf Heribert Flemming, dem eine peinliche Fehldarstellung unterlaufen war. Infolge falscher Beschriftung eines Exzerpts wurde die unzutreffende Behauptung aufgestellt, daß Bert Brecht seine Geliebte umgebracht hätte. In Wirklichkeit trifft dies auf einen anderen kummunistischen Ideologen zu. Wir sind entschiedener Gegner der Weltanschauung Bert Brechts, aber wir gehen bewußt nie einen Schritt von der Wahrheit ab. Wir bedauern daher diese ehrenrührige Unterstellung gegenüber Brecht.

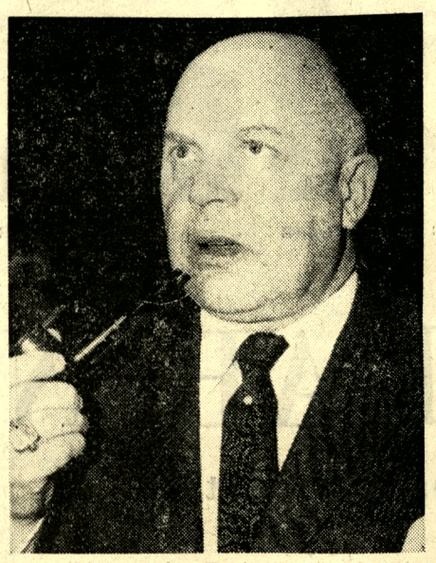
EKD verrät die Vertriebenen

Preisgabe Ostdeutschlands empfohlen

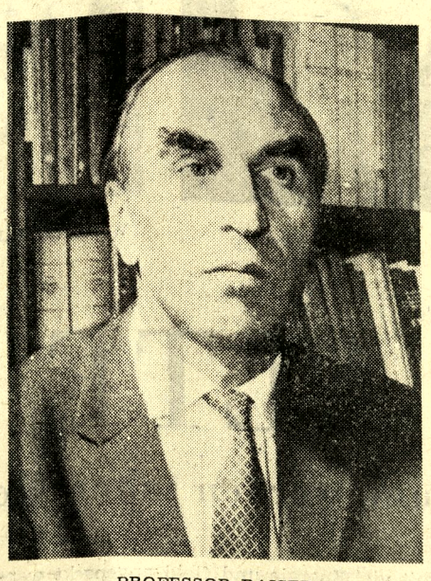
VON MAX SILL

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) ist mit einem offiziellen Memorandum, das ein Vorwort des Ratsvorsitzenden Präses Scharf enthält, den Heimatvertriebenen in den Rücken gefallen. Es wird um einen Verzicht auf die deutschen Ostgebiete geworben, der deutsche Rechtsstandpunkt wird preisgegeben. Nachhaltig wird die These einer deutschen Kollektivschuld vertreten, dagegen verurteilt man die sowjetische Handlungsweise mit keinem Wort. Mit politischen, wirtschaftlichen und theologischen Argumenten wird um Verständnis für die Polen und um Rücksicht auf ihre besonderen Interessen geworben.

In allen Vertriebenenkreisen reagierte man mit äußerster Empörung auf die evangelische Denkschrift. Die in Berlin tagende Bundesdelegiertenversammlung der Schlesischen Landsmannschaft verabschiedete einstimmig eine Erklärung, in der es heißt, es sei „moralisch, historisch, rechtlich und politisch unverantwortlich, dem deutschen Volk und seiner frei gewählten Regierung zu empfehlen, die in Ostdeutschland durch Gewalt und List geschaffenen Zustände endgültig anzuerkennen und damit auf ein Viertel des deutschen Territoriums gegenüber dem kommunistischen Imperialismus zu verzichten". Das von der EKD gebrauchte Argument von einem nationalen Wirtschaftsinteresse Polens an Ostdeutschland sei genauso verwerflich wie Hitlers Lebensraumthese.



LANDESBISCHOF LILJE
Verteidigt das Memorandum des Verzichts



PROFESSOR RAISER
Notorischer Verzichtpropagandist

Verzichter Lilje

Inzwischen haben prominente Persönlichkeiten des deutschen Protestantismus, wie etwa Landesbischof D. Hanns Lilje, in Presse ung Fernsehen die von der „Kammer der EKD für öffentliche Verantwortung" unter Vorsitz von Professor Dr. Ludwig Raiser (Tübingen) publizierte Denkschrift und die darin enthaltenen Ansichten verteidigt. Dem deutschen Volk müsse danach vor Augen gehalten werden, daß es die besondere Verpflichtung habe, „in Zukunft das Lebensrecht des polnischen Volkes zu respektieren und ihm den Raum zu belassen, dessen es zu seiner Entfaltung bedarf". Das deutsche Volk habe schwere politische und moralische Schuld gegenüber seinen Nachbarn auf sich geladen. Die den Deutschen angetanen Unrechtstaten könnten daher nicht aus dem Zusammenhang mit der politischen und moralischen Verirrung herausgelöst werden, in die sich das deutsche Volk vom Nationalsozialismus habe führen lassen.

Die EKD-Schrift verweist auf die „Westverschiebung Polens", die notwendig geworden sei, weil schon durch den deutsch-sowjetischen Pakt vom 23. August 1939 der Ostteil des Landes mit rund 180 000 qkm der Sowjetunion zugesprochen worden war. Mehrere Millionen Polen hätten daher in die jetzt von Warschau verwalteten deutschen Ostgebiete umgesiedelt werden müssen, die für das polnische Volk „lebensnotwendig" geworden seien.

Es wird vorgerechnet, daß Polen von seinem früheren Staatsgebiet 46,3 Prozent an die Sowjetunion abgetreten habe und daß die unter polnische Verwaltung gestellten deutschen Ostgebiete einschließlich der Stadt Danzig fast genau ein Drittel (33,08 Prozent) des „heutigen polnischen Hoheitsgebietes" ausmachen. Dieses sei dennoch etwa um ein Fünftel kleiner als das Staatsgebiet 1921—37.

EKD - Anwalt polnischer Ansprüche

Ausführlich geht die Schrift der EKD auf die wirtschaftliche Bedeutung der deutschen Ostgebiete für Polen ein. Das polnische Interesse an dem fortdauernden Besitz dieser Gebiete wird bis ins einzelne erläutert. Der Leser wird etwa darüber informiert, daß diese Gebiete 26,04 Prozent der unter polnischer Hoheit stehenden Bevölkerung in sich schließen, ferner 29,1 Prozent aller Beschäftigten in der Volkswirtschaft, 33,9 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche, 39,6 Prozent der Waldfläche, 38,8 Prozent des Weizens, 36,2 Prozent der Zuckerrüben usw. Wörtlich heißt es dann: „Auf jeden Fall ist dieses Lebensinteresse des polnischen Volkes bei allen rechtlichen, sittlichen und politischen Überlegungen mit zu bedenken."

Die vorgebrachten Argumente zeigen, daß die evangelische Kammer für öffentliche Verantwortung sich zum Anwalt polnischer „Ansprüche" gemacht hat. Besonders absurd und in hohem Grade ungeschickt ist es, diese „Ansprüche" mit wirtschaftlichen Notwendigkeiten zu begründen. Eine derartige Argumentation liegt nämlich ganz im Sinne der Sowjets, die ihrem westlichen Nachbarn zunächst durch Übereinkunft mit Hitler, später jedoch in eigener Machtvollkommenheit einen großen Teil seines Landes wegnahmen. „Entschädigung" boten sie den Polen auf deutsche Kosten an. Kein Deutscher — außer den Kommunisten — kann daher auch nur das geringste Interesse daran haben, daß Deutschland als Ausgleich für die sowjetische Annexion Ostpolens auf Teile seines eigenen Gebietes verzichtet. Die Verfasser der evangelischen Denkschrift haben sich in bedenkliche Nähe zu den mitteldeutschen Kommunisten begeben, wenn sie dem deutschen Volk zwar eine schuldhafte Verantwortung anlasten, für das sowjetische Verhalten gegenüber Polen jedoch kein einziges Wort der Mißbilligung finden.

Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang, daß die Denkschrift der evangelischen Kirche zur rechtlichen Beurteilung der deutsch-polnischen Grenzfrage auch das am 6. Juli 1950 zwischen der „DDR" und Polen geschlossene Grenzabkommen anführt. Artikel 1 des erwähnten Abkommens, das in scharfem Gegensatz zu dem völkerrechtlich einzig und allein verbindlichen sogenannten Potsdamer Protokoll vom 2. August 1945 steht, lautet: „Die hohen vertragschließenden Parteien stellen übereinstimmend fest, daß die festgelegte und bestehende Grenze die von der Ostsee entlang die Linie westlich von der Ortschaft (Swinoujscie) Swinemünde und von dort entlang den Fluß Oder bis Einmündung der Lausitzer Neiße und die Lausitzer Neiße entlang bis zur tschechoslowakischen Grenze verläuft, die Staatsgrenze zwischen Deutschland und Polen bildet." Selbstverständlich hat auch die Sowjetunion mehrere Erklärungen zur Anerkennung der „polnischen Westgrenze" abgegeben. Zuletzt geschah dies in dem polnisch-sowjetischen Freundschafts- und Beistandsvertrag vom 8. April 1965.

Gegenüber dem vom Sowjetimperialismus und seinen Marionetten, aber auch von deutschen Linksradikalen und gewissen Amateurpolitikern verfochtenen Standpunkt der Endgültigkeit der „Oder-Neiße-Grenze" läßt der Text des schon erwähnten Potsdamer Protokolls an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Über Polens Westgrenze heißt es in dem Protokoll wörtlich: „Die Häupter der drei Regierungen bekräftigen ihre Auffassung, daß die endgültige Festlegung (final delimitation) der Westgrenze Polens bis zur Friedensregelung zurückgestellt werden soll. Die Häupter der drei Regierungen stimmen darin überein, daß bis zur endgültigen Festlegung (pending the final determination) der Westgrenze Polens die früher deutschen Gebiete (the former German territories) östlich der Linie, die von der Ostsee unmittelbar westlich von Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der westlichen Neiße und die westliche Neiße entlang bis zur tschechoslowakischen Grenze verläuft, einschließlich des Teiles von Ostpreußen, der nicht unter die Verwaltung der UdSSR in Übereinstimmung mit den auf dieser Konferenz erzielten Vereinbarungen gestellt wird, und einschließlich des Gebietes der früheren Freien Stadt Danzig unter die Verwaltung des polnischen Staates kommen und in dieser Hinsicht nicht als Teil der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland betrachtet werden sollen."

Die Rechtslage ist also eindeutig. Sie aushöhlen zu wollen, wäre nichts anderes als Verrat an Deutschland, Verrat an den Vertriebenen und ihren Rechten. Ostdeutschland soll das Opfer sein, welches jene Amateurpolitiker, denen Schweigen besser zu Gesicht stünde als laute Töne zugunsten der atheistischen Todfeinde der Menschheit, den Gegnern der deutschen Wiedervereinigung darzubringen gedenken.

Die Denkschrift der EKD befaßt sich auch mit bevölkerungspolitischen Problemen in den deutschen Ostgebieten. Sie stellt fest, 1939 habe die Wohnbevölkerung 9 620 827 Personen oder 13,9 Prozent der Bevölkerung Deutschlands in den Grenzen von 1937 betragen. Die Verluste der deutschen Bevölkerung im deutschen Osten in den Jahren der Vertreibung werden auf 1,47 Millionen berechnet (= 16,6 Prozent der Bevölkerungszahl dieser Gebiete im Jahre 1944), während rund 900 000 Deutsche, teilweise von den Polen als „Autochthonen" deklariert, dort noch ansässig sein sollen. Da die Gesamtbevölkerung sich heute wieder auf 7 800 000 belaufe, müßten also fast 7 Millionen Polen zugewandert oder dort geboren worden sein.

Die Rechtslage ist eindeutig

Das evangelische Memorandum behauptet, Polen habe nach Albanien den höchsten Geburtenüberschuß in Europa überhaupt. In den deutschen Ostgebieten wiesen die Statistiken einen noch erheblich höheren natürlichen Bevölkerungszuwachs aus als für die zentralpolnischen Gebiete. 2 810 000 Kinder seien seit 1945 dort geboren worden. Es wird jedoch verschwiegen, daß diese hohe Zuwachsrate keineswegs mehr für die Gegenwart gilt. Vielmehr sank sie in den letzten Jahren beträchtlich und liegt in den Oder-Neiße-Gebieten gegenwärtig bei 15,5 Promille (Quelle: Concise Statistical Yearbook of Poland, Warschau 1964). So ist zum Beispiel der Bevölkerungszuwachs seit 1955 in den einzelnen Regionen zurückgegangen um jeweils: „Wojewodschaft" Allenstein um 33,8 Prozent, Köslin um 44,4 Prozent, Stettin um 51,2 Prozent, Grünberg um 49,3 Prozent, Breslau um 49,6 Prozent und in der Stadt Breslau sogar um 73,7 Prozent! Ferner ist zu berücksichtigen, daß die Quote der Säuglingssterblichkeit in keinem europäischen Land so hoch liegt wie in Polen.

Predigen deutsche Kollektivschuld

Einen breiten Raum nimmt in der EKD-Denkschrift der Abschnitt „Völkerrechtliche Fragen" ein. Die wohlbegründete Kritik des Bundes der Vertriebenen richtet sich insbesondere gegen diesen Teil der Schrift. Es wird zwar zugegeben, daß die Vertreibung an sich Unrecht war, doch warnt die EKD vor der Behauptung, das „Recht auf die Heimat" gewähre nach geltendem Völkerrecht den Vertriebenen Rechtsansprüche auf Rückgliederung der Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie in den deutschen Staatsverband und auf ihre Rückkehr in diese Gebiete. Auch werden die führenden Kreise der Vertriebenen davor gewarnt, die Erklärung abzugeben, „daß nur eine volle Wiederherstellung des früheren Zustandes dem verletzten Recht Genüge tue". Weiter heißt es: „Das deutsche Volk muß sich die kritische Frage gefallen lassen, ob es sich nur dem Gefühl verletzten eigenen Rechtes hingeben darf und will. Nachdem in seinem Namen im letzten Krieg den Völkern des Ostens und im besonderen den Polen, die die Gebiete heute besetzt und neu besiedelt haben, schweres Unrecht zugefügt worden ist, muß das deutsche Volk zugleich daran denken, welchen Ausgleich das von ihm selbst verletzte fremde Recht gebietet." Die Denkschrift stellt fest: „Die leidvolle Geschichte deutscher Unterdrückungsmaßnahmen gegenüber dem immer wieder seiner politischen Selbständigkeit beraubten polnischen Volk und die völkerrechtswidrige Behandlung, die dieses Volk während des Zweiten Weltkrieges auf Anordnung der nationalsozialistischen Staatsführung erfuhr, stellt uns heute unausweichlich vor die Frage, ob sich daraus nicht politische, vielleicht aber auch völkerrechtliche Einwendungen gegen einen deutschen Anspruch auf unverminderte Wiederherstellung seines früheren Staatsgebietes ergeben."

Theologen-politische Dilettanten

Es ist in der evangelischen Denkschrift auch die Rede von einer deutschen „Friedenssicherungspflicht", ein Begriff, der östlicher Terminologie entstammt. Nach Ansicht der EKD enthält dieses Argument einen „richtigen Kern", wenn man es dahin interpretiere, „daß das Erbe einer bösen Vergangenheit dem deutschen Volk eine besondere Verpflichtung auferlegt". Die EKD läßt sich das „Lebensrecht des polnischen Volkes" angelegen sein und spricht vom „Raum", dessen es „zu seiner Entfaltung" bedürfe. Der Inhalt dessen, was von deutscher Seite als Wiedergutmachung für das erlittene Unrecht verlangt werden könne, verändere sich „in dem Maße, in dem Polen erfolgreiche Anstrengungen gemacht hat, den Besitz in sein Staatsgebiet zu integrieren". Die Auffassung der Evangelischen Kirche in Deutschland gipfelt in der Feststellung: „Eine volle Wiederherstellung des alten Besitzstandes, die in den ersten Jahren nach 1945 noch möglich gewesen wäre, ist zwanzig Jahre später unmöglich, wenn sie Polen jetzt in seiner Existenz bedrohen würde, die Deutschland nach dem Gesagten zu respektieren hat." Es wird die Forderung nach einem „Ausgleich" mit Polen erhoben und nach einer „neuen Ordnung zwischen Deutschen und Polen".

Die EKD rät zu einer Bereinigung der strittigen Fragen auf deutsche Kosten. Nachdrücklich wird auf die Friedensgefahren hingewiesen, die sich aus der deutschen Weigerung ergeben könnten, die „Realitäten" anzuerkennen. Realitäten? Wer wollte es — von Kommunisten und gewissen Amateurpolitikern abgesehen — als „realistisch" bezeichnen, unser Recht auf die deutschen Ostgebiete, sogar ohne jede Gegenleistung, preiszugeben? Kann eine künftige gesamtdeutsche Regierung noch mit dem vollen Gewicht ihres völkerrechtlichen Vorteils in Friedensverhandlungen eintreten, wenn vorher schon der allgemeine Eindruck entstanden ist, daß sie keine andere Möglichkeit sieht als die, den „Realitäten" Rechnung zu tragen? Wer sich in offener oder in mehr oder weniger versteckter Form heute für die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie durch die Bundesregierung einsetzt, macht damit auch die Anerkennung der Zonengrenze und der Sowjetzone als deutschen Staat unausweichbar. Diese unabwendbare Folge derartiger Ansinnen kann gurch keine dialektischen Kunststücke wegdiskutiert werden. Solche Stimmen erreichen nur eines: Sie stärken Ulbricht und nähren bei ihm und seinen Genossen die Hoffnung, daß sich eines Tages auch Bonn mit den „Realitäten" abfinden wird.

Die evangelische Kirche stellt in ihrer Schrift auch „theologische und ethische Erwägungen" über das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn an. Hier steht das Schuldproblem im Vordergrund: „Vom Unrecht der Vertreibung kann nicht gesprochen werden, ohne daß die Frage nach der Schuld gestellt wird. Im Namen des deutschen Volkes wurde der Zweite Weltkrieg ausgelöst und in viele fremde Länder getragen. Seine ganze Zerstörungsgewalt hat sich schließlich gegen den Urheber selbst gekehrt. Die Vertreibung der deutschen Ostbevölkerung und das Schicksal der deutschen Ostgebiete ist ein Teil des schweren Unglücks, das das deutsche Volk schuldhaft über sich selbst und andere Völker gebracht hat." Das polnische Unrecht der Massenaustreibungen wird zwar nicht geleugnet, doch meint die evangelische Schrift dazu: „Wir müssen aber daran festhalten, daß alle Schuld der anderen die deutsche Schuld nicht erklären oder auslöschen kann." Die Bereitschaft, Folgen der Schuld zu tragen und Widergutmachung für begangenes Unrecht zu leisten, müsse ein wichtiger Bestandteil deutscher Politik „auch gegenüber unseren östlichen Nachbarn" sein.

Die EKD vertritt auch die Ansicht, aus geschichtlicher Erfahrung und in sittlicher Einsicht müßten wir Deutsche uns klar machen, „daß begangenes Unrecht des hier vor Augen stehenden Ausmaßes nicht ohne geschichtliche und politische Folgen bleibt. Solche Folgen lassen sich aber nicht schlechthin wieder rückgängig machen". Es wird beklagt, daß die Diskussion über das „Recht auf Heimat" und über Fragen der deutschen Ostpolitik unter einem „unnüchternen Pathos" leide und in ihrem sachlichen Gehalt „unzulänglich" sei. Daher müsse die Kirche dafür eintreten, daß Grundfragen der deutschen Ostpolitik „so sorgfältig wie möglich geprüft" und unter Umständen „neu formuliert werden". Es könne nicht theologische Aufgabe sein, „Illusionen zu nähren, wo es gilt, für eine nüchterne Betrachtung der Wirklichkeit unserer Welt und konkreter politischer Möglichkeiten einzutreten".

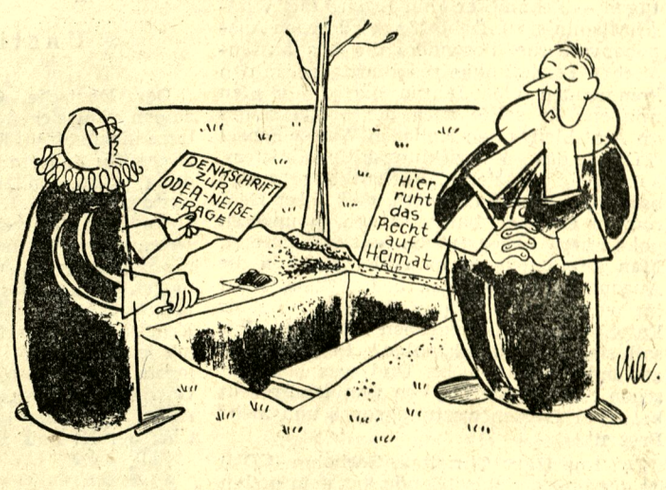
Wir wollen es uns ersparen, auf weitere abstruse Formulierungen und Unrichtigkeiten der evangelischen Denkschrift einzugehen, wie etwa auf die Behauptung, die Tschechoslowakei habe die Gebietshoheit über die Sudetengebiete „seit alters" besessen. Wir schließen uns dem ersten Kommentar des Bundes der Vertriebenen an, der feststellte, „mit großer Bestürzung" habe man von der EKD-Denkschrift Kenntnis genommen. Es wird daran erinnert, daß seit 20 Jahren die Heimatvertriebenen auf ein seelsorgerisches Wort der evangelischen Kirche gewartet hätten, in dem die unmenschlichen Vertreibungsmaßnahmen und die Annexion deutschen Staatsgebietes durch kommunistisch-atheistische Regierungen gebrandmarkt würden. Die von der EKD jetzt getroffene Aussage erscheine „pharisäerhaft und als ein Mißbrauch der kirchlichen Autorität in bezug auf die Präjudizierung völkerrechtlicher Fragen". Sie mißachte das im Grundgesetz verankerte Ziel der deutschen Wiedervereinigung und zementiere die atheistische Herrschaft in Ost- und Mitteleuropa. Die Denkschrift sei ein eklatantes Beispiel für den Dilettantismus, mit dem in manchen Kreisen der Bundesrepublik heute Politik getrieben werde.

Nicht nur als Heimatvertriebener muß man sich fragen, was Landesbischof D. Lilje wohl damit gemeint hat, als er kürzlich in Bremerhaven erklärte, die Politik brauche gehorsame Diener Christi, „die den Mut zur Unpopularität haben". Lilje sagte, man dürfe nicht in Emotionen ausweichen, sondern müsse sich den Problemen mit nüchternem, präzisem Denken stellen. Wir sind der Ansicht, daß diese Empfehlungen gerade auch bei der Betrachtung der Schuldfrage beherzigt werden sollten, was innerhalb der EKD bisher offenbar noch nicht geschehen ist.

Unseres Wissens gibt es keinen Hinweis im Evangelium, daß Christus jemals ein Urecht sanktioniert hätte. Das Hauptprinzip Gottes ist vielmehr die Gerechtigkeit. Für einen gehorsamen Diener Christi ergibt sich daraus die Pflicht, stets im Dienste der Gerechtigkeit zu stehen und gegen jedes Unrecht mutig anzukämpfen. Niemals kann ein Akt des Unrechts geltendes Recht aufheben, auch dann nicht, wenn eine spitzfindige Theologie versuchte, ihn zu „entschuldigen" und die Lebensrechte eines fremden Volkes höher einzuschätzen als die des eigenen.

Es ist nicht der Wille Gottes, daß wir uns dem Unrecht beugen und den deutschon Osten preisgeben. Gott empfiehlt uns keinen Verrat. Er verachtet und straft den Verräter

Lesen Sie auch auf der nächsten Seite



„Die Evangelische Kirche weist den Forderungen der Heimatvertriebenen den rechten Platz zu."

Wenn der Briefträger

bei Ihnen, verehrter Probenummernbezieher, vorspricht, um das Abogeld der NZ zu kassieren, weisen Sie ihn, bitte, nicht ab. Reihen Sie sich ein in die große und stetig größer werdende Gemeinschaft der NZ-Leser, die längst erkannten:

Die NZ, die beste politische Wochenzeitung,

die sie beziehen.

Auch Sie werden das rasch erkennen

STRAFE GOTTES an den Ostdeutschen?

Zur evangelisch-theologischen Beurteilung der Massenaustreibungen

VON ERWIN ROGALLA

In der nach langen Vorbereitungen veröffentlichten Erklärung der „Kammer für öffentliche Verantwortung" der Evangelischen Kirche in Deutschland über „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn" ist wiederum — wie schon in früheren Verlautbarungen aus dem evangelischen Raum — davon die Rede, daß bei der theologischen Betrachtung der Massenaustreibungen der „Zusammenhang zwischen dem Gericht Gottes und der menschlichen Sünde" zu beachten sei. Es wird besonders in dieser Hinsicht das „Ja zum Gericht Gottes" gefordert und betont: es müsse dieses „Ja!" zusammen mit den Vertriebenen vom ganzen deutschen Volk „in der Solidarität einer einzigen großen Schuld- und Haftungsgemeinschaft gesprochen" werden. Späterhin heißt es wörtlich: „Im Urteil des Glaubens, das vom Geschichtshandeln Gottes weiß, hat Gott auch da seine Hand im Spiel, wo für das menschliche Urteil der Raum der Heimat mit Unrechtstaten der Menschen verbunden war." In diesem Sinne vermeint die „Kammer für öffentliche Verantwortung" der EKD — nun konkret gesprochen — „den geschichtlichen Tatbestand zu treffen", indem sie die Massenaustreibungen der Nachkriegszeit und die völkerrechtswidrige Annexion deutschen Territoriums durch die Sowjetunion und die Volksrepublik Polen als „Entschädigung" für Verluste und Leiden der Ostvölker deklariert, wobei allerdings zugegeben wird, daß derart eigenmächtig verwirklichte „Entschädigung" keineswegs den „Unrechtscharakter der Vertreibung aufheben" könne.

*Hier tritt ein innerer Widerspruch zu*tage, der zeigt, daß es dringend erforderlich ist, die These vom „Gericht Gottes über die Ostdeutschen" zu überprüfen. Denn einerseits wird behauptet, daß es sich bei den Massenaustreibungen um eine Bestrafung gehandelt habe, andererseits aber wird festgestellt, daß diese Massenaustreibungen ein Unrecht darstellten. Das heißt, daß hier faktisch erklärt wird, Gott habe durch Menschen zwecks „Bestrafung" anderer Unrecht begehen lassen, womit die Axt an die Wurzel der christlichen Gottesvorstellung gelegt wird. Prüft man den zeitgeschichtlichen Sachverhalt eingehender, wird noch klarer, daß die Darstellung der Massenaustreibungen als eine Art „Gottesurteil" im christlichen Verständnis als geradezu „unvorstellbar" erscheinen muß.

Geht man nämlich von der Deutung aus, daß die Massenaustreibung der ostdeutschen Bevölkerung aus ihrer Heimat mit allen ihren grausamen Begleitumständen letztlich eine Bestrafung der „Schuld- und Haftungsgemeinschaft" des ganzen deutschen Volkes sei, so ergibt sich zweierlei: Zunächst, daß allein ein Teil des deutschen Volkes durch Austreibung aus der Heimat für das „bestraft" worden wäre, was sich das ganze Volk habe zuschulden kommen lassen. Zum anderen, daß die Unterlassung von Massenaustreibungen und Annexionen durch die westlichen Nachbarn Deutschlands gewissermaßen ein „Versagen" derselben dargestellt habe, indem diese sich der Beteiligung am Strafvollzug gegen das ganze deutsche Volk entzogen hätten.

Gott aus dem Spiel lassen

Nun sträubt sich alles Denken dagegen, daß unterstellt wird, Gott habe „partem pro toto" — einen Teil des deutschen Volkes an Stelle des ganzen Volkes besonders hart bestrafen wollen, und es ist sonderlich ungereimt, wenn in der Denkschrift der „Kammer für öffentliche Verantwortung" der EKD dann doch gesagt ist, die Menschen, welche die Austreibung der Ostdeutschen aus ihrer Heimat vollzogen, hätten damit Unrecht begangen. Wer hat denn, so ist zu fragen, Unrecht begangen: Diejenigen, die dem angeblichen zornigen Willen Gottes entsprachen und unmenschlich handelten, oder diejenigen, die diesen unterstellten Willen Gottes nicht ausführten, sondern von Austreibungen Abstand nahmen? Solche inneren Widersprüche kann man nicht mit den beliebten Hinweisen auf den „unerforschlichen Ratschluß Gottes" auflösen; denn immer bliebe der Bodensatz, daß Menschen „menschlicher" handelten, als sie sich weigerten, das auszuführen, was angeblich das Gebot eines gnadenlosen Gottes verlangte.

Die Behebung der bei solcher — auf „Strafe Gottes an den Ostdeutschen" abgestellten — theologischen Deduktion auftretenden inneren Widersprüche ist nur möglich, wenn man die ganze Bestrafungsthese — und damit Gott — aus dem Spiel läßt. Statt dessen sollte einmal untersucht werden, inwiefern gerade auch die Massenaustreibungen vielmehr Zeugnis ablegen von einer Gottferne der Menschen, in der sie zwangsläufig dem Dämonischen anheimfielen und in den Teufelskreis der Rache und Vergeltung gerieten. Man sollte zugrunde legen, daß Gott mit den Austreibungen nichts, aber auch gar nichts zu tun hatte, sondern daß es sich dabei allein um ein Werk des Teufels handelte.

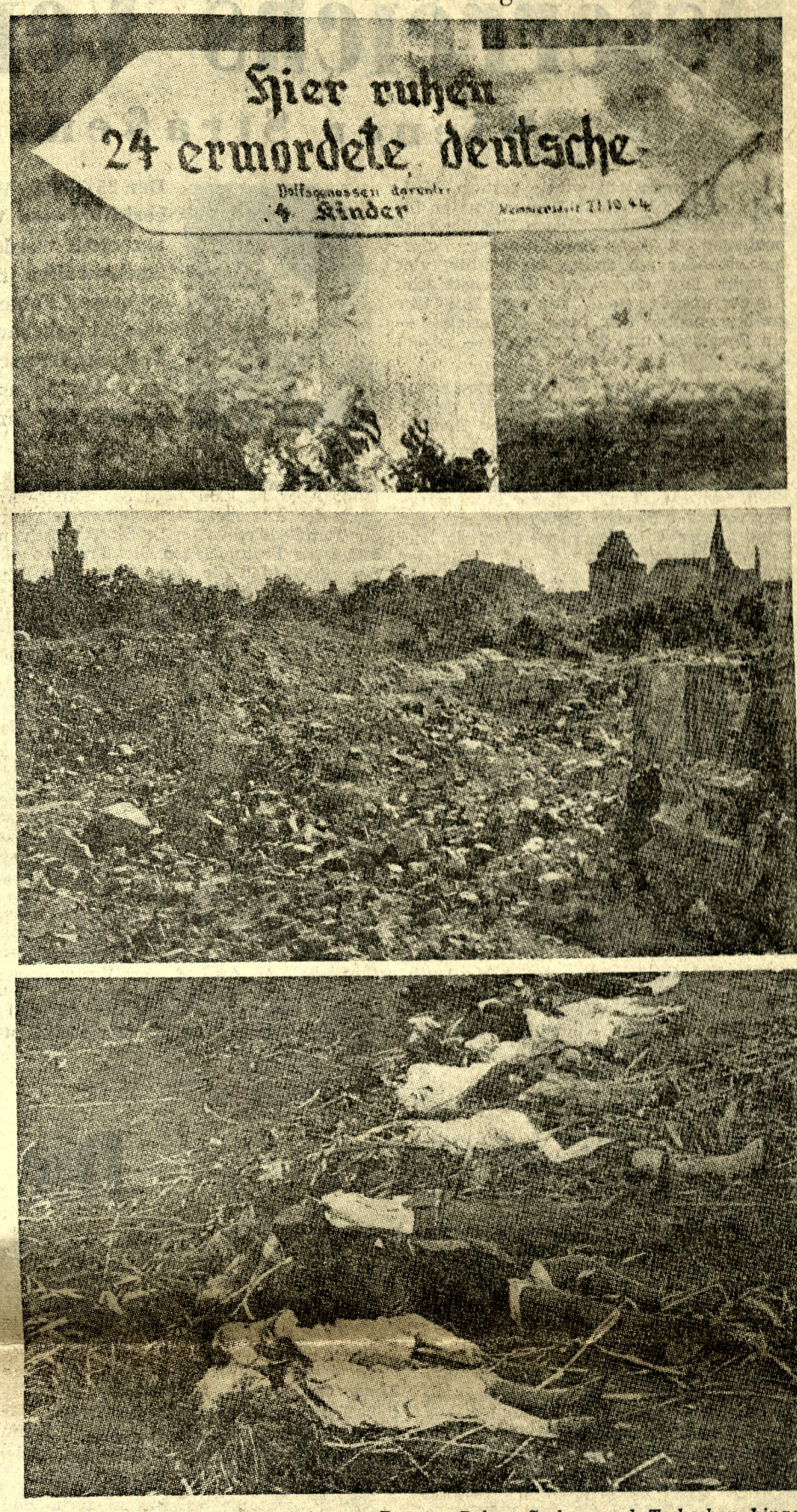
Daß dies — die Unterstreichung des diabolisch-dämonischen Charakters der Austreibungen — den Kern der Dinge trifft, geht nun daraus hervor, daß in der Zeit der Austreibungen von denjenigen, die sich ihrer schuldig machten, gegen alle Gebote des Dekalogs verstoßen wurde. Abgesehen davon, daß sie dem nationalistischen Götzen huldigten, den Namen Gottes unnützlich führten und die Predigt von der Nächstenliebe und Feindesliebe verachteten, haben sie alles das mit Füßen getreten, was in den übrigen sieben Geboten steht: Sie haben dem Alter ihre Achtung verweigert, indem sie es den Greisen und Greisinnen verweigerten, ihre Tage in der Heimat zu Ende zu bringen, indem sie die Mütter mit ihren Kindern verjagten. Es wurde gemordet und den Leibern Schaden getan in den Vernichtungslagern — Lamsdorf und Potulice — wie auf den Transporten in der Eiseskälte des Winters. Gegen das sechste Gebot wurde verstoßen durch die Unzahl der Vergewaltigungen, gegen das siebente durch Raub und Plünderung, gegen das achte durch haßerfüllte Verleumdung und Lüge, gegen das neunte und zehnte Gebot durch die Vertreibung als solche.

Wer aber trotzdem bezweifeln sollte, daß die Austreibungen als Werk des Teufels zu begreifen sind, der möge die „Gegenprobe" machen: Wird jemand im Ernst behaupten wollen, daß die entsetzlichen nazistischen Untaten, die an den Europäern jüdischer Herkunft begangen wurden, die Todesnot der Juden in Polen etwa „ein Gericht Gottes" gewesen seien? Wir wissen, daß sie ein grauenhaftes dämonisches Werk gewesen sind und daß der, welcher es betrieb, nicht von Gott gesandt — wie seinerzeit zuweilen sogar von den Kirchenkanzeln verkündet worden ist —, sondern des Teufels war.

Die zutreffende und allein zulässige theologische Deutung der Massenaustreibungen geht also dahin, daß sie Zeugnis ablegen von Gottlosigkeit und von einer Absage an seine Gebote, wie sie sonderlich das Gegenteil einer christlichen Gesinnung bekundeten: Nicht Feindesliebe, sondern Haß und Verachtung, nicht Vergebung, sondern Rache an Unschuldigen, nicht Versöhnungsbereitschaft, sondern Gewalt und neue Untat haben sie im Osten Mitteleuropas — und nur dort — bestimmt.

Das heißt aber, daß derjenige, der die Massenaustreibungen unter die Verantwortung Gottes stellen will, in Wirklichkeit ein Sakrileg begeht, wie er sich denn in der Tat damit zum advocatus diaboli, zum Fürsprecher des Teufels, macht. Daß dem so ist, wird dann deutlich, wenn in Betracht gezogen wird, welche Möglichkeiten er damit für die Zukunft heraufbeschwört: Daß nämlich sich eines Tages der makabre Irrtum verbreiten könnte, es sei an der Zeit, an denjenigen, die der Gottlosigkeit anheimfielen und kollektiv schuldig seien an Unrecht und Untaten „die Strafe Gottes zu vollziehen". Die „Kammer für öffentliche Verantwortung" der EKD hat diese Gefahr offenbar nicht erkannt und daher ihrer Verantwortlichkeit nicht Genüge getan.

Es konnte nicht Gottes Wille gewesen sein



Millionen Deutsche wurden 1945 von Russen, Polen, Serben und Tschechen hingemordet, nur weil sie Deutsche waren und weil ihre Mörder ihnen ihren durch Fleiß und Können erworbenen Besitz neideten. Gott, wie Theologen in Deutschland behaupten, kann solch himmelschreiendes Unrecht an einem Teil des deutschen Volkes nicht gewollt haben. Unsere Bilder sind drei aus vielen Tausenden von Dokumenten des Grauens aus jenen Tagen, da der Teufel in die Menschen gefahren schien und dem Tod die Hand führte. Der Hinweis (oben) auf die Gräber erschlagener Deutscher wurde wenige Tage später von roten Panzern niedergewalzt (Bild Mitte): War es Stolpe, Stargard oder Neustettin? Trümmer blieben von den deutschen Städten im Osten, deren Bewohner — ohne Unterschied von Alter und Geschlecht — bestialisch hingemordet wurden (Bild unten). Gott kann das nicht gewollt haben.

Aufmarschprobe gegen Westdeutschland

Die Bevölkerung muß „jubeln"

Reisende, die aus der Zone zurückkehren, bestätigen den auffallenden Umfang des Aufmarsches von Truppenteilen der sowjetischen, polnischen, tschechoslowakischen und sowjetzonalen Armee aus Anlaß der unmittelbar bevorstehenden Herbst-Manöver in Sachsen und Thüringen.

Die Bevölkerung wird gezwungen, die Truppen in den Ortschaften in demonstrativen Veranstaltungen zu begrüßen. Unterstrichen wird in aller Offenheit der Offensivcharakter dieser militärischen Demonstration. In Kreisen von Ostexperten ist man über diese Entwicklung nicht überrascht. Seit etwa 1950 wurde in der Tschechoslowakei wiederholt von führenden militärischen Stellen erklärt, daß im Gegensatz zu den Ausbildungsgrundsätzen für die Armee der sogenannten ersten Tschechoslowakischen Republik die Ausbildungsziele, die der Armee der sozialistischen Tschechoslowakei gesteckt sind, einen ausgesprochenen Offensivcharakter haben. Über Furth zurückkehrende Reisende aus der Tschechoslowakei haben militärische Bewegungen auch in Westböhmen beobachtet.

Vermindert zurechnungsfähig

Eine furchtbare Enttäuschung für die antideutschen Propagandisten in unserem und in anderen Ländern brachte die Entdeckung des 20jährigen Woitzik als Bamberger Hakenkreuzschmierer. Das Motiv der Tat lag darin, daß Woitzik bei einer Prüfung durchgefallen war. Eine 6 Wochen dauernde Untersuchung in der Nervenklinik der Würzburger Universität ergab verminderte Zurechnungsfähigkeit (§ 51, Abs. II StGB). Eine besonders peinliche Überraschung für den Vorsteher Jesse Rosenberg der Bamberger israelitischen Kultusgemeinde, der vor Monaten sich nicht gescheut hatte, denkbar blöde Kombinationen über großangelegte Hintergründe der Schmierereien jenes Dummkopfs anzustellen.

Rosenberg sollte sich in aller Öffentlichkeit entschuldigen und von seinem Amt, dem er nicht gewachsen ist, ohne Verzug zurücktreten.

Das Amt niedergelegt

NZ-Gespräch mit Flüchtlingsbischof Wester

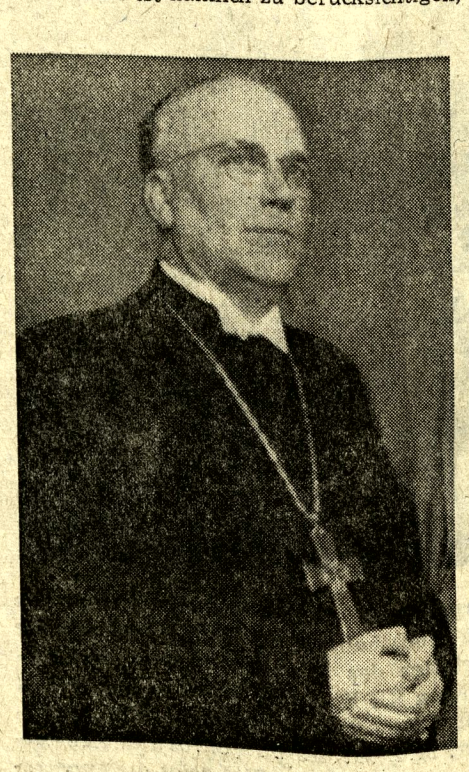
Unser Redaktionsmitglied Dr. Willy Glasebock hatte ein Gespräch mit dem Bischof der Evang.-lutherischen Landeskirche von Schleswig-Holstein, Bischof D. Wester, dem bisherigen „Beauftragten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) für Umsiedler- und Vertriebenenfragen", dem evangelischen „Flüchtlingsbischof", wie er kurz genannt wurde. Den wesentlichen Inhalt des Gespräches, das wenige Stunden nach Niederlegung des Beauftragtenamtes mit dem Bischof geführt wurde, geben wir nachstehend wieder:

NZ: Herr Bischof, die Denkschrift der „Kammer für öffentliche Verantwortung" innerhalb der Evang. Kirche in Deutschland hat in weiten Kreisen unseres Volkes große Bestürzung hervorgerufen und zu lebhafter Kritik an dem Inhalt der Denkschrift geführt. Besondere Beachtung hat daher in der deutschen Öffentlichkeit die Rundfunkmeldung hervorgerufen, daß Sie Ihr Amt als „Beauftragter des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland für Umsiedler- und Vertriebenenfragen" niedergelegt haben. Ist die Annahme, daß diese Amtsniederlegung in einem Zusammenhang mit der erwähnten Denkschrift steht, richtig?

Wester: Sie haben es zutreffend gesagt.

NZ: Ist die Denkschrift gegen Ihren Widerstand herausgekommen?

Wester: So möchte ich es nicht sagen. Die Denkschrift ist ohne meine Mitwirkung zustande gekommen. Meine Ansicht ist auch nicht eingeholt worden. Das wird auf den ersten Blick nicht ganz verständlich erscheinen. Es ist nämlich zu berücksichtigen, daß die Tätigkeit des Beauftragten für Vertriebenenfragen in der EKD weniger auf politischem als sozialem Gebiet liegt. Die Fürsorge für das persönliche Wohlergehen unserer aus ihrer Heimat vertriebenen Landsleute ist in erster Linie seine Aufgabe.



BISCHOF WESTER

NZ: Aber, warum haben Sie gleichwohl Ihr Amt niedergelegt, Herr Bischof?

Wester: Das ist sehr einfach. Der Beauftragte für Vertriebenenfragen in der EKD ist nun einmal der „Flüchtlingsbischof" und so konnte es denn nicht ausbleiben, daß ich mit einem Dokument, das in besonderem Maße die Vertriebenen angeht, in Verbindung gebracht wurde. Das aber wollte ich nicht. Ich möchte mich nicht mit der Denkschrift identifizieren. Ich bin nicht mitverantwortlich dafür und vermag ihren Inhalt auch nicht in blanco zu billigen.

NZ: Ist es auch Ihre Meinung, Herr Bischof, daß sich die evangelische Kirche mit dieser Denkschrift, ganz gleich wie man zu ihrem Inhalt stehen mag, zu weit auf das politische Gebiet vorgewagt hat?

Wester: Die Gefahr bei solchen Denkschriften ist ohne Zweifel, daß sie nicht als Gespräch gewertet werden, als ein Problem, das zur Diskussion gestellt wird, sondern als eine Entscheidung der Kirche, so als wenn die Kirche ex cathedra gesprochen hätte. Auch das ist ein Grund, weshalb ich mich in die Notwendigkeit versetzt sah, mich von der Denkschrift zu distanzieren.

Billiger Vorwand

Die Botschafter Großbritanniens, Frankreichs und der USA haben ein Gnadengesuch des Rechtsanwalts Klaus von Schirach für seinen schwerkranken Vater mit der Begründung abgelehnt, die UdSSR sei dagegen. Baldur von Schirach würde nach dem Nürnberger Unrechtsurteil am 1. Oktober 1966 aus dem Spandauer Gefängnis, nach Absitzung einer zwanzigjährigen Haft, entlassen, falls er bis dahin noch lebt. Immerhin sind die Alliierten für ihre Güte bekannt, Sterbende unmittelbar vor ihrem Tod auf freien Fuß zu setzen, damit man selbst die Hände in Unschuld waschen kann.

Herrschaft kam nicht

Der Prozeß gegen Hans Herrschaft wegen „in staatsgefährdender Absicht begangener Geheimbündelei, Agententätigkeit und Zuwiderhandlung gegen die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom August 1956", der auf eine Anklageschrift aus dem Jahre 1962 zurückgeht, sollte am 14. Oktober zum dritten Male aufgerollt werden. Infolge des Richterwechsels im Rahmen der routinemäßigen Umbesetzungen hätte damit der Prozeß erneut von Grund auf geführt werden müssen. Als neues Element lag dem Gericht für die Prozeßführung lediglich ein umfassendes Gutachten des Bundesamtes für Verfassungsschutz vor, das über Antrag der Staatsanwaltschaft erstellt worden ist und das zur Vertagung des zweiten Verfahrens geführt hatte. Der Termin zum dritten Prozeß, für den sechs Verhandlungstage vorgesehen waren, mußte verschoben werden, weil Herrschaft wegen Verhandlungsunfähigkeit aus gesundheitlichen Gründen die Vertagung erwirkte.

Dieser Umstand ist um so beachtlicher, weil Herrschaft im Laufe der zweiten Sitzungsperiode die Justiz in der schwersten Weise mit der Behauptung angegriffen hat, sie verhindere erfolgreich durch Jahr und Tag seine Rehabilitierung und verschleppe aus politischen Gründen den Prozeß.

Österreichs Vergangenheit vor Gericht

Wiener Straßenschlacht in der Sicht der Justiz

Der 25jährige Wiener Student Günther Kümel ist am Montag von einem Wiener Geschworenengericht wegen Vergehens gegen die Sicherheit des Lebens zu zehn Monaten strengem Arrest verurteilt worden. Kümel war der fahrlässigen Tötung angeklagt, weil er im Verlauf von Straßenkrawallen im März dem 72jährigen Ernst Kirchweger einen Faustschlag versetzt haben soll, an dessen Folgen der Mann kurz darauf starb. Kümel berief sich darauf, daß er nur in Notwehr eine Abwehrbewegung gemacht habe, doch kamen die Geschworenen zu dem Schluß, daß er die Notwehr überschritten habe. Kirchweger hatte sich an Demonstrationen gegen den Wirtschaftshistoriker Taras Borodajkewycz beteiligt, bei denen es zu Zusammenstößen mit Gegendemonstranten gekommen war.

„Wiens Innenstadt wurde gestern, Mittwoch, zum Schlachtfeld: Demonstranten für und wider den umstrittenen Welthandelsprofessor Dr. Taras Borodajkowycz lieferten einander am späten Nachmittag vier Stunden lang eine wüste Straßenschlacht. Als der unselige Spuk kurz nach 20.30 Uhr endlich vorüber war, lagen 23 Verletzte — ein Pensionist und 22 Studenten — in den Wiener Unfallstationen."

Dies schrieb eine Wiener Tageszeitung am 1. April 1965. Am 18. Oktober gab es das gerichtliche Nachspiel dieser Demonstrationen. Der Pensionist, Ernst Kirchweger (67 Jahre alt, Kommunist und Beteiligter am kommunistischen Putsch 1950), war zwei Tage nach der Demonstration seinen schweren Schädelverletzungen erlegen. Der Chemiestudent Günther Kümel wurde einige Tage darauf als letzter Widerpart des rasenden Pensionisten ausgeforscht. Und Kümel gab zu, bei der Abwehr eines wütenden Angriffes, dem Mann einen Faustschlag versetzt zu haben. Kirchweger fiel zurück, krachte mit dem Kopf auf das harte Pflaster vor dem Hotel Sacher hinter der Wiener Staatsoper und erlitt einen Schädelbasisbruch. Er starb ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben.

Obwohl schon in den ersten Tagen des Monats April die ganze Angelegenheit klar war, zögerte man im Wiener Landesgericht, den Prozeß gegen den Studenten anzusetzen. Er mußte erst einmal sechs Monate in Untersuchungshaft bleiben.

Politikum ersten Ranges

Montag, den 18. Oktober, 9.30 Uhr, wurde Günther Kümel, 25 Jahre, im Großen Schwurgerichtssaal seinen Richtern vorgeführt. Sowohl der Staatsanwalt wie auch der Verteidiger lehnten eine politische Prozeßführung ab und wollten nur das kriminelle Delikt sehen. Kümel erklärte: „Ich bin nicht schuldig. Es tut mir leid, daß Herr Kirchweger gestorben ist."

Der Richter hatte erklärt: „Zumindest ein Teil der Bevölkerung hat die Veranstaltung als Politikum ersten Ranges angesehen." Und nun wurde plötzlich ein Prozeß geführt, der politische Argumente völlig ausgeklammert sehen wollte. An sich ein fruchtloses Unterfangen. Wie überhaupt die Fragwürdigkeit dieses Prozesses nicht abzustreiten ist. Tausende Menschen standen sich gegenüber, Hunderte schlugen aufeinander ein, zahlreiche Burschen und Mädchen blieben verletzt liegen, auch ein Pensionist, einer starb. Gewiß ist der Tod dieses Menschen tief zu beklagen. Aber konnte man einen Schuldigen finden? Man konnte den Mann finden, der mit Kirchweger zusammengeraten war, gut, aber war er wirklich schuld daran, daß Kirchweger starb. Der 67jährige Pensionist, von dem sein Sohn, ein Arzt, als Zeuge aussagte, er wäre schwer krank gewesen und kaum genesen schon wieder demonstrieren gegangen, ein Mann, der zwar mit den Widerstandskämpfern demonstrierte, aber wohl nicht ganz begriffen hat, worum es wirklich ging. Oder vielleicht doch. Vielleicht war sein Mitmarschieren unter der roten Fahne wirklich ein Zeichen für diese Art von Demonstration. Denn nicht Studenten waren gegen Studenten vorgegangen, Arbeiter und Pensionisten und natürlich auch einige wenige Studenten hatten einen politischen Streit wieder einmal auf die Straße gezerrt. Kirchweger hatte das Risiko gekannt, und dennoch war er auf die Straße gegangen, dennoch hatte er sich als einer der ersten in das Kampfgetümmel gestürzt. Kümel, der an seinem Tod mit Schuld war, wurde zum „Mörder" des biederen „unbeteiligten Pensionisten". Zeitungen, die sich eine andere Diktion erlaubten, galten als naziverseucht, als antidemokratisch, im Ostblock würde man sagen als reaktionär.

Kümel verteidigte sich vor dem Schwurgericht, er hätte nur in Notwehr gehandelt. Der alte Mann sei plötzlich mit einigen anderen Älteren aus dem Demonstrationszug ausgebrochen und auf ihn zugekommen. Er hatte sich zur Flucht gewendet, doch zu spät, in seiner Notlage schlug er zu, dann rannte er weiter.

So hatte es auch seine Entlastungszeugin Therese Lucia Fischer, die die Ereignisse von ihrem Balkon im ersten Stock aus erlebte, erzählt. Hingegen der Star des Wiener Staatsopernballetts Willi Dirtl, sich bei seiner Aussage in einige Widersprüche verstrickend, belastet Kümel schwer. Er hätte — so behauptete er — alles genau gesehen — aus dem vierten Stock. Während einer seiner jungen Kollegen dies aus der selben Entfernung nicht so genau gesehen hatte, wie er dem Gericht auch bekannte.

Morddrohungen gegen Entlastungszeugen

Doch bald hätte auch Frau Therese Fischer nicht ausgesagt, denn sie hatte furchtbare Angst. Sie war zweimal durch telefonische Anrufe bedroht worden. Und zwar hätte die Widerstandsbewegung angerufen: „Wenn Sie für Kümel aussagen, so schlagen wir Ihnen den Schädel ein." Ein Raunen ging durch den Gerichtssaal. So weit war es in Österreich also schon. Man wollte einen Zeugen am Sprechen hindern, man wollte Recht nicht mehr Recht sein lassen. Wenn es auch, was anzunehmen ist, nicht die Widerstandsbewegung war, die solche Anrufe initiiert, so ist es doch bedauerlich, daß derartige Methoden in einem freien Staat, der sich demokratisch und modern gebärdet, überhaupt möglich sind. Aber es kam noch schlimmer. Am Ende der Aussage, fragte der Privatkläger der Familie Kirchweger, Dr. Slunsky, scheinheilig die Frau: „Sagen Sie, Frau Zeugin, Sie sagten, daß Sie unpolitisch seien. Waren Sie aber nicht Mitarbeiterin der Gestapo und des SD ..." Minutenlanges, völliges Schweigen im Saal. Dann beginnt Frau Fischer zu schreien: „So eine Gemeinheit, diese Frage ist eine Frechheit, mir so etwas zu sagen, ausgerechnet mir, wie kann ich den Herrn zur Verantwortung ziehen, so eine gemeine Verleumdung, der glaubt, weil ich nicht für ihn aussage ... ausgerechnet mir, die ich mit einem Juden verheiratet und in der NS-Zeit politisch verfolgt war, die ich auf der Elisabethstraße eingesperrt war, der man das Vermögen wegnahm. Ich wurde auch enteignet, wissen Sie, was das heißt? Und als ich zurückkam, hat mir die Widerstandsbewegung eine entnazifizierte Wohnung angeboten." Erst nach dreißig Minuten konnte der Richter die Ruhe endgültig wiederherstellen. Der öffentliche Staatsanwalt distanzierte sich energisch vom Vertreter der Privatklage, der Senat bedauerte den Vorfall und der Richter OLGR Dr. Gleissner wies die Frage des Dr. Slunsky scharf zurück.

Natürlich durfte Josef Hindels, seines Zeichens Vizepräsident der Widerstandsbewegung und Zentralsekretär der Privatangestelltengewerkschaft, als Zeuge nicht fehlen. Sogar der erste mußte er sein. Obwohl er aussagte: „Ich habe gesehen, wie der Kordon der Ordner durchbrochen wurde, was sich aber dort ereignete, konnte ich nicht sehen." Was sollte also der „Zeuge" Hindels? Wohl nur politische Stimmungsmache? Aber es war doch wiederum nur ein Prozeß vor Schöffen, also unpolitisch.

Am Donnerstag sollten dann Filme die Schuld oder Unschuld des Angeklagten beweisen. Es gelang weder das eine noch das andere. Die entscheidende Szene war auf keinem der Streifen, auch nicht auf dem des Österreichischen Fernsehens zu sehen. Der Gerichtsmediziner Dr. Breitenecker erläuterte genau die Folgen des geführten Schlages und des daraufhin folgenden Sturzes. Außerdem widerspricht er der Aussage des Sohnes Kirchwegers, der ebenfalls Arzt ist, der alte Mann hätte keine Muskeln mehr gehabt und wäre schwach gewesen. Professor Breitenecker erklärte, Kirchweger sei kräftig gebaut gewesen und hätte gut ausgebildete Muskeln gehabt. Der Psychiater, Dozent Jech, gestand dem Angeklagten einen „Zustand der ängstlichen Erregung zu". Aus diesem Grund sei er auch „im Gebrauch der Vernunft beeinträchtigt gewesen". Er bestätigte dem Verteidiger: „Der Angeklagte wirkt eher offen, bereitwillig, alles zu erklären. Übrigens hier vor Gericht ebenso. Hinweise auf eine Lügenhaftigkeit des Angeklagten konnte ich nicht finden."

Der Hauptstreit ging auch um die Tatsache, ob Kümel einen gezielten Boxhieb oder einen überraschten Stoß nach dem Kinn des Pensionisten geführt hatte. Wer würde nicht einen Gegner bei einem wilden Angriff, in einer extremen Situation, abwehren wollen? Mit einem Schwinger, mit einem Stoß, mit einem Schlag. Derjenige, der einen echten Boxhieb gelernt hat, wird höchstwahrscheinlich mit diesem eine Attacke beantworten. Einer, der einen Schlagring in der Hand hat, wird sogar damit angreifen, wovon sich zahlreiche Studenten an dem Tag der Straßenschlacht wohl überzeugen konnten.

Die Ausgangssituation vor dem Urteil war also folgende. Der Staatsanwalt verlangte die Verurteilung des Beschuldigten nach Paragraph 140 Strafgesetz: Wird die Handlung, wodurch ein Mensch um das Leben kommt, zwar nicht in der Absicht, ihn zu töten, aber doch in anderer feindseliger Absicht ausgeübt, so ist das Verbrechen ein Totschlag. (Strafe: Fünf bis zehn Jahre schwerer Kerker.) Er vertraute den Zeugenaussagen, die sich gegen Kümel gerichtet hatten, die anderen jedoch seien Opfer eines Irrtums gewesen. Entweder sie hätten eine andere Situation beobachtet, oder sich eben geirrt. Recht hätten jedenfalls Hindels & Co.

Rechtsanwalt Dr. Grois plädiert auf Notwehr Paragraph 2 des Strafgesetzes. Daher wird die Handlung oder Unterlassung nicht als Verbrechen zugerechnet: wenn die Tat durch unwiderstehlichen Zwang oder in Ausübung gerechter Notwehr erfolgte.

Dr. Grois erklärte: „Ein eindeutiger Beweis der Schuld in Richtung Totschlag ist nicht erbracht, jede Zeugenaussage, die darauf hindeutet, läßt sich widerlegen und entkräften." Und er spricht ein wahres Wort aus, wenn er sagt, „wäre der Angeklagte nicht Kümel — es wäre gar nicht zur Anklage gekommen". Denn bekanntlich war Günther Kümel schon einmal, im Jahr 1961, wegen politischen Extremismus vor Gericht gestanden.

Wieder ein Prozeß also, der nicht sein hätte müssen. Es scheint manchmal so, als gäbe es Kreise, die mit Befriedigung immer wieder einen Fortschritt feststellen wollen in der Entwicklung des Hasses. Eines Hasses, der nur in der Vergangenheit seine Wurzeln hat, einer Vergangenheit, die die heutige Jugend grundsätzlich ablehnt, an die sie nicht erinnert werden will. Denn sie hat es satt, an die Fehler erinnert zu werden, die von einer ganzen Generation begangen wurden, ob es Freunde oder Feinde des Herrn Hindels waren oder er selbst. Unverständlich nur, warum gerade diese Herren nie einsehen wollen, daß ihre Problemstellung — Faschismus oder Antifaschismus — heute völlig unmodern ist und nur gewaltsam einen aktuellen Anstrich behalten kann.

JOHANNES STEINER

Die große Lüge der KZ-Prozesse

NZ-Gespräch mit einem „ermordeten" KZ-Häftling

Schluß von Seite 1

Seiler: Bis Mitte 1942 war Hoppe mein Kommandoführer, wir haben damals die SS-Siedlung gebaut, die etwa 1½ Std. vom Lager entfernt lag. Ich habe nie gesehen, daß Hoppe jemanden gequält oder geschlagen hat. Er hat uns nie schikaniert. Wenn er im Lager jemanden umgebracht hätte, dann hätte sich das herumgesprochen.

NZ: Halten Sie es für möglich, daß Hoppe nach Ihrer Zeit, also nach 1943, Häftlinge geschlagen und umgebracht hat?

Seiler: Nein. So wie ich Hoppe kannte, halte ich es für ausgeschlossen, daß er jemals so etwas getan haben könnte.

NZ: Gab es denn Schläger in Buchenwald?

Seiler: Ja, der „Bunker-Sommer" war berüchtigt.

NZ: Kennen Sie den Zeugen, der Hoppe beschuldigte, Sie ermordet zu haben?

Seiler: Bei meiner Vernehmung im Mai habe ich gehört, daß Herbst der Hauptbelastungszeuge war. Herbst war nie im Kommando Hoppe. Er war ein Jahr weniger als ich in Buchenwald und ich glaube gar nicht, daß er Hoppe überhaupt kannte.

NZ: Wußte der Zeuge Herbst, daß Sie leben?

Seiler: Selbstverständlich hat er das gewußt. Er hat mich doch erst vor drei Jahren besucht und wohnte einige Tage hier.

NZ: Hat er Ihnen denn nichts von dem Prozeß gegen Hoppe erzählt? Hat er Ihnen gesagt, daß er Hoppe mit Ihrem angeblichen Tod belastet hatte?

Seiler: Kein Wort hat er davon gesagt. Er wollte mich damals überreden, mit ihm nach Süddeutschland zu fahren, um als Zeuge auszusagen.

NZ: Für oder gegen wen sollten Sie denn aussagen?

Seiler: Gegen ehemalige SS-Angehörige.

NZ: Kannten Sie die Angeklagten?

Seiler: Nein, deshalb bin ich ja auch nicht mitgefahren.

NZ: Kannte Herbst denn die Angeklagten?

Seiler: Nein, aber er meinte, darauf käme es nicht an, die Hauptsache wäre, daß man Geld dafür bekäme.

NZ: Welchen Beruf hatte Herbst?

HOPPE — DAMALS

SAILER — HEUTE

Seiler: Er war früher Melker.

NZ: Übte er diesen Beruf auch nach dem Krieg aus?

Seiler: Nein. Der ist doch nur herumgereist, von einem Prozeß zum anderen, für den hat es sich gelohnt.

NZ: Könnte man sagen, Herbst war früher Melker und nach dem Krieg Berufszeuge?

Seiler: Ja, das kann man behaupten.

NZ: Gibt es viele solcher Berufszeugen?

Seiler: Herbst war nicht allein. Es sind einige auf diese Tour gereist.

NZ: Was haben Sie getan, um Hoppe zur Freiheit zu verhelfen?

Seiler: Ich habe bei meiner kürzlichen Vernehmung gesagt, daß er mir nie etwas getan hat. Ich habe gesagt, daß er — solange ich in Buchenwald war — nicht als Schläger bekannt war. Ich habe nie gehört oder gesehen, daß er jemandem etwas getan hat. Das ist die Wahrheit.

NZ: Sie wissen ja sicher, daß Hoppe noch immer im Zuchthaus sitzt.

Seiler: Ja, ich kann das nicht verstehen. Selbst wenn er wegen seiner Zugehörigkeit zur Lager-SS verurteilt worden wäre, hätte er seine Strafe aber bestimmt schon längst abgesessen. Wenn ich das Geld hätte, würde ich Hoppe besuchen.

NZ: Nachdem Sie fast vier Jahre im Konzentrationslager waren, haben Sie doch sicher Wiedergutmachung erhalten.

Seiler: Ich habe keine Wiedergutmachung bekommen, ich habe bis heute nichts beantragt.

NZ: Aus welchem Grund? Sie sind doch nicht auf Rosen gebettet.

Seiler: Ach wissen Sie. Im Lager haben sie alle von Idealismus und Überzeugung geredet und hinterher waren das die ersten, denen es nur noch ums Geld ging.

NZ: Sie sind also enttäuscht? Sympathisieren Sie noch mit den Kommunisten?

Seiler: Nein, ich bin geheilt.

NZ: Was halten Sie von den KZ-Prozessen 20 Jahre nach dem Kriege.

Seiler: Nicht viel. Man sollte endlich damit aufhören.

NZ: Glauben Sie, daß sich die damaligen Geschehnisse wahrheitsgetreu rekonstruieren lassen?

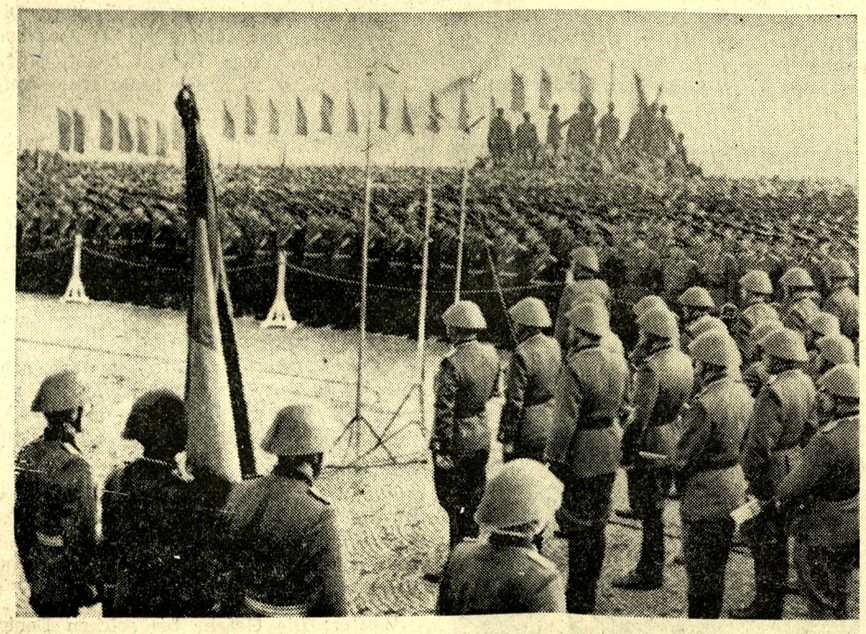
Seiler: Es gibt sicher einige Dinge im Leben eines jeden Häftlings, an die er sich gut erinnern kann, ich glaube aber nicht, daß in allen Fällen die Erinnerung so gut ist, wie die Zeugen immer vorgeben.

NZ: Glauben Sie, daß es auch unter diesen Zeugen viele Berufszeugen gibt?

Seiler: Ich weiß es nicht, aber möglich ist es schon.

NZ: Herr Seiler, werden Sie in dem demnächst stattfindenden Wiederaufnahmeverfahren für Hoppe aussagen?

Seiler: Selbstverständlich, ich werde die Wahrheit sagen, denn nur damit kann ihm geholfen werden.



Um die eigenen Konzentrationslager vergessen zu machen und ihre Verbrechen der Gegenwart zu vertuschen, sind den Machthabern der Ostblockstaaten die tatsächlichen und vermeintlichen Greueltaten des NS-Regimes stets willkommener Anlaß zum Gedenken. Im ehemaligen KZ Buchenwald bei Weimar fand die Eröffnung der Herbsmanöver russischer, tschechischer, polnischer und mitteldeutscher Truppen statt. Erich Honecker, Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der SED, hielt die Eröffnungsansprache. Unser Bild zeigt die angetretenen Einheiten, im Hintergrund das Buchenwald-Denkmal.

Wie die Polen die deutschen evangelischen Geistlichen behandelten

DAS LAGER DES GRAUENS: POTOLITZE

Millionen deutsche Menschen aus dem deutschen Osten wurden in den Monaten des Zusammenbruchs 1945 aus ihrer angestammten Heimat unter unsagbar brutalen Begleitumständen ausgetrieben. Hunderttausende fanden dabei den Tod. Erschlagen von einer entfesselten Menge, die im Blutrausch entsetzlichen Sadismus beging. Allein im polnischen Konzentrationslager Potolitze bei Bromberg kamen Tausende Menschen aus Pommern durch Mord oder Hunger zum Tode. Zahllose Menschen – Frauen, Greise und Kinder – wurden auf unvorstellbare Weise zu Tode gequält. Ihre Mörder leben heute noch, ohne daß sich ein Staatsanwalt und Richter gefunden hätte, sie ihrer verdienten Strafe zuzuführen.

Die „Pommersche Zeitung" bringt in ihrer Folge Nr. 32 einen Bericht aus dem „Lager des Grauens" von Erich Scheffler. Wer kann ihn lesen, ohne zutiefst erschüttert zu sein?

Fliesenleger Max Windt (65), früher Töpfermeister und Ofensetzer in Rathsdamnitz, Kreis Stolp, geboren in Köslin, heute in seinem hübschen Haus in Boke, Kreis Büren, wohnend, ist einer der Zeugen der Verbrechen, die im Namen des polnischen Staates an unschuldigen Menschen im Lager Potolitze begangen wurden. Er will die schreckliche Zeit im Lager vergessen. Aber Max Windt kann es nicht. Potolitze verfolgt ihn seit 1945, Potolitze läßt ihn nicht aus den Klauen.

„Als ich am 28. 12. 1946 aus dem Lager Potolitze entlassen wurde, mußte ich unterschreiben, nichts über die Vorgänge, die sich dort abgespielt haben, zu erzählen. Zu keinem Menschen", sagt uns Max Windt, als wir ihn nach seinen Erlebnissen befragten. Und dann gehen seine Gedanken zurück — zu jenem Lager bei Bromberg, zu den Baracken hinter Stacheldraht, die von den Deutschen während des Krieges als Ausbildungsstätte für ausländische Angehörige der Waffen-SS gebaut wurden: Potolitze, die Endstation für viele Pommern.

Potolitze war für Max Windt die zweite grausame Erinnerungsstätte. Ihr voraus gingen lange Wochen der Untersuchungshaft im Gefängnis seiner Heimatstadt Köslin. Anfang 1945 war er bereits von den Russen festgehalten worden, hatte im Gefängnis Stolp gesessen, als er seine Familie bei Gotenhafen in Sicherheit bringen wollte. Er sah, wie gehunfähige Deutsche von den Sowjets auf dem Marsch erschossen und erschlagen wurden. Max Windt gelang die Flucht. Er kam nach Rathsdamnitz. Dort warnten ihn Nachbarn vor der drohenden Festnahme durch die Polen. Windt wanderte nach Köslin. Dort wurde er verhaftet.

„Ich mag nicht mehr daran denken. Es war fürchterlich. Zur ‚Begrüßung' mußten wir uns in der Zelle nach polnischen Kommandos abwechselnd hinlegen und aufstehen. Wer das nicht schnell genug tat, erhielt Schläge mit Gummiknüppeln und Gewehrkolben. Der über 70jährige Kreishandwerksmeister von Köslin, Tessmann, brach blutüberströmt zusammen. Man hatte ihn viehisch zugerichtet. Später ist Tessmann im Lager Potolitze gestorben." Und weiter: „Frauen und Männer waren zusammen im Kohlenkeller eingesperrt worden. Die hygienischen Zustände sind nicht zu beschreiben. Die polnischen Bewacher ließen uns nachts nackt auf den Flur heraustreten und hetzten einen Schäferhund auf uns. Ich höre noch immer die Schreie der mißhandelten Menschen. Ich werde sie mein Leben lang nicht vergessen!"

Menschen vor Pferdewagen gespannt

Max Windt war verhaftet worden, weil er in Verdacht stand, ein deutscher Partisan zu sein. Unter Druck mußte er ein Schriftstück, das in polnischer Sprache abgefaßt worden war, unterschrieben. Und dann ging es in einem Sammeltransport ins Lager Potolitze bei Bromberg. Ob er beim Verhör geschlagen worden war während des achttägigen Verhörs? „Aber natürlich, das gehörte nach polnischer Sitte dazu. Ein Mithäftling wurde bei seinem Verhör von vier oder fünf Polen brutal zusammengeschlagen. Wir zitterten um ihn. Wir hörten seine Schreie. Den Frauen erging es nicht anders."

Als der Transport, dem Landsleute aus den Kreisen Köslin und Stolp angehörten, im Lager eintraf, war Windt zunächst angenehm enttäuscht. „Man war am ersten Tag recht galant zu uns. Aber dann ..." Den Männern, Frauen und Kindern wurden die Haare abgeschnitten. Die Verpflegung? Es gab 200 g Brot pro Tag und sogenannten Kaffee ebenfalls einmal täglich. Gab es Suppe, dann bestand sie aus Wasser und einigen Maiskörnern. Die Häftlinge kochten Brennesseln und Disteln. Nur an hohen Festtagen gab es einen Teelöffel Fett. Sonst niemals.

Und dann die Arbeit. Besser gesagt: Die Schufterei! „Es ging immer im Galopp", erinnerte sich Max Windt. Die Kastenwagen wurden von Häftlingen gezogen. Wir ersetzten die Pferde. Zwölf Männer und Frauen wurden vor den Wagen gespannt. Dann ging es los — in den Wald, aufs Feld. Und wehe, wir schafften die Fuhre nicht. Die Polen waren mit Schlägen nicht sparsam. Holten wir einzeln aus dem Wald Stämme oder mußten wir kilometerweit Bretter schleppen, dann ging es ebenfalls nur im Laufschritt. Wehe, einer ließ die Traglast fallen. Es setzte Hiebe mit dem Knüppel oder der Gewehrkolben trat wieder in Tätigkeit. Viele brachen zusammen. Wir sahen sie später nicht mehr."

Pastor lud Mist auf

Einige versuchten, sich durch Flucht der unmenschlichen Behandlung zu entziehen. Wurden sie aufgegriffen, dann kamen sie in den „Eisbunker". Das war eine fensterlose Einzelzelle. Der Flüchtling mußte seine Haft stehend im Chlor-Wasser verbringen. Niemand hat lebend diese Zelle verlassen. — Wie die Polen die deutschen evangelischen Geistlichen behandelten? Max Windt: „Sie machten mit ihnen keine Ausnahme! Einer unserer Pastoren mußte mit seinen Händen Mist aufladen. Er sagte den Bewachern: Das kann ich ruhig machen. Dafür bin ich mir nicht zu schade! Und er lud mit seinen eigenen Händen auf. Besser hatten es die Architekten und Ingenieure. Sie mußten ihr Wissen den Polen in den Büros zur Verfügung stellen."

Arbeiter und Bauern mußten draußen auf den Feldern arbeiten. Wehe dem, der eine Kartoffel in seine Tasche steckte oder eine Rübe beim Hacken beschädigte! Und die Gutsbesitzer? „Ich weiß keinen einzigen Gutsbesitzer aus Pommern, der lebend aus dem Lager gekommen ist", sagte Max Windt. „Mit ihnen verfuhren die Polen besonders grausam. Viele von ihnen sind nach grausamer Mißhandlung im Spital in Nakel gestorben. Kein Deutscher durfte sich um die Toten kümmern. Sie wurden zu fünf oder sechs in eine Kiste gelegt und auf den benachbarten Friedhof gefahren."

„Sehen Sie dort hinten die Baumgruppe? So lang war der Friedhof von Potolitze. Von hier bis dort. Und fast so breit. Grabreihe an Grabreihe." Max Windt deutet mit der Hand auf die hohen Bäume. Sie sind mindestens 500 Meter weit entfernt von dem Haus, in dem uns Windt seine Erlebnisse erzählt. Tausende liegen dort bei Bromberg verscharrt — verhungert, zu Tode gefoltert, ermordet. Kein Deutscher durfte sich um die Gräber kümmern. Gibt es den Friedhof überhaupt noch? Max Windt weiß es nicht. Vielleicht sind die Reihengräber eingeebnet worden, weil sich die Polen ihrer Unmenschlichkeit nicht erinnern wollen. Vielleicht ist Gras über den Gräbern gewachsen. Gras über den Erinnerungen der Menschen, die Potolitze erleidet haben, wird niemals wachsen. Niemals, solange sie leben.

Und die Frauen, die Kinder! Zunächst durften sie beieinander bleiben. Aber dann nahmen die Polen den Müttern die Kinder ab. „Ich weiß nicht, was aus den Kindern geworden ist. Ich weiß auch nicht, wohin man sie verschleppt hat. Ich weiß nur, daß sich in Potolitze furchtbare Szenen abgespielt haben, als die Polen die Kinder von den Müttern mit Gewalt trennten", fährt Max Windt fort. „Und ich kann mich erinnern, daß die Nerven einer Frau, es war bei einem Lagerappell, durchgingen. Sie schrie: Ich will hier raus. Laßt mich gehen! Der Kommandant winkte den Bewachern zu. Was danach geschah, weiß ich nicht."

Max Windt hat vieles vergessen. „Ich wollte vergessen! Ich mußte vergessen. Denn im Lager sagte ich mir: Ich will an nichts denken. Nur daran, daß ich überlebe. Und das stärkte meinen Willen, einmal wieder die Freiheit zu erleben." Und er kam durch. Aber die meisten Namen hat er vergessen: Die Namen seiner Peiniger, den Namen des Kommandanten, die Namen vieler Mithäftlinge.

„Im Spital sah ich lebende Skelette!"

Es gab auch gute Polen. Auch unter den Bewachern. Das waren die Männer, die während des Krieges als Gefangene oder Zwangsverpflichtete in Deutschland gearbeitet haben. „Wir taten ihnen leid. Sie schlugen uns nicht. Dann gab es die anderen — meist jüngere, die uns sadistisch behandelten. Das waren keine Menschen. Das waren Bestien! Wenn sie Dienst hatten, konnten wir uns ‚gratulieren'. Wir zitterten am ganzen Leibe, wenn sie auftauchten. Aber es waren nicht nur Männer, es waren auch Frauen und junge Mädchen, die uns zusammenschlugen. Wenn ich der einen Bewacherin hier begegnen sollte ..." Max Windt winkt ab. „Ach, lassen wir das."

Täglich mußten die Häftlinge 18 Stunden arbeiten. Feiertage gab es nicht. „Im Spital in Nakel habe ich lebende Skelette gesehen. Die Menschen waren nur Haut und Knochen. Ich konnte mir nicht vorstellen, wie ein Mensch so überhaupt leben kann. Und ich wog damals doch selbst nur 80 Pfund." Windt hatte Glück: Als pommerscher Ofensetzer mußte er im Spital vielerlei handwerkliche Arbeiten verrichten. „Dort haben wir uns regelrecht durchgegessen. Wir schliefen sogar in Federbetten. Ich denke heute noch, daß ich damals geträumt haben muß. Als wir wieder in das Lager zurück mußten, gab uns der polnische Chef eine schriftliche Bescheinigung mit, in der stand, daß wir sehr fleißig gewesen waren. Wir durften unser Haar wachsen lassen und auch unser Brot behalten, das wir uns im Spital zusammengespart hatten. Die KZ-Bewacher staunten, mußten sich aber nach dem Schriftstück richten."

Wie die polnischen Bewacher sich aufführten, wenn sie betrunken waren? „Erinnern Sie nicht daran! Sie schlugen zu, ganz gleich, was sie in der Hand hatten, ganz gleich, wen sie trafen. Sie scheuchten uns nachts aus den Baracken, sie ließen uns — nur mit der Unterhose bekleidet — eine Stunde lang im Schnee stehen. Dann jagten sie uns wieder hinein."

Es gibt pommersche Familien, die mit fünf, sechs und sieben Personen ins Lager verschleppt wurden. Nur einer von ihnen hat Potolitze überlebt. Sie schweigen. Sie wollen sich nicht erinnern. So weiß die Öffentlichkeit nichts von den Tragödien. Sie wollen die Toten ruhen lassen. Sollen aber die polnischen Verbrechen ungesühnt bleiben und nur die deutschen Missetäter abgeurteilt werden? Das Recht ist unteilbar! Auch die polnischen Mörder müssen ihre Richter finden!

Schicksal eines Volkes

Deutsche Menschen — Männer und Frauen — abgemagert bis zum Skelett, fast verhungert, unschuldig verhaftet, verbrecherisch gefoltert und drangsaliert, von Haus und Hof verschleppt, gewaltsam getrennt von den Kindern, von Mann und Frau, vorgespannt vor einem Pferdewagen, der einmal deutsches Eigentum war, angetrieben von polnischen Bewachern, mißhandelt durch Knute und Gewehrkolben, angetrieben und angespien von Bestien in Menschengestalt: Stellvertretend erlitten diese Menschen das Schicksal einer Nation, das Schicksal eines Volkes, gingen sie die Straße nach Golgatha, trugen ihr Kreuz wie der Mensch, der vor fast zweitausend Jahren gekreuzigt wurde, und an den die Polen wie die Deutschen glauben!

Ein Platzregen geht nieder. Er schlägt mit voller Wucht gegen die Fenster des Eigenheimes, das Max Windt 1957 in Boke baute. Die ganze Familie arbeitete mit, das neue Haus zu errichten. Drei Kinder hat Max Windt mit seiner Frau Luise, geborene Bergmann, deren Vater Gutsförster bei dem Herrn von Zitzewitz war. Von ihrem Bruder, der ebenfalls Förster war, hat Frau Windt nie wieder etwas gehört. Der Vater von Max Windt? Er ist in Pommern erschossen worden. Der älteste Sohn und die älteste Tochter der Familie Windt flohen damals nach Dänemark. Frau Windt war noch 1946 in Pommern, damals, als ihr Mann verschleppt wurde. Das war in Damnitz, wo sie geboren wurde, wo sie ihren Mann kennenlernte und wo sie ihn heiratete. Schlohweiß ist ihr Haar geworden.

Endlich Ermittlungsverfahren gegen Schüle

So kühn die Justiz sonst auf Beschuldigungen deutscher Kriegsverbrechen mit der unverzüglichen Verhaftung vermeintlicher oder tatsächlicher Mörder reagiert, so ist der Leiter der Ludwigsburger Zentralstelle zur Verfolgung nationalsozialistischer Verbrechen, Oberstaatsanwalt Schüle, noch nicht einmal vom Dienst suspendiert, geschweige denn in Untersuchungshaft. Dabei hat die UdSSR äußerst schwerwiegende Mordbezichtigungen bereits vor Wochen gegen den schon in der Sowjetunion als angeblicher Kriegsverbrecher zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilten Schüle erhoben. Jetzt endlich kommt ein Ermittlungsverfahren gegen ihn in Gang. Die deutsche Öffentlichkeit im allgemeinen und die von Schüle zur Strecke Gebrachten und ähnlicher Taten von seiten des Ostblocks Beschuldigten werden den Fortgang des Verfahrens als Prüfstein betrachten.

Das freie Wort:

Weil er für Deutschland gekämpft hat

Ich bin Volksdeutscher aus Jugoslawien, wurde am 10. 12. 1941 mit meinen Eltern von Laibach nach Klagenfurt umgesiedelt. In Klagenfurt besuchte ich 4 Klassen Realgymnasium, wo ich Ende 1942 von der Schule zum RAD eingezogen und anschließend dem 12. Fallschirmjäger-Reg. zugeteilt wurde. In Frankreich, bei Toulouse, wurde ich vom Funkwagen, unter dem eine Mine explodierte und den Wagen zerriß, einige Meter weggeschleudert, so daß ich etwa 25 Minuten bewußtlos liegen blieb. Nach meiner Gesundung war ich dienstunfähig, wie auch der Augenzeuge Hauptmann Mutz bezeugen kann (er ist heute bei der österreichischen Wehrmacht). Ich kam am 27. Juli 1946 aus der französischen Gefangenschaft mit einem Begleiter, weil ich öfter das Bewußtsein verlor. Mein Vater hatte schon 1947 bei K. O. V. angefragt wegen einer Invalidenrente; er wurde xmal mit den Worten abgewiesen „Sie sind Ausländer" und „Gehen Sie zu denen, für die Sie gekämpft haben". Als ich am 7. 11. 1948 den ersten schweren Epilepsieanfall bekam und den Rentenantrag stellte, wurde ich abgewiesen, da ich noch im Besitze der deutschen Staatsbürgerschaft war. Wenn ich die österreichische Staatsbürgerschaft annähme, würde ich die Rente bekommen. Seit 15. November 1951 habe ich die österreichische Staatsbürgerschaft und werde seither mit verschiedenen Lügen abgewiesen. Nun bekam ich eine Antwort vom Sozialministerium, ich soll neue Beweise vorbringen. Dabei habe ich ja doch den Augenzeugen aus dem Krieg und ein ärztliches Gutachten von Prof. Dr. Hof.

Da ich durch die Epi-Anfälle arbeitsunfähig bin, bekomme ich keine Arbeit und keine Invalidenrente. Mein Vater mit 76 Jahren hat mich bis jetzt erhalten. Was mache ich nach seinem Tod? Daher bitte ich höflichst um Auskunft, an wen ich mich wenden soll, um mein Recht zu erhalten.

A. Gustav, Klagenfurt/Österreich

Impfstoff gegen die deutsche Jugend

Man kann sich in Deutschland nicht die geringste Vorstellung machen, mit welchem kompakten Haß heute noch gegen alles Deutsche gehetzt wird. Man ist dabei, von uns Deutschen nur in negativer Form zu schreiben. Die Jugend, die heranwächst, bekommt damit einen Impfstoff in sich, der sie gegen jedes deutsche Wort immun macht. Die Folgen davon können wir nur ahnen.

Ich selbst bin Sudetendeutscher, 43 Jahre alt und aus Asch. Ich habe schon vor langer Zeit resigniert, die Leute darüber aufzuklären, was eigentlich ein Sudetendeutscher ist. Man weiß so gut wie überhaupt nichts von uns, und was man weiß, ist immer ein Dorn im Auge. (Münchener Abkommen).

Die schwedische Presse spart sich immer wohlvorbereitete Artikel meistens für den Sonntag, denn da haben ja die Leutchen mehr Zeit zum Lesen. Immerhin begann in Deutschland die „Umerziehung", als hier und in der übrigen Welt der Deutschenhaß freien Lauf bekam.

Vor 20 Jahren wußte ich aber nicht, daß es jemals wieder eine deutsche Zeitung geben würde, die nicht nur der Sprache wegen als deutsche zu bezeichnen wäre, sondern auch des Geistes wegen. Daß es Ihre Zeitung gibt, bekam ich übrigens durch ein deutschfeindliches Programm des schwedischen Fernsehens zu wissen.

Ich habe die damalige Zeit nach 1945 in Schweden gut in Erinnerung. Damals nahm man kein Blatt vor den Mund, wenn es um uns Deutsche ging. Man schrieb nämlich, daß Deutschland rund 50 Jahre besetzt bleiben wird, um die Umschulung aller Deutschen durchführen zu können. Ich erinnere mich dabei, daß man in einer Zeitung schrieb, daß alle, die von den Alliierten eine Lizenz bekommen, durch den Geheimdienst auf Herz und Nieren geprüft worden sind. Daß aber trotzdem alle in Deutschland erscheinenden Zeitungen durch eine Stelle in Frankfurt (?) überprüft und unsichtbar gelenkt werden würden. Sicherlich wissen Sie darüber Bescheid.

Gut in Erinnerung habe ich auch einen ausführlichen Artikel, in dem man erklärte, daß man es mit der „Umerziehung" der Deutschen nicht eilig zu haben braucht, da man ja viele Jahre vor sich hätte und sich hauptsächlich der Jugend widmen würde.

F. Günthner, Skörde/Schweden

Über die „Tierfreiheit" in Hessen

In Ihrer Ausgabe vom 20. August haben Sie die Behauptung aufgestellt, ich wolle im Taunus ein „afrikanisches Naturschutzgebiet" auf Kosten der einheimischen Tierwelt schaffen und wolle „die Praktiken des afrikanischen Naturschutzes auf Mitteleuropa übertragen".

Ich nehme an, daß Sie diese Behauptungen in gutem Glauben übernommen haben. Eine Ausarbeitung, aus der unsere wirklichen Pläne hervorgehen, ist so gedacht:

Seit langen Jahren ist geplant, einen zweiten großen Zoologischen Garten völlig neuen Typs (nach den Entwürfen von Prof. Dr. B. Grzimek) innerhalb Hessens zu schaffen. Diese „Tierfreiheit" wird die Größe von 1 - 2 Rittergütern Land umfassen, und zwar sowohl Wiesen und heute vielfach unbewirtschaftete oder wenig Erlös bringende Äcker als auch Waldbestände. So wie einst Hagenbeck um 1910 erstmals Tiere ohne Gitter nur hinter Gräben hielt und dadurch eine neue Epoche im Tiergartenwesen der Welt einleitete, werden hier die Wildtiere — europäische und exotische — zum ersten Male völlig frei in Herden gehalten werden. Im Grundsatz soll also nur das Gesamtgelände sicher eingezäunt werden, während die einzelnen Tierarten darin nicht mehr in Sondergehegen leben. Es werden vor allem Weidetiere in größeren Herden gehalten. Soweit es sich um Übersee-Tiere handelt, werden es solche Arten sein, die nach jahrzehntelanger tiergärtnerischer Erfahrung den Winter in einfachen Ställen ohne künstliche Heizung gut überstehen. Die Pflege- und Futterkosten sind demnach, gemessen an denen eines klassischen Stadt-Zoos, verhältnismäßig niedrig. Die Stallgebäude werden für den Besucher nicht sichtbar sein.

In dem neuen Landschafts-Zoo sollen deutsche Tierarten, die in der Bundesrepublik ausgerottet oder im ständigen Dahinschwinden sind, bevorzugt gehegt (und gefüttert) werden. In Afrika waren Tabu-Bezirke, in denen aus religiösen Gründen nie gejagt werden durfte, stets Wildreservoire, aus denen sich die Tiere wieder langsam in die ausgejagte Nachbarschaft ausbreiteten. Wir hoffen, daß die „Tierfreiheit" auch ein Zentrum für seltene, besonders Flugwildarten, sein wird. Von dort aus können sie sich immer wieder in die benachbarten Wälder ausbreiten, besonders, wenn diese hier und da auch ein wenig natürlicher gestaltet werden.

Das Gelände ist recht groß; die Mehrzahl der Besucher wird es kaum ablaufen können. Daher werden sie die Tiere, welche sich darin frei aufhalten, von einer langsam fahrenden, lautlosen Kleinbahn aus besichtigen. Ihre Gleise zwischem dem Gras stören das Bild der Landschaft kaum. Nach den Erfahrungen der Nationalparks kann man sich in Gefährten auch großen und als nicht ungefährlich geltenden Wildtieren ohne Bedenken bis auf sehr kurzen Abstand nähern. Alle Schädigungen der Landschaft und der Tiere durch noch so große Besuchermassen sind vermieden. Diese neuartige Form eines Zoologischen Gartens wird zum ersten Male in der Welt geschaffen, sie zieht aus den Erfahrungen der überseeischen Nationalparks und des Tiergartenwesens der letzten Jahrzehnte die Folgerungen. Die Hessische Landesregierung hat bereits von international bekannten Tiergärtnern und Veterinärfakultäten zu diesem Projekt Gutachten erstellen lassen, die positiv ausgefallen sind.

Soweit Waldbestände in den neuen Zoologischen Garten einbezogen werden, werden diese damit für alle Zukunft geschützt und zum „Erholungswald" gewandelt. Damit werden die Forderungen des modernen Naturschutzes erfüllt, wonach unsere Wälder nicht nur für die Holzgewinnung, sondern auch für die Freude und Erholung unseres Volkes genützt werden sollen. Im wesentlichen finden sich nur Reinbestände gleichalter Nadelhölzer, Buchen und Eichen in unseren Wäldern. Durch die gesunkenen Holzpreise erfordert die Unterhaltung dieser Waldform heute an vielen Stellen Zuschüsse aus öffentlicher Hand. Derartige Baum-Reinkulturen bieten den einheimischen Tieren kaum Lebensmöglichkeiten.

Viele Wildtierarten, die ehedem in Deutschland verbreitet waren, sind daher heute bei uns ausgerottet; andere, wie Auerhühner, Uhus usw. können in diesem Kunstwald nicht mehr leben, ihre Zahl geht von Jahr zu Jahr zurück.

Soweit daher bestehende Waldbestände in die „Tierfreiheit" einbezogen werden, sollen diese allmählich der neuen Nutzungsform — Erholung und Freude für die Allgemeinheit, Ernährung für Wildtiere — angepaßt werden. Es werden also darin möglichst 20 oder 30 verschiedene Baumarten unterschiedlichen Alters, größere Lichtungen, Sumpfflächen, Teiche, Weichhölzer zur Ernährung von Bibern und anderen deutschen Tieren Platz finden. Der Wald wird viel natürlicher werden.

Millionen Menschen, die jetzt in Städten völlig getrennt von der Natur und ihren Tieren leben müssen, werden sich künftig daran erfreuen.

Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. B. Grzimek, Frankfurt/M.

An dieser Stelle veröffentlichen wir Meinungsäußerungen unserer Leser. Sie stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.

Neue politische Bücher auf der Frankfurter Buchmesse

Noch mehr Verlage, noch mehr (Aus-)Länder

Wieder bummelten wir von Koje zu Koje, um jene Bücher herauszupicken, die für unsere politisch interessierten Leser wichtig sind. Daß wir uns auf geschichtliche und zeitgeschichtliche Werke in unserem Bericht beschränken, hat seinen praktischen Grund: Romane werden auf der Woge der Werbung in die Öffentlichkeit getragen. Anzeigen in den Literaturbeilagen der Tagespresse, Auslagen in den Schaufenstern der Buchhandlungen, Rezensionen in Zeitungen und Rundfunk machen den großen Kreis der Literaturbeflissenen mit den Eintagsfliegen unserer schönen Literatur bekannt. Die geschichtlichen und politischen Werke fristen dagegen ein Dornröschen-Dasein und sind in der Regel nur einem kleinen Kreis von Eingeweihten geläufig. Hier aber soll nun wenigstens ein Hinweis gegeben werden auf die Themen, die jetzt bearbeitet wurden, damit der Interessent sich dann mit den neuen Büchern vertraut machen kann.

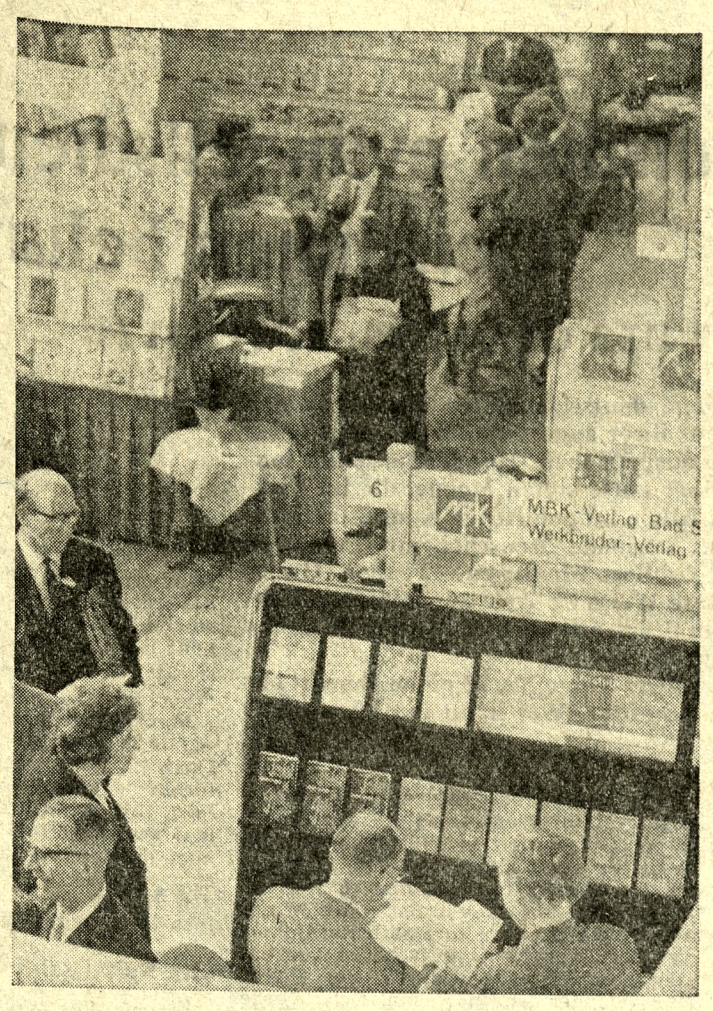
Das größte zeitgeschichtliche Verlagsunternehmen — das sicherlich auch das finanziell waghalsigste ist — sei an die Spitze gestellt: der Stalling Verlag, Oldenburg, bringt auf einen Schlag die ersten drei Bände der „Geschichte der deutschen Militärmacht 1918—1946" heraus. Jacques Benoist-Méchin, einer der bedeutendsten politischen Schriftsteller Frankreichs, Staatssekretär in der Regierung Pétain, von de Gaulle 1947 als „Kollaborateur" zum Tode verurteilt, hat mehr als 30 Jahre an dieser insgesamt zehnbändigen Geschichte der deutschen Armee gearbeitet in der Gewißheit, „daß es sich hier um eines der größten Themen der Weltgeschichte handelt". Sein Monumentalwerk ist mehr als der Titel vermuten läßt: es umfaßt die gesamte Weltgeschichte in einem der dramatischsten Zeitabschnitte, den die Menschheit je gehabt hat. Wer jetzt das Werk bestellt, kommt in den Genuß des ermäßigten Subskriptionspreises.

Hindenburg als Person, als Soldat und als Staatsmann zieht nicht gerade das Interesse unserer modernen Zeitgeschichtler auf sich. Diese in sich ruhende, festen Traditionen folgende Persönlichkeit, ist den liberalen Wortführern von heute fremd. Um so höher ist das Buch von Prof. Hubatsch „Hindenburg und der Staat" zu bewerten, das der Musterschmidt-Verlag soeben herausgebracht hat. Einem umfangreichen Vorwort folgen auf 232 Seiten zahlreiche Dokumente aus dem bislang unveröffentlichten Hindenburg-Nachlaß. Sie werden helfen bei der Beantwortung der Frage nach Hindenburgs Staatsbegriff und nach der geschichtlichen Rolle, die der Reichspräsident in den entscheidenden Jahren gespielt hat.

Frank Thiess schildert in seinem neuen großen Werk „Freiheit bis Mitternacht" (Paul Zsolnay Verlag) die Weimarer Republik und ihren Untergang. Daß dieser ehrliche, kenntnisreiche Dichter es nicht bei einer oberflächlichen Darstellung bewenden läßt, sondern daß er nach Gründen fragt, nach dem Warum und dem Sinn, und daß er ehrlich und gewissenhaft darauf zu antworten sucht und bequeme Ausreden vermeidet, ist dem klar, der Frank Thiess' Werke kennt.

Die Hitler-Literatur ist um einige ernst zu nehmende Bücher erweitert worden. Werner Maser, ein jüngerer Historiker, hat zum ersten Mal die bis vor kurzem von den Amerikanern beschlagnahmten Dokumente aus dem Hauptarchiv der NSDAP systematisch ausgewertet in seinem Buch „Die Frühgeschichte der NSDAP — Hitlers Weg bis 1924" (Athenäum Verlag). Darin gelangt er bei der Bewertung der Person des jungen Hitler zu einer Reihe ganz neuer Schlußfolgerungen, die in vielen Punkten das bisherige Hitler-Bild korrigieren werden. — Der Süddeutsche Verlag hat jetzt das vierbändige Werk des Archivdirektors Max Domarus übernommen, der alle Reden Hitlers von 1932—1945 gesammelt und kommentiert hat.

Das geschäftige und geschäftstüchtige Autorenpaar Heinrich Fraenkel und Roger Manvell, das jedes Jahr eine Biographie produziert, hatte sich für dieses Jahr Heinrich Himmler vorgenommen. Ihr Buch erscheint im Ullstein-Verlag. — Außerordentlich aufschlußreich dürften hingegen die „Meldungen aus dem Reich" sein, eine Sammlung ausgewählter SD-Berichte über die Stimmung der Bevölkerung, seinerzeit bestimmt für Mitglieder der Reichsregierung (Luchterhand-Verlag).



Mehr als 2000 Verlage aus 38 Ländern der Erde zeigten auf 28 000 Quadratmeter Ausstellungsgelände in Frankfurt am Main über 150 000 Bücher, davon etwa 50 000 Neuerscheinungen. Die Frankfurter Buchmesse gilt heute als die größte ihrer Art in der Welt

Spärliche Literatur über den II. Weltkrieg

Die Literatur über den Zweiten Weltkrieg wird spärlicher, und das ist verständlich. Die Memoiren führender Persönlichkeiten, die den Krieg und Nachkrieg überstanden haben, sind erschienen, die von den Alliierten erbeuteten Akten sind — soweit opportun und zweckdienlich — ausgewertet. Jetzt ist die Zeit der exakten Einzelstudien gekommen, die nur einen kleinen Kreis von Fachleuten interessieren. Nur Hellmuth Günther Dahms hat es gewagt, in seiner ganz neu geschriebenen „Geschichte des Zweiten Weltkrieges" (Rainer Wunderlich Verlag) eine Gesamtschau zu geben. Wer die erste Fassung seines Werkes kennt, wird mit großer Erwartung an die Neubearbeitung herangehen. Soweit bisher zu überblicken, dürfte Dahms zur Zeit der einzige sein, der die Gesamtgeschichte des Zweiten Weltkrieges in den Griff bekommen könnte. Er erstickt nicht in Dokumentenzitaten, schreibt einen brillanten Stil, ergeht sich nicht in Moralisieren, Verteilen von Zensuren und Schuldgerede.

Werner Haupt legt einen Bericht über den Westfeldzug unter dem Titel „Sieg ohne Lorbeer" (C. Geerdes Verlag) vor, eine geglückte Mischung von lebendigem Bericht und dokumentarischer Studie.

Von ähnlichem Charakter ist das Buch von Carl Wagener „Moskau 1941 — Der Angriff auf die russische Hauptstadt", das im renommierten Podzun Verlag herausgekommen ist. Der Pabel Verlag pflegt weiter seine romanhaften Kriegsbücher mit den Titeln „Obergefreiter Schulze Zwo" von Gerhard Uhsemann und „Angriff, ran, versenken!" von Karl Alman. David Irving, durch seine Bücher über den Luftkrieg bekanntgeworden, hat ein dickleibiges Werk über „Die Geheimwaffen des Dritten Reiches" geschrieben (Sigbert Mohn Verlag). Ebenfalls Engländer ist der Autor eines Buches über den „Lord Haw-Haw" mit dem Titel „Hier spricht der Großdeutsche Rundfunk" (Zsolnay Verlag). J. A. Cole, Historiker und Schriftsteller, erzählt die faszinierende Geschichte des englischen Chefsprechers im Deutschen Rundfunk, der nach dem Krieg in einem der dubiosen Prozesse zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde.

Der Podzun Verlag setzt seine verdienstvolle Dokumentar-Reihe über die Flucht und Vertreibung aus Ostdeutschland mit den Bänden „Oberschlesien 1945/46" und „Niederschlesien 1945" fort. Als im vorigen Jahr der erste Band über Ostpreußen erschien, erregte er erhebliches Aufsehen. Gerade die Aneinanderreihung nüchterner Zeugenberichte und Dokumente läßt ein erschütterndes, wahres Bild von den grauenhaften Ereignissen im deutschen Osten entstehen.

Ein Thema, an das sich bislang noch keiner unserer sonst so eifrigen Zeitgeschichtler herangetraut hat, ist Gegenstand des wohl sensationellsten, weil brisantesten Buches dieses Herbstes: die „Umerziehung" der Westdeutschen durch Amerikaner von 1945 bis heute. Caspar Schrenck-Notzing machte in den USA die Akten und Dokumente der Reeducation ausfindig und berichtet in seinem Buch „Charakterwäsche" (Seewald Verlag) von den Planungen, Zielen, Aktionen und Personen der erstmalig wissenschaftlich durchgeführten Gehirn- und Charakterwäsche. Bei der Lektüre fällt es einem wie Schuppen von den Augen: jetzt erkennt man den tiefen Sinn und den Hintergrund so vieler Erscheinungen im Nachkriegsdeutschland, die bislang unbegreiflich zu sein schienen. Angesichts des lauten Werbegetöns um so viele Buchneuerscheinungen scheut man sich fast, zu dem Buch von Schrenck-Notzing das zu sagen, was notwendig ist: wer diese Zeit verstehen will, wer sich befreien will aus dem irren und teuflischen Reigen dieser Jahre, muß die „Charakterwäsche" lesen.

Der erste Band der Memoiren des Urbundeskanzlers Adenauer ist in der Deutschen Verlagsanstalt nun erschienen — er verspricht, der größte Verkaufserfolg dieses Herbstes zu werden. Weitere Bände werden folgen.

Ein bedeutsames Thema, nämlich die Not unserer Bauern, greift Heinz Krohn, einer der kenntnisreichsten Agrarfachleute, in seinem Buch „Jagt ihn — ein Bauer!" auf (Landbuch-Verlag).

Der Abschluß des Ganges über die Buchmesse soll den Verlegern gewidmet sein, die seit Jahren in ihren Büchern den Gedanken an die deutschen Ostgebiete wachhalten. Der Holzner-Verlag legt ein neues Buch von Erhard Wittek unter dem Titel „Der alte Witt und andere Geschichten aus dem Osten" vor. Ebenfalls bei Holzner erscheinen die verdienstvollen „Ostdeutschen Beiträge aus dem Göttinger Arbeitskreis". Bereits in 5. Auflage wird die „Geschichte Ost- und Westpreußens" von Bruno Schumacher ausgeliefert. Der Adam Kraft Verlag kann auf seine lange Reihe hervorragend ausgestatteter Bildbände verweisen, so über das Sudetenland, Ostpreußen, Pommern, Schlesien. Eine vergnügliche Neuerscheinung hat der frühere Königsberger Verlag Gräfe und Unzer ausgeliefert: „Das Hausbuch des schlesischen Humors". Schlesische Kochrezepte vereint Hanna Grandels Buch „Schlesische Spezialitäten". Leer/Ostfriesland ist jetzt der Sitz des alten ostpreußischen Verlages Rautenberg, der ebenfalls prachtvolle Bildbände anbietet, so „Königsberg", „Das Samland", „Danzig", „Stettin", „Breslau". Neu hinzugekommen sind die Bände „Die kurische Nehrung" und „Oberschlesien".

JOCHEN ARP

Der NZ-Buchdienst liefert

Ihnen jedes der nebenstehend aufgeführten Bücher rasch und zu Originalpreisen gegen bar oder Ratenzahlung (ab 30.– DM).

Jacques Benoist-Méchin: **Geschichte der deutschen Militärmacht 1918 bis 1946.**
3 Bände, 420 Seiten, Ganzl., 29.50 DM.

Prof. Hubatsch: **Hindenburg und der Staat.**
232 Seiten, zahlr. Dokumente, 39.80 DM.

Frank Thiess: **Freiheit bis Mitternacht.**
556 Seiten, Leinen, 24.— DM.

Werner Maser: **Die Frühgeschichte der NSDAP – Hitlers Weg bis 1924.**
360 Seiten, Leinen, 29.80 DM.

Günter Dahms: **Geschichte des Zweiten Weltkriegs.**
850 Seiten, Leinen, 49.— DM.

Werner Haupt: **Sieg ohne Lorbeer.**
Ganzl., 19.80 DM.

David Irvin: **Die Geheimwaffen des Dritten Reiches.**
14.80 DM.

J. A. Cole: **Hier spricht der Großdeutsche Rundfunk** (Lord How How).
22.— DM.

Caspar Schrenck Notzing: **Charakterwäsche – Die amerikanische Besatzung und ihre Folgen.**
320 Seiten, Leinen, 19.80 DM.

Konrad Adenauer: **Memoiren.**
1. Band, 610 Seiten, Leinen, 24.80 DM.

Heinz Krohn: **Jagt ihn – ein Bauer.**
236 Seiten, 19.80 DM.

Bruno Schumacher: **Geschichte Ost- und Westpreußens.**
93 Seiten, Paperback, 4.80 DM.

Carl Wagener: **Moskau 1941 – Der Angriff auf die russische Hauptstadt.**
214 Seiten, Ganzleinen, 19.80 DM.

Alfons Hayduk: **Das Hausbuch des schlesischen Humors.**
280 Seiten, Leinen, 19.80 DM.

Königsberg.
66 Bilder, 128 Seiten, Leinen, 15.80 DM, mit Stadtplan von Königsberg 19.80 DM.

Breslau.
71 Bilder, 154 Seiten, Leinen, 15.80 DM, mit Stadtplan von Breslau 19.80 DM.

Buchbestellschein Seite 9

„'nen Bismarck her!.."

„'nen Bismarck her, 'nen Bismarck her! Denn alles andre taugt nichts mehr!", singen Gerd Knabe's „Zeitberichter" allabendlich zu Beginn ihres derzeitigen Programms „Volk ohne Traum." Und dann folgen Schlag auf Schlag die kabarettistischen Attacken gegen all das, was faul im Staate Däne... — pardon — Deutschland ist; sei es der Bildungsnotstand oder die Vergnügungssucht unserer Volksvertreter, sei es der Machtanspruch der Gewerkschaften oder das Gaststudentenproblem.

Die „Zeitberichter" machen weder Halt vor dem Wiedergutmachungsbetrüger Hans Deutsch noch vor einer scharfen Glossierung des deutsch-israelischen Verhältnisses. Sie zerfetzen auf offener Bühne die Gruppe 47 genauso wie den modernistischen Kunstbetrieb, die Führungsspitze der SPD wie den entschlußlosen Ludwig Erhard. Sie haben Szenen, bei denen das Publikum schier vor Lachen prustet; und dann wieder wird es ganz still im Zuschauerraum, so etwa wenn die „Zeitberichter" in ihrem „Dialog in Rot" schonungslos die kommunistische Unterwanderung der Bundesrepublik aufdecken, oder in ihrer großen Szene „Denk ich an Deutschland..." die totale Amerikanisierung unseres Landes schildern. Doch wenn sie am Schluß singen: „...dafür aber wird deutsch gesprochen heute abend hier bei uns!", dann prasselt der Beifall, wo auch immer dieses mutige Kabarett gastiert.

Es ist ein wahrhaft nationales Kabarett; ohne Engstirnigkeit, ohne Scheuklappen, aber auch ohne jenen anödenden Linksdrall, die bei kabarettistischen Darbietungen heutzutage zum guten, nein, zum schlechten Ton gehört.

Kein Wunder also, daß die „Zeitberichter" so manchen unserer Meinungsmacher immer mehr auf die Nerven gehn. „...Sie dringen in Bezirke ein, die kein anderes Kabarett vor ihnen für angriffswürdig gehalten hat...", schrieb die linksextreme Hamburger „Andere Zeitung" in einem wütenden Artikel über die „Zeitberichter", um abschließend zu fordern, man sollte mit ihnen kurzen Prozeß machen". Und auch die „Frankfurter Rundschau" ließ wieder einmal ihr demokratisches Tarnmäntelchen fallen und verlangte schlicht und einfach: „Solchen Gedanken gilt es einen Riegel vorzuschieben."

„Das beste, politische Kabarett!", schrieben wir schon vor Jahren über die „Zeitberichter". Wir können es nur wiederholen. (Unser Bild v. r. n. l.: Gerd Knabe, Peppi Kausch, Thessy Eckel, Walther Friedemann.)

Bücherverbrennung - und kein Ende

Die Meinungsmacher machten neue „Weltsensation"

Nun sind schon Wochen ins Land gegangen, seitdem in Düsseldorf etwas geschah, was bestenfalls eine Notiz in den Lokalzeitungen wert gewesen wäre. Eine Gruppe von 25 Mitgliedern des evangelischen „Jugendbundes für Entschiedenes Christentum" hatte Bibelarbeit gehalten über den Text „Es kamen auch viele derer, die gläubig waren geworden, und bekannten und verkündigten, was sie getrieben hatten. Viele aber, die da vorwitzige Kunst getrieben hatten, brachten die Bücher zusammen, und verbrannten sie öffentlich, und überrechneten was sie wert waren und fanden des Geldes fünfzigtausend Groschen". (Apostelgeschichte 19, Vers 18 und 19). Gleich wie die von Paulus zum Christentum bekehrten Epheser, wollten auch die jungen ECler jene Bücher verbrennen, die sie als Symbole der „Welt ohne Christus" ansahen und die es ihnen schwer machten, Christen zu sein. So trafen sie sich am Rheinufer und verbrannten Schundhefte, Abbildungen von Pin-up-girls, aber auch „Die Blechtrommel" von Graß, „Lolita" von Nabokov, „Herz auf Taille" von Erich Kästner und „Der Fall" von Camus.

Soweit die Tatsachen. Warum sollten die jungen Leute, von denen keiner vor 1935 geboren wurde, diese ganz persönliche Tat nicht tun? Warum sollten sie nicht einen Brauch fortsetzen, der bei Studenten jahrhundertelang geübt worden ist? Warum sollten sie sich nicht zu einer solchen Veranstaltung versammeln, an der die Öffentlichkeit keinen Anteil hatte?

Sie durften es nicht. Ein Schrei ging durch Zeitungen, Fernsehen und Rundfunk, und noch heute, viele Wochen später, können sich die Reich-Ranickis nicht beruhigen: der „Nazi-Geist" ist wieder erwacht! Sie rollen mit den Augen, entfalten allen Pathos, den sie bei anderen durch den Kakao ziehen, nennen es „gemein und gefährlich", ein Buch von Graß zu verbrennen, deklamieren im Sprechchor „Wer Bücher verbrennt, verbrennt auch Menschen" und benehmen sich penetrant unaufrichtig. Geht es ihnen wirklich darum, die Freiheit des Geistes zu verteidigen? Wie hätten sie reagiert, wenn nicht „Lolita" und „Die Blechtrommel" ins Feuer gewandert wären, sondern Grimms „Volk ohne Raum" oder Hoggans „Der erzwungene Krieg"? Wo waren diese Tugendwächter, als ihre Brüder im Geiste den Schriftsteller Hans Venatier in den Selbstmord trieben, weil seine politische Einstellung sich von der heute gängigen unterschied? In der Tat: eine Kerneigenschaft der Neuliberalen ist ihre Einäugigkeit.

Sie nutzen die Verkrampfung, die bei einigen „alten Daddies" mit schlechtem Gewissen fortwährt, um junge, unbefangene Leute zu diskriminieren, junge Leute, die keinen Anteil hatten an schändlichen Taten der Vergangenheit. Am liebsten würden sie eine neue Psychose erzeugen, wie es ihnen bei der Hakenkreuzschmiererei gelang, um den Gleichgesinnten jenseits der Grenzen erneut einzuhämmern, daß alle Umerziehungsversuche nichts gefruchtet haben, daß die Deutschen weiterhin von üblem Charakter sind und daß die progressiven Brüder aller Sprachen noch energischer agieren müßten.

Gleichzeitig aber witterte man eine Chance, den konservativen Kräften, die immer mehr an Boden gewinnen, eins auswischen zu können. Flugs wurde eine Verbindung konstruiert zwischen der politischen Ablehnung von linken Literaten und der Bücherverbrennung, wobei die Tatsache vom Tisch gewischt wurde, daß man sich in Düsseldorf aus christlicher Verantwortung, die jenseits der Parteien steht, zu dieser persönlichen Geste entschlossen hatte.

Daß es ohne jede Bedeutung ist, wenn 25 Jugendliche in kleinem Kreis ihre eigenen Bücher verbrennen, muß jedem Einsichtigen klar sein. Auch wenn er diese Aktion nicht billigt, so könnte er sie doch verstehen. Es wird heute jedem, der sich ernsthaft bemüht, Christ zu sein, das Leben so schwer gemacht, wie wohl noch nie in Deutschland. Sind dann Kurzschlußhandlungen der Bedrängten so unverständlich? Die Verbrennung soll eine unzulässige Provokation gewesen sein? Aber ist Graß' Werk und Auftreten nicht als Provokation par excellence zu werten, auf die eine Gegenprovokation zwangsläufig ist?

Daß ein persönliches Ereignis ohne jede weitreichende Bedeutung aufgebauscht wurde zu einer „Weltsensation", ist allein der Presse und dem Fernsehen zu verdanken. Unsere Massenmedien haben wieder einmal ihre Verantwortungslosigkeit unter Beweis gestellt.

F. Z.

Lesen Sie auch den Diskussionsbeitrag auf der folgenden Seite!

Die Bücherverbrennung von Düsseldorf

EIN DISKUSSIONSBEITRAG VON DR. CARL-WERNER SIMONS

Fünfundzwanzig Mitglieder des evangelischen Jugendbundes für Entschiedenes Christentum, Oberschüler, Heizer, Monteure, Maurer, Angestellte, Verkäuferinnen und die Diakonissen Christa Kranzhöfer und Brigitte Hellwig verbrannten am 3. Oktober 1965 am Reinufer in Düsseldorf öffentlich schmutzige und liderliche Bücher und Schriften. Auch Bücher von Günter Graß, Erich Kästner, Albert Camus, Françoise Sagan und Vladimir Nabokov wurden ein Opfer der Flammen. Sind auch nicht alle diese Bücher pornographisch wie der „Welterfolg Blechtrommel", so gehören sie doch gemeinsam in den Bereich des militanten Atheismus, auf den P. Arrupe S. J. beim Vatikanischen Konzil als den in der Gegenwart abzuwehrenden Feind jedes echten Christentums hingewiesen hat, sehr zum Verdruß derer, die lieber wehrlose Feinde bekämpfen. Die von den „Entschiedenen Christen" getroffene Auswahl verbrennungswürdiger Schriften ist von ihrem Standpunkt aus nicht zu beanstanden. Die künstlich hochgelobten literarischen Qualitäten dieser Schriften erscheinen uns nicht so bedeutend, daß um ihretwillen die in der Verbrennung zum Ausdruck kommende Ablehnung hätte unterbleiben müssen.

Schon frühzeitig hatte die Gruppe die Genehmigung der Stadtverwaltung zu der geplanten Veranstaltung beantragt. Ebenso frühzeitig hatte von dem Vorhaben die Sowjetzone erfahren, die alles rechtzeitig erfährt, was ihren auf vollständige Demoralisierung Restdeutschlands gerichteten Absichten entgegenstehen könnte; wiederum ein Zeichen, wie sehr wir unter dem Auge des Feindes leben. Die Stadtverwaltung sah mit Recht keinen Anlaß, die Veranstaltung zu verbieten. Nur mußte diese aus der Innenstadt, wo sie eine viel größere Wirkung gehabt hätte, zum Rheinufer verlegt werden. Auch so fand sie die gebührende Beachtung. Sofort erhob sich mit der bekannten, präzis funktionierenden Automatik der übliche Höllenlärm der Meinungsmacher, deren Gebet um den täglichen Skandal bessere Erhörung fand als manches unserhörungswürdiger scheinende Gebet. Presse und Rundfunk jaulten laut auf. Die seriöse Presse, auch betont christliche Wochenblätter nicht ausgenommen, äußerten sich nicht mehr in dem sonst beliebten herablassenden oder läppischen, sondern in ausgesprochen gehässigem Ton zu dem ungewöhnlichen Ereignis. Die Rundfunkkommentatoren gaben ihren näselnd-affektierten Organen den melodramatischen Schmelz der dem Untergang der Zivilisation vorausgehenden letzten Beschwörung. Man malte iberische Autodafés und nationalsozialistische Verbrennungsöfen an die Wand. Wo man sonst in dem Geschwätz jedes halbstarken Beatle-Fans eine Offenbarung erblickt und der Jugend einen Freibrief erteilt, der sogar zu Gewaltverbrechen ermächtigt, zeigt man sich nunmehr von jener gnadenlosen Härte, die in unserer deformierten Gesellschaft dem Umschuldigen reserviert ist.

Die öffentliche Meinung urteilt anders

Die Jugend wurde einmal anders gesehen und behandelt: die „Entschiedenen Christen" wurden als „Grünschnäbel" apostrophiert und einer wochenlangen Hetze überliefert. Hätten sie doch Bücher etwa von Guderian oder Dönitz, Ziesel oder Mohler verbrannt: dann wäre alles in Ordnung und wären sie des Beifalls der „Clique" sicher gewesen. Wehe aber dem, der, statt mit den Wölfen des Konformismus zu heulen, deren heilige Kühe attackiert und mit Mitteln bekämpft, die einzig adäquat zu sein scheinen! Dann zerschmilzt der Charme unserer bundesrepublikanischen Kolumnisten und Kommentatoren wie Butter an der Sonne. Wehe dem, der unsere obszönen Kulte und schwarzen Messen stört! Wehe dem, der in einer deformierten Gesellschaft nicht obszön ist! *Wo Obszönität Trumpf ist, ist der Nicht-Obszöne, der wie die „Entschiedenen Christen" in Reinheit einen Wert sieht, ein Non-Valeur und wird unerbittlich abgetrumpft.*

Bei ihren christlichen Mitbrüdern haben die „Entschiedenen Christen" nur wenig Hilfe gefunden. Im Gegenteil: viele Christen fürchten nichts so sehr, als beim Wort genommen zu werden; für manche Christlichen Demokraten ist das schon eine Beleidigung. Viele Christen fürchten nichts so sehr als für entschiedene Christen gehalten zu werden; sie wollen bleiben, was sie sind, unentschiedene, entscheidungsunfähige Christen, die zweigleisig fahren, auf christlichem oder unchristlichen Gleis, je nachdem, wo sich besser fährt. Diejenigen aber, die sich als entschiedene Christen bezeichnen, verstehen darunter eine Haltung, die sich dem angeblichen Nonkonformismus anpaßt, jenem Sumpf, aus dem Schriftsteller wie Graß emporblühen.

Dennoch entspricht auch diesmal die veröffentlichte Meinung in keiner Weise der wahren öffentlichen Meinung. Man sieht das an den in der seriösen Presse veröffentlichten Leserbriefen. Die Seriosität der seriösen Presse besteht — abgesehen von einigen hervorragenden Mitarbeitern, die aber, wie z. B. Jürgen Eick, schon als Einzelgänger wirken — hauptsächlich darin, daß sie Leserbriefe bringen, die von den Meinungen ihrer Kolumnisten abweichen. Danach hat es den Anschein, als billige die Mehrheit der Gebildeten die Tat der „Entschiedenen Christen". Doch ist das keine wirksame Hilfe für das kleine Häuflein, das sich nun in das gehässige Licht der veröffentlichten Meinung gezerrt sieht.

Die Gegner der „Entschiedenen Christen" vergleichen die Bücherverbrennung mit Vorgängen aus nationalsozialistischer Zeit. Da sie ausschließlich mit posthumer Bekämpfung des Nationalsozialismus beschäftigt sind, beziehen sie jeden Vorgang der Gegenwart auf die nationalsozialistische Vergangenheit. Gerade die Gegenüberstellung der beiden Arten von Bücherverbrennung zeigt einen völligen Gegensatz. Die nationalsozialistischen Verbrennungen waren Bestandteil einer von den damaligen Machthabern gelenkten Verfolgung. Die Bücherverbrennung der „Entschiedenen Christen" ist gerade umgekehrt gegen die heutigen tatsächlichen, wenn auch völlig illegalen, Machthaber gerichtet. Der Unterschied ist so groß wie der von Angriff und Verteidigung. Dabei muß noch eines betont werden: auch eine nationalsozialistische Verbrennung bietet keine Gewähr dafür, daß das damals verbrannte Buch n i c h t liederlich oder schmutzig war. Auch der Nationalsozialismus hat nicht n u r Unschuldige verfolgt. Der Nationalsozialismus billigte und förderte bestimmte Verbrechen, deren Furchtbarkeit in keiner Weise verkleinert werden soll. Die heutige deformierte Gesellschaft dagegen ist nahe daran, das Verbrechen schlechthin zu entschuldigen, mit alleiniger Ausnahme nationalsozialistischer Verbrechen, und damit zu fördern. Der Nationalsozialismus verfolgte bestimmte Gruppen Unschuldiger; in der deformierten Gesellschaft der Gegenwart werden Unschuldige und Schuldige gleich, d. h. Unschuldige wie Schuldige, und Schuldige wie Unschuldige, behandelt. Das ist nur deshalb erträglich, weil die Machtmittel der deformierten Gesellschaft geringer sind als diejenigen des Nationalsozialismus. In nationalsozialistischer Zeit gab es einen politischen Bereich staatlichen Unrechts, einen politischen Unrechtstaat in einem vom Nationalsozialismus vorgefundenen Staate, der im unpolitischen Bereich den Unterschied von Recht und Unrecht noch sehr wohl kannte und Verbrechen krimineller Art verfolgte und bestrafte, was heute weithin nur noch auf dem Papier steht. In der heutigen deformierten Gesellschaft kann infolge des allgemeinen Rückzugs des Staates Recht und Unrecht nicht mehr unterschieden und das Verbrechen nicht mehr wirksam bekämpft werden. An Stelle der Konzentrationslager des nationalsozialistischen Staates ist der Augiasstall der deformierten Gesellschaft getreten, wo es zwar nicht mehr nach Verbrennungsöfen riecht, wo aber die Luft durch üble Dünste anderer Art gleichfalls verpestet ist. Wir haben nicht mehr den Gestank der Vergangenheit, der sich verflogen hat, sondern denjenigen der Gegenwart abzuwehren. Da der jetzige Staat in seiner Schwäche dazu nicht in der Lage ist, kommt es zu Akten der erlaubten Selbsthilfe und Notwehr. Nur auf diesem Hintergrund ist das Vorgehen der „Entschiedenen Christen" zu sehen und zu verstehen.

Eine deformierte Gesellschaft kennt den Begriff des Obszönen nicht mehr, und so kann ein bekanntes Buch die Frage „Was ist obszön?" als rhetorische Frage stellen, auf die es keine vernünftige Antwort gibt. Was ist hier das Schicksal dessen, der sich von der allgemeinen, vorgeschriebenen Obszönität ausschließt? Wo das Obszöne nicht mehr als obszön gilt, kann nur noch derjenige obszön sein, der es in Wahrheit nicht ist. Er gerät in die Rolle des Störers, einfach deshalb, weil er das Obszöne beim Namen nennt. Begreift ihr nun, „Entschiedene Christen", welches obszöne Verbrechen ihr verübtet, als ihr den „Welterfolg Blechtrommel" des geliebten, verehrten und preisgekrönten Graß den Flammen übergabt?

Die Gegner der „Entschiedenen Christen" behaupten mit Heinrich Heine: wer Bücher verbrennt, verbrennt bald auch Menschen. Diese unsinnige Behauptung wird auch durch das Zeugnis Heines nicht sinnvoller als etwa die Behauptung: wer Ungeziefer vernichtet, vernichtet bald auch Menschen. Was unserem Volk an törichten Reden zugemutet wird, dürfte auch in unserer an Verirrungen nicht armen Geschichte ohne Vorbild sein. Wir sind den größten Feldherrn aller Zeiten nur losgeworden, um den größten Schwätzern aller Zeiten überantwortet zu werden. Da von der Inquisition die Rede war, sollte man sich auch an den scharfsinnigen Junker Don Quijote von der Mancha erinnern. Bei uns wimmelt es von Nachfahren dieser traurigen Gestalt, die aber die liebenswerten Züge ihres Vorfahren verloren haben. Es wimmelt in Deutschland von bösartigen, ja abartigen Don Quijotes, und die Zahl unserer Donquijoterien ist unendlich. Soviel zu dem unsinnigen Spruch: wer Bücher verbrennt, verbrennt bald auch Menschen, der im übrigen dem Haß seines Urhebers gegen das Christentum entsprang.

Demokratie entartet zur Pornokratie

Viele haben von den „Entschiedenen Christen" erstmals durch die Bücherverbrennung erfahren. Freuen wir uns, daß es sie gibt; ihr Dasein ist eine Wohltat für die Welt. Entschiedenes Christentum ist heute nötiger denn je; denn das allgemeine, nicht-entschiedene Christentum ist nach einem vorübergehenden Aufschwung in nationalsozialistischer Zeit in einer Weise verkommen, die selbst einen Kierkegaard oder Léon Bloy, denen es noch sinnvoll erschien, ihre Stimme gegen das Christentum ihrer Zeit zu erheben, heute zum Schweigen verurteilen würde. Das Christentum unserer Zeit ist „angepaßt" an eine dem Christentum feindliche Umwelt, an die das Christentum nur in der Weise angepaßt werden kann, in der die Opfer des berüchtigen Räubers Prokrustes dessen Bett angepaßt wurden: sie waren entweder zu kurz oder zu lang und mußten in beiden Fällen sterben, und so würde auch eine vollkommene „Angepaßtheit" des Christentums, wenn es jemals dazu käme, dessen Ende bedeuten. Man kann unmöglich sagen, daß Christus „angepaßt" war; man kann allenfalls sagen, daß das Kreuz ihm angepaßt war. Heute stürzen sich konformistische Christen in einer Art masochistischer Lust geradewegs in das Bett des Prokrustes. Diese werden natürlich niemals Bücher verbrennen. Die gepriesene Toleranz unserer Zeit endet dort, wo sie auf echtes Christentum stößt. Der Unterschied zwischen Ost und West besteht in dieser Hinsicht darin, daß die Ächtung des Christentums dort eine staatliche, hier eine gesellschaftliche ist. Die staatliche Ächtung hat den Vorteil einer klaren Freund-Feind-Unterscheidung. Die gesellschaftliche Ächtung hat den Vorteil, daß sie nicht tödlich ist, solange sie den Bereich der herrschenden Oligarchie nicht überschreitet und der Staat sich noch an das Gesetz hält. Dieses ist eindeutig auf der Seite der „Entschiedenen Christen". Die Freiheit der Meinungsäußerung steht ihnen nicht minder zur Seite als den Freunden des Blechtrommlers. Sie haben das Recht, mit ihren Büchern nach Belieben zu verfahren; sie dürfen sie, wenn sie es wollen, verbrennen, dürfen sie gemeinsam verbrennen, dürfen sie auch so verbrennen, daß die Öffentlichkeit es sieht und erfährt. Wenn die Pornographen ihre Bücher ungehindert verbreiten dürfen, dürfen die „Entschiedenen Christen" diese Bücher ungehindert verbrennen.

Wenn die Zensur für Bücher abgeschafft ist, ist sie für Bücherverbrennungen ebenfalls abgeschafft; das zweite ist nur die Ergänzung des ersten. Taten wie diejenige der „Entschiedenen Christen" sind wirklich einmal mutig, und sie sind notwendig. Es gibt keine andere Möglichkeit wirksamer Auflehnung gegen eine nicht nur pornographische, sondern auch pornokratische Gegenwart. Die Demokratie droht zur Pornokratie zu entarten, nicht im Staat, sondern in der Gesellschaft, und auch in dieser nicht durchgängig, wohl aber in der in Presse und Rundfunk nahezu allein herrschenden Oberschicht. Diesem Skandal kann nur durch Skandal abgeholfen werden.

Die NZ brachte in ihrer Ausgabe vom 22. Oktober 1965 Auszüge aus dem soeben im Seewald Verlag erschienenen Buch „Charakterwäsche / Die amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland und ihre Folgen" von Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing. Der Seewald Verlag legt Wert auf die Feststellung, daß dieser Abdruck ohne sein Wissen erfolgt ist. Die NZ brachte diesen Auszug als Rezension und wählte dabei diese durchaus übliche Form.

nz-buchdienst nz-buchdienst

Zeitgeschichte

DIETRICH BRONDER
Bevor Hitler kam
Eine historische Studie, erstaunlich und ungemein aufschlußreich zum Verstehen unserer Zeit. Bronder schildert die Vorläufer und Wegbereiter Hitlers. Wer unsere Zeit begreifen will, muß dieses Buch kennen.
Mit etwa 1200 registrierten Personennamen mit Abkunft und Werdegang.
448 Seiten, Pp. DM 16,80, Leinen DM 21,—

WILHELM LEONHARDT
Kreml und Vatikan
Ein Kampf um die Macht durch fünf Jahrhunderte. Vom falschen Demetrius bis Anastasia.
Der erste Marsch nach Moskau und die heutige Kreuzzugs-Propaganda.
416 Seiten, P. 16,80, Leinen DM 21,—

ANTONINO TRIZZINO
Die verratene Flotte
Die Tragödie der Afrikakämpfer. Das Geleitwort schrieb Albert Kesselring. Angehörige der höchsten Kommandostellen der italienischen Kriegsmarine haben vom ersten bis zum letzten Tag des Zweiten Weltkrieges mit den Alliierten zusammengearbeitet und den Kriegsverlauf entscheidend beeinflußt. Hier werden die Hintergründe aufgezeigt.
180 Seiten, 10 Abb. auf Kunstdruck, 1 Karte. Ganzl. DM 9,80

ALBERT KESSELRING
Soldat bis zum letzten Tag
Die Memoiren Generalfeldmarschalls Kesselring zeigen Hintergründe aus dem Zweiten Weltkrieg auf. Kesselring war Oberbefehlshaber im gesamten Mittelmeerraum und Oberkommandierender der gesamten Westfront und des südlichen Kriegsraumes.
473 Seiten, 24 Seiten Abbildungen auf Kunstdruck, 23 Karten und Skizzen. Ganzl. DM 20,—

KARL DÖNITZ
Zehn Jahre und zwanzig Tage
Erinnerungen des Schöpfers der deutschen U-Boot-Waffe und letzten Staatsoberhauptes des Deutschen Reiches. Ein Buch, das in keiner Bibliothek fehlen darf.
3. durchges. Auflage. 490 Seiten, 5 Kartenskizzen, 16 Seiten Abb. Ganzl. 24,—, Paperback DM 18,50

J. A. COLE
Hier spricht der Großdeutsche Rundfunk — Der Fall Lord Haw-Haw
William Joyce, von den Engländern mit dem Spitznamen Lord Haw-Haw bedacht, gehörte zu den meistgehaßten Männern des 2. Weltkrieges. Um diesen Sprecher der England-Abteilung des Großdeutschen Rundfunks und seine Propagandasendungen wob sich die Legende von dem Mann mit der schnarrenden Stimme, der alles über England wußte, sogar die Angriffsziele der deutschen Luftwaffe.
408 S., 16 S. Bildteil, Leinen DM 22,—

CASPAR SCHRENK-NOTZING
Charakterwäsche
Im größeren Maßstab ist die Charakterwäsche bisher erst ein einziges Mal erprobt worden — in Deutschland nach 1945. — Der unabhängige, mit deutscher Zeitgeschichte intim vertraute Autor hat als erster die amerikanischen Archive nach diesen Zusammenhängen durchforscht und seither unbekannte Materialien ans Licht gebracht. Der Autor hat den Mut gehabt, mit diesem Buch ein hintergründiges und alarmierendes Kapitel der Zeitgeschichte aufzuschlagen, mit dem sich bis heute kein anderer deutscher Wissenschaftler einzulassen wagte.
300 Seit., m. einem Namensregister, Leinen DM 19,80

WALTER WARLIMONT
Im Hauptquartier der deutschen Wehrmacht 1939—1945
Der frühere stellv. Chef des Wehrmachtsführungsstabes im OKW zeichnet ein instruktives Bild des Milieus und des Klimas des Führerhauptquartiers.
2. durchges. Auflage. 570 Seiten. 6 Bildtafeln und 3 Tabellen, Paperback DM 14,80

WERNER MASER
Die Frühgeschichte der NSDAP
Hitlers Weg bis 1924
Dieses Buch, das 20 Jahre nach dem Ende der Hitler-Ära erscheint, enthält sensationelles Fazit: Der Hitler, der bisher in der Literatur existiert, hat niemals gelebt. Erstmals werden im Rahmen einer Darstellung der Frühgeschichte der NSDAP die von amerikanischen Behörden bis 1962 beschlagnahmten Dokumente des ehemaligen Hauptarchivs der NSDAP ausgewertet.
496 Seiten, 16 Abb., Ganzl. DM 29,80

Erlebnisberichte

OTTO LASCH
Zuckerbrot und Peitsche
Ein Bericht aus russischer Gefangenschaft
Der letzte Festungskommandant von Königsberg schildert seine erregenden Erlebnisse in sowjetischer Gefangenschaft. Die Methode der Vernehmungen, seinen Aufenthalt in der berüchtigten Lubjanka, seine Erfahrungen mit dem Nationalkomitee Freies Deutschland, seine Erlebnisse in der Hölle von Workuta und anderen Lagern. Ein Zeitdokument von unvergänglicher Bedeutung.
206 Seiten, mit Illustrationen, cellophan. Pappband. DM 10,80

MARIA DE SMETH
Roter Kaviar — Hauptmann Maria
Maria de Smeth, geborene Deutsche und niederländische Staatsbürgerin, hat die Jahre von 1928 bis 1945 an den Brennpunkten Europas erlebt. Sie schildert uns diese für das Europa der Zukunft so bestimmende Ära, temperamentvoll und mit echt fraulicher Emotion. Ihr treffsicherer Intellekt, ihre außergewöhnliche Beobachtungsgabe und ihre offene Sprache ermöglichen immer wieder einen unbestechlichen Blick hinter die Kulissen der großen Weltpolitik.
648 Seiten. 24 Abbildungen, Ganzleinen DM 24,80

A. SOVARY
Es geschah in Budapest
Ein Buch, das an zwei Frauenschicksalen einmal hinter die Kulissen von Partei und Staat schauen läßt. Diese, den Tatsachen nacherzählte Handlung zeigt uns die Menschen und die Stadt Budapest von 1945 bis 1956.
340 Seiten. Ganzl. DM 16,80

E. KARLOWNA
Klawa — das Mädchen aus Charkow
Der packende Erlebnisbericht über eine Ukrainerin und eine verschleppte deutsche Journalistin. Ein erschütterndes Zeitdokument, das mit immer neu aufrüttelnder dramatischer Kraft erfüllt ist.
452 Seiten. Ganzl. DM 19,80

AMY BECKER
Friß den Eid, Gathugo
A. Becker war mit dabei, als der große Mau-Mau-Aufstand losbrach, und sie schildert in verständlicher und anschaulicher Form jenes große Ringen zwischen „Schwarz und Weiß", das für uns alle immer mehr Bedeutung erlangt.
336 Seiten. Ganzl. DM 17,80

KARL ALMAN
Angriff ran! Versenken!
Der U-Boot-Krieg im Atlantik
Die U-Boot-Schlacht im Atlantik dauerte fünfundvierzig Monate und war damit die längste Schlacht des Zweiten Weltkrieges, die Großbritannien bis hart an den Rand der Niederlage brachte. Glänzende Siege und furchtbare Verluste, unglaubliche Erfolge und deprimierende Rückschläge kennzeichnen den Kampf der deutschen U-Boot-Männer.

PAUL KAPS
Und kannten kein Erbarmen
So fiel Schlesien
Januar 1945. Die Rote Armee betritt in Schlesien deutschen Boden. Ihre Panzer stehen an der Oder, sie bedrohen Breslau. Ausgeglüht im großen Feuerofen der Ostfront, kämpfen jetzt die deutschen Truppen vor der eigenen Haustür, auf der Flucht vor einer fanatisierten, von blindem Haß geleiteten Armee, die kein Erbarmen kennt.
DM 14,20

E. MARTIN
Merci camarade
Über das „Hohelied der Menschlichkeit" erzählt dieser Bericht aus dem erlebnisreichen Schicksal des deutschen Fregattenkapitäns Loerke. Für 150 gerettete Menschenleben stand er vor einem englischen Kriegsgericht.
220 Seiten. Ganzl. DM 14,80

An den DSZ-Verlag · Abt. Buchversand, 8 München-Pasing, Paosostr. 2a

Ich bestelle hiermit:

Expl.	Verfasser und Titel	Barpreis	Teilz.-Preis (10% Aufschl.)

Der Rechnungsbetrag wird innerhalb von 8 Tagen nach Eingang der Bücher überwiesen, wird in monatl. Raten von DM ab 1. 19 beglichen. Ratenzahlung nur bei Beträgen über DM 30.– (bis 6 Monatsraten). Die erste Rate ist bei Lieferung zu zahlen (20%).

(Vor- u. Zuname)

(Wohnort) (Straße) (Unterschrift)

„Doch die Wahrheit währet ewiglich"

辞世

Angesichts des Galgens Busido, Kampfgeist des japanischen Soldaten

Die Leistungen des japanischen Volkes, der Kampfgeist japanischer Soldaten während des Zweiten Weltkrieges sind unbestritten. Dabei muß man nicht nur an den Opfermut etwa der Kamikadze-Flieger denken, die bewußt ihr Leben gaben für gezielte Versenkung feindlicher Schiffe.

Buddhisten und Shintoisten bedeutet das irdische Leben nur Übergang. Ihre Haltung erklärt sich aus religiösen Gründen. Hinzu kommt eine Tradition, die trotz aller westlichen Einflüsse unbeirrbar weiterlebt, wenn sie auch heute nach außen hin verdeckt zu sein scheint. Aber Ahnenverehrung und Hochachtung vor den Eltern lassen Auswüchse Jugendlicher gegenüber Älteren, wie sie in Europa heute gang und gäbe sind, nur vereinzelt zu. Wenn auch Japan durch die amerikanischen Besatzer einer Umerziehung unterworfen wurde, die nicht spurlos vorüberging und weiterwirkt bis in unsere Gegenwart.

Busido heißt der Weg oder die Tugend des Busi oder Samurai, auf deutsch: des Ritters. Busido entwickelte sich aus dem japanischen Volksgeist und verdankt seinen Namen dem Umstand, daß dieser Geist besonders seit dem Mittelalter unter den Kriegern seine glänzendsten Vertreter fand. Hinzu kommt die Stellung des Kaisers, der in ununterbrochener Linie als der Nachkomme des Enkels der Sonnengöttin gilt, weshalb die Treue zum Herrscher höchste Tugend des Volkes ist. Das war auch während des Zweiten Weltkrieges so, doch wäre es falsch zu glauben, daß es MacArthur, der bekanntlich den japanischen Kaiser zu demütigen suchte, gelungen wäre, diese Auffassung auszulöschen.

Weiter trug der Buddhismus dazu bei, eine neue Einstellung zum Tode und zum Leben zu gewinnen. Ausdruck der Treue des Ritters zum Tenno gab erstmals Otomono-Xakamoti, ein hoher Heerführer und berühmter Dichter, in seinem Gedicht:

„Wenn wir aufs Meer fahren,
Mögen unsere Leichen im Wasser
untergehen;

Wenn wir die Berge erklimmen,
Mögen unsere Leichen im Gras verfaulen!
Im Geiste beim Tenno, nur für ihn werden
wir sterben;

Auf anderes schauen wir nicht zurück!"

Niemals ein müßiger Tod

Es ist bezeichnend, daß dieses Gedicht — und im japanischen Volk steht das Gedicht in höherem Sinne als in Europa — auch in einem kaiserlichen Reskript des Jahres 749 n. Chr. auftaucht, nur daß es eine andere letzte Zeile hat. Statt „Auf anderes schauen wir nicht zurück!" steht dort geschrieben: „Niemals sterben wir einen müßigen Tod!" Busido ist also ein ungeschriebenes Verhaltensgesetz für den Samurai. Die darin enthaltenen Tugenden: Absolute Treue zum Tenno, Ahnenkult, Treue, Kindespietät, Kameradschaft, die Tugend des Anstands, die Tugend der Dankbarkeit, Selbstaufopferung, Heldenmut, Tapferkeit, Kaltblütigkeit, Entschlossenheit, und Selbstbeherrschung, Aufrichtigkeit und Zuverlässigkeit, Rechtlichkeit und Gerechtigkeit, Barmherzigkeit, Hochherzigkeit, Ehrgefühl, Schlichtheit, Ausbildung in Kriegskünsten und Wissenschaften, mit anderen Worten: höchstes Training von Geist und Körper; ferner Gewissenhaftigkeit als Basis aller Verhaltensregeln. Außerdem wird besonders betont, daß der Ritter weder vor dem Opfer des eigenen Lebens zurückscheuen, noch sich durch Ruhm und Reichtum verführen lassen darf. Er muß jede Not, jedes Elend, jedes Leiden, jede Mühe, jede Strapaze ertragen können. Er muß ferner sein gegebenes Wort halten, koste es, was es wolle. Die „Heilige Schrift des Busido", japanisch das „Hagakure", stellt ausdrücklich fest, daß der Busido das Sterben bedeute. Das Sterben aber wird leicht gemacht in der Auffassung, daß der letzte, stärkste Wille des Kriegers, den Busido auf das strengste, also bis zum Tode zu erfüllen, in Ewigkeit fortbestehen wird, da dieser Wille nach dem Tode nicht mehr geändert werden kann, und er so der musterhafte Samurai bleibt. Das nachstehende Gedicht:

„Unter dem Schwert, mit dem der Feind
Zum Schlage ausholt, ist die Hölle:
Springe trotzdem mutig hinein!
Dann wirst Du dort das Paradies finden."

bringt diese Haltung des Busido zum Ausdruck.

In der am 8. Januar 1941 vom damaligen japanischen Kriegsminister General Hideki Tojo erlassenen Instruktion „Belehrung für Frontkämpfer" findet sich eine grundsätzliche Übereinstimmung mit den Vorstellungen des Busido. In dieser vom Meizi Tenno gegebenen „Kaiserlichen Belehrung" findet sich die Aufforderung: „... bewahrt ausschließlich mit ganzem Herzen die Treue zu Herrscher und Vaterland, die Eure Hauptpflicht ist; seid überzeugt, daß die Rechtlichkeit schwerer wiegt als ein Gebirge und der Tod leichter als eine Schwanenfeder!"

In diesem Geist kämpften und starben auch im letzten Kriege die japanischen Soldaten. Wenn sie schließlich auch die Waffen strecken mußten vor einer Erfindung, die eine völlig neue Entwicklung einleitet: die Atombombe. Staatsmännische Weisheit gebot die Annahme der alliierten Forderung nach bedingungsloser Kapitulation. Die Nachkriegsentwicklung nahm einen anderen Verlauf als in Deutschland. Weil sich das japanische Volk mitverantwortlich fühlte an der imperialen Epoche des Militärs und weil es daher in Japan weder eine äußere noch eine innere Emigration gegeben hatte, mußten die amerikanischen Besatzer unter General MacArthur gegen den passiven Widerstand des japanischen Volkes die „politische Säuberung" und die Verfolgung der „Kriegsverbrecher" durchführen. Letztere, soweit sie die Kriegsverbrecher-Prozesse überlebten, kamen schon bald wieder zu Ämtern und Ansehen. So etwa Nobusuke Kishi, der neuen Jahre nach seiner Entlassung japanischer Ministerpräsident wurde.

Der Tradition des Busido aber blieben auch jene Männer treu, von denen eine Anzahl mit den Worten „Tenno — Häika Banzai!" (Zehntausend Jahre lang lebe Seine Majestät!) die Stufen zum Galgen des Siegers erklommen. Wie man ihre Taten auch bewerten mag, an ihren letzten Worten wollen sie gemessen sein. Uralter Tradition gemäß faßten diese Männer gleichsam die Summe ihres Lebens und ihrer Erkenntnis in klassische Verse, die sich in Inhalt und Form nicht nur als literarische Kunstwerke ausweisen. Erstmals vollständig in deutscher Sprache erschienen sie jetzt, herausgegeben von Peter Straßner, im Samurai-Verlag, München-Fürstenried, unter dem Titel „Letzte Gedichte — Im Angesicht des Galgens". Das sehr ansprechend ausgestattete Buch, vornehmlich die Geschenkausgabe, eignet sich ganz besonders als Freundesgabe. Denn wie zauberhaft diese kleinen und doch so gewaltigen Wortgemälde auch anmuten, die durch sie vermittelten Erkenntnisse, Weisheiten und Lehren wollen uns noch bedeutsamer erscheinen. So etwa die Rei Okes, dem übrigens als einzigem der zum Tode Verurteilten die Kugel gewährt wurde:

„Wie einsam bin ich, ein Kind dieser Welt!
Wem sollt' ich mein Leben erzählen,
wem künden vom Ruhm in der Schlacht?
Das Auf und Ab wirklichen Lebens
ist nur Schall und Rauch."

Unter der Überschrift „Mein einzig Wunsch" schrieb der dreißigjährige Isao Fukuhara in der Todeszelle nieder:

„Aus jener lichten Welt
das Sonnenrund der
Flagge zu sehen,
flatternd im Morgenwind
auf Friedensland."

Nur einer von den Todeskandidaten, Kichiro Hiranuma, wurde in letzter Minute wegen seines hohen Alters begnadigt. Er schrieb die inhaltsschweren Verse nieder:

„Die Worte des Gesetzes ertönten
und gesprochen wurde das Urteil der
Menschen.

Doch die Wahrheit währet ewiglich.
Nur sie kann dem Volke Frieden schenken."

Letzte Gedichte / im Angesicht des Galgens. Herausgegeben von Peter Straßner im Samurai-Verlag. München, Ganzl., 40 S., Format 14x11, Namensverzeichnis aller in Japan gehenkten Kriegsverurteilten. DM 7.50, Geschenkausgabe mit Schuber DM 9.—.

Carl-Wolfgang Holzapfels Opfergang

VON PROF. DR. BERTHOLD RUBIN

Sieht man von der SPD-gebundenen Schweigetaktik einiger Zeitungen ab, so bot die Westberliner Presse ein seltenes Bild geschlossener Haltung, als die Verhaftung Carl-Wolfgang Holzapfels bei seinem freiwilligen Opfergang in den Berliner Ostsektor bekannt wurde. Was war geschehen?

Ein junger Mann, eben erst volljährig, aber durch frühere Aktionen des gewaltlosen Kampfes nicht mehr unbekannt, hatte sich erkühnt, ein Schild über die sogenannte Grenze, über den sogenannten Ausländerübergang (Checkpoint Charlie) von Berlin nach Berlin zu tragen. Auf diesem Schild konnte man die „provozierenden" Worte lesen: „Tausende Menschen in der Welt fordern Freiheit für Harry Seidel und tausend politischer Gefangener in der Sowjetzone!" Der Name Harry Seidel stand hier stellvertretend für alle Fluchthelfer, die ihre Handlungen der Verzweiflung oder des Opfermuts und der Menschlichkeit in sowjetzonalen Kerkern büßen. Seidel selbst, der 25jährige Zonen-Meister im 4000-Meter-Radfahren, gehört durch seine Verurteilung zu lebenslänglichem Zuchthaus im Dezember 1962 zu den bekanntesten dieser Männer.

Die Stimmen der Tausende von Menschen in aller Welt hatte Carl-Wolfgang Holzapfel selbst aufgerufen und zu Gehör gebracht, soweit es in seinen Kräften stand. Er opferte nicht nur seine Ferien, sondern brachte auch finanzielle Opfer, um in den Urlaubswochen, die er drüben in Westdeutschland verbrachte, Unterschriften zu sammeln, die seine Parole „Freilassung der politischen Häftlinge" bestätigten. Er brachte es in den wenigen Wochen, die ihm zur Verfügung standen, auf 5000 Unterschriften und plante diese Aktion im November und Dezember in Berlin weiterzuführen. Anschließend sollte die Übergabe der Unterschriftensammlung an die Menschenrechtskommission der UNO erfolgen.

Bis zu diesem Punkt gleicht die Aktion aufs Haar jenen unzähligen Resolutionen, die von berufener und autorisierter Seite ebenso pflichteifrig wie erfolglos in Sachen der zur Zeit unlösbaren Deutschland-Frage vom Stapel laufen. Allenfalls könnte man lächeln über die Verstiegenheit eines unbekannten jungen Mannes, der da glaubt, als Privatmann die Aufmerksamkeit der höchsten internationalen Instanzen unserer Zeit beanspruchen zu dürfen. Gelächter wäre die Antwort, wenn die Aktion „18. Oktober 1965" nicht dem Spottlustigsten gezeigt hätte, daß hier ein elementares seelisches Erlebnis unserer Tage zum Durchbruch gekommen ist. Dieser junge Mann zeigt sich als „Existentialist" besonderer Prägung: ihn berührte das Leid der deutschen Spaltung, das sich in der Not an der Berliner Mauer dramatisch verdichtet, in den letzten Tiefen seiner persönlichen Existenz. Die deutsche und Berliner Not erschütterte ihn, sie berührte ihn existentiell, sie zwang ihn sein Leben zu ändern und Tag und Nacht keinen anderen Gedanken zu denken als den Protest gegen den Wahnsinn, der an der verlogensten aller „Friedensgrenzen" von Deutschen gegen Deutsche praktiziert wird. Noch provozierender als die Morde an der Mauer berührte ihn freilich das selbstzufriedene Behagen, mit dem eine Wohlstandsgesellschaft am Rande der Hölle ihren täglichen Geschäften nachgeht. Wer wollte es einem jungen Menschen in seinem verletzten Rechtsgefühl verdenken, daß eines Tages schon der Anblick der Schandmauer genügt, um ihn fast um den Verstand zu bringen. Wer zu den wenigen gehört, die am Nebeneinander von Mord und Geschäft existentiell Anstoß nehmen, d. h. ihr Leben ändern, der erfährt diese Berliner Mauer, die zwar völkerrechtlich

Fortsetzung Seite 11

MAKKABIADE - das Fest der Einheit

Jüdische Olympiade als Beispiel

ISRAELISCHES ERZIEHUNGSPRINZIP:
GESUNDER GEIST - GESUNDER KÖRPER

Nur ein Teil der Judenheit, eine Minderheit in ihr, betrachtet sich als „jüdisches Volk". Manche — allzu chauvinistische — Praktiken der Zionisten verdienen Tadel, andere erscheinen vorbildhaft. Mit letzterem beschäftigt sich nachfolgender Diskussionsbeitrag.

Wäre es denkbar, daß Deutsche aus West und Ost, Deutschösterreicher und Südtiroler, Siebenbürgener Sachsen und Banatschwaben, Deutschamerikaner und Deutschkanadier, kurzum Deutschstämmige aus allen fünf Kontinenten der Erde, sich auf deutschem Boden zu einer deutschen Olympiade zusammenfinden? Zu einer Demonstration der Zusammengehörigkeit und der engen Verbundenheit im sportlichen nicht minder als im nationalen Bereich? Die jüdische Jugend der Welt hat jedenfalls auf israelischem Boden kürzlich das großartige Beispiel einer in Israel zwar vereinten, darüber hinaus jedoch in alle Erdteile zerstreuten Judenheit geliefert, als sie dort die siebente Makkabiade austrug, ein imponierendes „internationales", dem tieferen Sinne nach aber nationales Sporttreffen.

Schon die Eröffnungsfeier in Ramat-Gan bei Tel Aviv bedeutete nicht nur eine eindrucksvolle sportliche Kundgebung der jüdischen Jugend, sondern war als Machtdemonstration einer einheitlichen jüdischen Nation geplant und veranstaltet worden. Aus 30 Ländern der Erde zogen Delegationen in das weite Rund des gerade noch termingerecht fertiggestellten Großstadions von Ramat-Gan, mit dem sich in ganz Asien an Umfang nur noch das Stadion von Tokio messen kann. „Nur schwer erreichbare Ziele machen richtig Freude, wenn sie pünktlich und zur Zufriedenheit der Öffentlichkeit verwirklicht werden", sagte der Bürgermeister von Ramat-Gan bei der Einweihung des Makkabia-Stadions. Eindrucksvoll war auch der Vorbeimarsch der einzelnen Landesverbände vor dem israelischen Staatspräsidenten und der enthusiastische Beifall, den die aus aller Welt nach Israel gekommenen Zuschauer den einzelnen Sportdelegationen spendeten. Diese betraten hinter der Flagge ihres jeweiligen Herkunftslandes das Stadion, das seinen Namen ebenso wie die Veranstaltung selbst nach der sogenannten „Makkabi"-Organisation, einer in vielen Ländern verbreiteten, jüdischen Sportbewegung, trägt.

Die Geschichte des weltweiten jüdischen Sportfestes begann vor 32 Jahren. Damals wurde der Gedanke, eine Einheit der Judenheit in aller Welt durch einen alle Sportarten umfassenden internationalen Wettbewerb zu demonstrieren, zum ersten Male verwirklicht. Die Makkabiade, d. h. die Durchführung einer eigenen jüdischen Olympiade, hat auch das schicksalsschwere Kapitel jüdischer Geschichte während des letzten Weltkrieges überdauert. Im Jahre 1950 wurde die erste Nachkriegsmakkabiade veranstaltet, die bereits in dem neugegründeten jüdischen Staat, in Israel, stattfand.

Die bedeutende israelische Zeitung „Haaretz" hob anläßlich der Eröffnung der siebenten Makkabiade hervor, alle Juden könnten mit den Errungenschaften der Makkabiaden zufrieden sein, vor allem aber mit dem Gedanken, „daß die Makkabiade ihre Bedeutung und ihren Wert für das jüdische Volk bewiesen hat und deshalb überleben konnte."

Ein Vorbild für Deutschland

Die Makkabiade beruht auf zwei Grundgedanken:

1. Auf der Stärkung der Einheitsbestrebungen des jüdischen Volkes in der ganzen Welt, besonders aber bei der jüdischen Jugend und

2. auf der physischen Ertüchtigung dieser Jugend. Es besteht kein Zweifel, daß auf beiden Gebieten, seitdem der Gedanke der Makkabiade entstanden ist, beträchtliche Fortschritte erzielt worden sind. Die Sportspiele haben dazu beigetragen, die Einheit des jüdischen Volkes und seine Kräfte, die in diese Richtung wirken, erheblich zu verstärken. Die israelische Zeitung „Al Hamischmar" meinte dazu, gerade in der gegenwärtigen Zeit sei die Bedeutung des Sporttreffens der in alle Welt verstreuten Juden besonders wichtig, da es darauf ankomme, die „physischen Fähigkeiten", die „Einheit des jüdischen Volkes" sowie die „Verbundenheit des gesamten Judentums mit dem Staate Israel" unter Beweis zu stellen.

Ausländische Beobachter sind sich darüber einig, daß besonders die letzte Makkabiade für die Juden in Israel und darüber hinaus für das Judentum in aller Welt ein großer Erfolg war. Das diesjährige Sporttreffen war nicht nur das schönste aller bisher in Israel und in der Welt abgehaltenen jüdischen Veranstaltungen, es war eine überzeugende Demonstration des Zusammengehörigkeitsgefühls aller Menschen jüdischer Abstammung. Sie trugen die Fahnen ihrer Länder in das Land ihrer Väter. Manchem Zuschauer mochte dies als Paradoxon erscheinen, tatsächlich aber wurde in vielen Teilnehmern aus fernen Ländern ein Funke tiefer Liebe zu der ursprünglichen Heimat erweckt. Wer Zeuge dieses Ereignisses wurde, konnte kaum noch in die „angeborene Heimat" zurückkehren, ohne sich auch der Heimat seiner Väter auf das engste verbunden zu fühlen.

Für die Deutschstämmigen in aller Welt könnte das in jeder Hinsicht geglückte jüdische Beispiel eines Sporttreffens von Menschen gleicher Abstammung immerhin eine Anregung sein, auch ihrerseits ein engeres Zusammengehörigkeitsgefühl zu entwickeln. Diese Anregung wäre wahrhaftig wert, aufgegriffen zu werden. Genau wie für das Judentum wäre gewiß ebensogut auch für das über die Kontinente verstreute Deutschtum eine gemeinsame Institution zu begrüßen, die eine Strahlungskraft auf alle Menschen deutscher Zunge ausübt. Sportliche Wettkämpfe, an denen Deutschstämmige jedweder Staatsangehörigkeit teilnehmen können, dürfen der Welt nicht weniger verständlich erscheinen als die jüdischen Makkabiaden. Niemand hätte es auch gewagt, die jüdische Jugend der Welt, die sich in Ramat-Gan versammelt hatte, als „nationalistisch" zu diffamieren, sowenig wie man die deutschsprachige Jugend verdächtigen könnte, wenn sie sich alle vier Jahre etwa im Berliner Olympiastadion zu einer nicht minder imponierenden Demonstration versammeln würde. Gerade Berlin als die Nahtstelle der Interessenlinien beider großen Machtblöcke wäre der prädestinierte Ort für die friedliche Austragung sportlicher Wettkämpfe von deutschsprechenden Teilnehmern aus West und Ost, gleichzeitig aber auch der bestgeeignete Schauplatz zur Bekundung eines den Sportlern gemeinsam Bewußtseins, das durch sprachliche und geschichtliche Bande begründet ist.

Das vorbildliche jüdische Beispiel der Makkabiade verdient es aufgegriffen zu werden. Es sollte Schule machen und wäre allen Menschen deutscher Zunge wärmstens zur Nachahmung zu empfehlen.

BERNDT SCHMIDT

VERRAT in der Abteilung II a

HAUPTQUARTIER – Ein Bericht von Wolfgang Altendorf

SCHLUSS

v. Schöller bog sich zurück. Er versuchte Külch abzuschütteln, aber der Griff des Ic löste sich nicht. „'Raus", schrie er, „'raus!" Und plötzlich brach der Verrückte in ein lautes, anhaltendes Heulen aus. Külch starrte sein Opfer verblüfft an. Da das Heulen nicht aussetzte, entsetzte er sich so vor diesem ungewöhnlichen Phänomen, daß er unwillkürlich den Griff lockerte. Der Oberst spürte das sofort. Er riß sich endgültig los und sprang zur Tür, schleuderte Bendler zur Seite und hatte jetzt nur noch Beerwein im Weg, den neugebackenen Oberleutnant.

„Weg da, weg da —!" schrie der Oberst, und sogleich setzte sein Gebrüll wieder ein. Oberleutnant Beerwein hob die Hand und schlug zu, zweimal. Er schlug seinem ehemaligen Vorgesetzten zweimal ins Gesicht, weil das Heulen, das aus seinem halbgeöffneten Mund kam, einfach unerträglich war. v. Schöller verstummte sofort. Er griff sich mit beiden Händen an den Kopf und krümmte sich nach vorn zusammen. Dann wandte er sich um, taumelte zu seinem Sessel zurück und vergrub seinen Kopf in beide Arme.

Külch legte ihm die Hand auf die Schulter. „Herr Oberst!"

v. Schöller vermochte sich nicht zu rühren. Der wilde Schmerz überzog seinen Schädel, und er tauchte auf aus der süßen Schmerzlosigkeit in diese hämmernde, reißende Hölle der Wirklichkeit.

„Wie fühlen Sie sich, Herr Oberst?"

Er war nichts als Schmerz, und seine Glieder gehorchten nicht seinem Willen.

Beerwein öffnete die Tür. Der Arzt trat ein, hinter ihm Hauptmann v. Sternheim.

„Sie sind schwer krank, Herr Oberst."

v. Schöller sah hoch, und sein Gesicht drückte den Schmerz aus, der in ihm tobte. „Was ist geschehen, Herr Major?" fragte er mit tonloser Stimme.

In Külchs Kehle würgte es. Der Oberst wußte tatsächlich von nichts. Er war zurückgekehrt aus dem Reich seiner Wahnvorstellungen, und er hatte alles drüben gelassen. Vor ihm hockte ein armer, kranker Mensch, eine vom Schmerz gepeinigte Kreatur in einer Uniform mit hohen Rangabzeichen, die sich bemühte, unter allem Schmerz Mensch zu bleiben, Würde zu bewahren, Autorität zu fordern. „Antworten Sie, Herr Major. Weshalb befinden Sie sich hier, Sie und die Herren da? Was ist geschehen?"

War es möglich, ihn über seinen Zustand hinwegzutäuschen? Wenn er nun erfuhr, was er getan hatte, würde dieser Mann unzweifelhaft zur Pistole greifen. Man sah es ihm an: er wartete darauf. Er wünschte sich sehnlich, Schluß zu machen, auszuscheiden aus diesem Meer des Schmerzes, auszulöschen den Brand, der in ihm tobte und gegen den er seinen verzweiflungsvollen Kampf kämpfte, und wartete nur auf einen Grund dazu.

„Sie sind schwer krank", wiederholte der Major und gab dem Arzt einen Wink.

„Draußen wartet der Wagen, Herr Oberst", sagte der Arzt. „Bitte kommen Sie."

„Wo denken Sie hin. Ich muß hier ausharren. Draußen an der Front erwartet man von mir — —."

Der Arzt legte ihm seine Hand auf den Arm. „Es ist ein ausdrücklicher Befehl des Feldmarschalls, daß Sie sich in ärztliche Behandlung begeben, Herr Oberst."

v. Schöller stützte sich hoch. „Haben Sie das schriftlich?"

Der Arzt griff in seine Tasche. v. Sternheim hatte an alles gedacht. General v. Stock hatte den Befehl unterzeichnet; der Feldmarschall war mit seinem Fieseler Storch an diesem Morgen unterwegs zur Front.

Der Oberst las die Order. Er blickte die Herren an und nickte dann. „Es ist gut", murmelte er. „Man soll mir meine Sachen nachschicken. Ich danke Ihnen meine Herren; ich hoffe, daß ich Ihnen keine Ungelegenheiten gemacht habe. Diese Schwäche —", er brach ab, stützte sich schwer auf den Arzt und verließ sein Zimmer, ohne sich umzublicken.

„Die Anwesenden", sagte Major Külch in ernstem Tonfall, „sind über die Vorfälle hier in diesem Raum zu strengstem Stillschweigen verpflichtet."

Als Unteroffizier Keller drei Tage später seine mühsame Verbindung zur 613. Division zustande brachte, erfuhr er zu seinem Entsetzen, daß sein Bruder in der Nacht gefallen war. Er war das Opfer einer gewaltsamen russischen Aufklärung, die im Bereich der 163. und 102. Division eine große Anzahl von Toten und Verwundeten gefordert hatte. Es sei, wie man ihm tröstend versicherte, eine völlig überraschende und im Grunde unerklärliche Aktion des Feindes gewesen, deren Sinn wohl nur dem Russen selbst bekannt sein dürfte.

Aber auch Major Külch kannte den wahren Sachverhalt, und er behielt ihn, wie so manches, vorsorglich für sich. Eine solche komplizierte und empfindliche Institution, wie sie das Hauptquartier im Feindesland darstellte, war durchlässig und porös. Niemals konnte es gelingen, die Nähte so straff anzuziehen, daß auch nicht das Geringste nach draußen drang. Dort lauerte das Heer der Agenten, hielt seine Ohren steif und hörte das Gras wachsen. So war unzweifelhaft auf den verschlungenen Pfaden des Gerüchts etwas über die so vorzüglich inszenierte Komödie des Ic nach draußen gesickert. Der Feind mußte sich Klarheit verschaffen. So zahlte die 163. und 102. Division ihren Blutzoll, und so starb Unteroffizier Kellers Bruder. ‚Wie man es anpackt', dachte Külch und seufzte nachdenklich, ‚es schlägt wie ein Bumerang zurück.' Und er sehnte sich, wie schon so oft, nach jenem beschaulichen, zufriedenen und friedlichen Dasein, das allein, wie er hoffte, seinem eigentlichen Naturell entsprach.

Karl-Wolfgang Holzapfels Opfergang

Fortsetzung von Seite 10

überhaupt nicht vorhanden ist, dafür in der rauhen Wirklichkeit um so brutaler existiert, Tag für Tag physisch und moralisch als das Kainszeichen unseres gesamtdeutschen Selbstmords. Ein solcher junger Mann weiß genau wie andere um Europa und Weltbürgertum als Ideale des globalen Zeitalters, er weiß aber erst recht, daß jeder Schritt auf diesem Weg die Heilung der eiternden Wunden Deutschlands voraussetzt.

Kein Wunder, daß er sein Handeln mit einem Wort Mahatma Gandhis erläutert: „Ich habe kein Vertrauen in Appelle, wenn hinter ihnen weder eine moralische noch eine materielle Macht steht. Die moralische Macht ist da, wenn diejenigen, die den Appell vorbringen, bereit sind, etwas zu tun, etwas für die Sache zu opfern." Die Verwandtschaft einer Unterschriftensammlung mit den kraftlosen Resolutionen der „Berufenen" mag verdächtig sein, die opferbereite Aktion spricht dafür eine um so deutlichere Sprache. So entschloß sich Carl-Wolfgang Holzapfel gegen tausendfaches Abraten zu einer angesichts der nervösen Unberechenbarkeit des sowjetzonalen Regimes geradezu selbstmörderischen Aktion: er zog mit seinem Schild, das Freiheit für Harry Seidel und Tausende politischer Häftlinge forderte, über die Sektorengrenze und ließ sich verhaften.

Der Inder Zuthsi hatte dergleichen öfter versucht, stand aber bei seinen Demonstrationen offensichtlich unter dem Schutz seiner Staatsangehörigkeit. Das Zonenregime wünschte keine Verwicklungen, eine Haltung, die freilich nicht vorauszusehen war. Selbst den jungen Holzapfel hatte man bei einem früheren Demonstrationsversuch laufen lassen. Diesmal sind acht Tage seit der Festnahme vergangen. Man scheint dem unbequemen Mahner zumindest einen Denkzettel zugedacht zu haben. Holzapfel hat das nicht nur einkalkuliert, er hat es offenbar gewünscht. Gesundheitlich war er bereits schwer angeschlagen durch seine früheren Fastenaktionen gegen die Morde an der Berliner Mauer. Bei der letzten dieser Aktionen trotzte er zusammen mit Dieter Wycisk 14 Tage lang gegen Hunger und eisige Kälte, um den feigen Mord an dem achtzehnjährigen Paul Schultz vor aller Welt bloßzustellen. Der Berliner Senat, seine Polizei und selbst die Vertreter der Kirche „unterstützten" die Aktion angesichts der Passierscheinfrage nur mit eisiger Zurückhaltung. Es ist klar, daß solche Zehenspitzenpolitik gegenüber rein moralischen und völkerrechtlichen Tatbeständen die Zonenmachthaber zu immer neuen Übergriffen an der Berliner Mauer ermutigt. Auf die gleiche Schweigetaktik bauen sie, wenn sie versuchen, den jungen Idealisten Holzapfel mit oder ohne Prozeß verschwinden zu lassen. Das könnte freilich eine Fehlrechnung werden.

Die sensationelle neue PUNKTAL Royal

... eine Klinge die Ihre Haut nicht spürt

3 x 10 KLINGEN = 1 JAHR sanft und hautschonend rasiert KLINGE 35 PFENNIGE

URLAUB IM WINTER

in Spanien in besten Hotels, mit Vollpension, Einzel- oder Doppelzimmer, keine Nebenkosten. Deutschfreundliche Bew., deutschsprechendes Personal).

5 Monate kosten nur	1500,— DM
4 Monate	1250,— DM
3 Monate	1000,— DM
2 Monate	720,— DM

Spanische Sprachkurse kostenlos.
Anreise ab sofort möglich. Voranmeldung erbeten an

Heiner Bach, Ap. 5—TOSSA de Mar (Costa Brava)
PS! Reservieren Sie jetzt schon Ihren Sommerurlaub zu günstigen Bedingungen in Hotels, Appartements, Bungalows.

OLDENBURGER LANDSCHINKEN

Spaltschinken, mager und trocken. Original Hinterschinken Gewicht 5–7 kg

das kg à 11,– DM

Fordern Sie bitte über unsere Wurstwaren Preisliste an. Versand gegen Nachnahme.

H. Lohmann, 2848 Bergstrup b. Vechta i. O.
Schinken und Wurstwaren Telefon 04441-3781

Gegr. 1882 BLAHUT

Sie kaufen gut und preiswert, besonders für die Aussteuer: Bettfedern (auch handgeschlissene), fertige Betten, auch KARO-STEP Bettwäsche, Daunendecken direkt von der Fachfirma

BETTEN-BLAHUT
STAMMHAUS DESCHENITZ (BÖHMERWALD)
8908 Krumbach (Schwb.) Gänsholde 100
Ausführliches Angebot, auch Muster, kostenlos! Karte genügt!

Für DM 10.– bekommen Sie einen Tropenhelm direkt ins Haus.
V. S. – 60, Kopernikusstr., Brüssel

111. Infanterie-Division
1. Divisionstreffen (Suchdienst) am 19./20. März 1966 in Hannover, Casino-Festsäle. Anmeldung an **Hermann Clemens, 465 Gelsenkirchen-Rotthausen, Johann-Strauß-Weg 36.**

Geistig-religiös Unzufriedene
lesen „Die neue Denkart der Welt" von Philo, dem deutschen Propheten unserer Zeit. Manuskript DM 6.50 von Oskar Friemel, 7843 Heitersheim, Postfach 23.

1. Weltkrieg
historische Zeitschrift, illustriert, Jahrgang 1914–16, ca. 170 Exemplare, zu verkaufen.
Franz Ratzer, 8832 Weißenburg, Emmetheimer Straße 31.

Welche ev. Dame
schaft, Politik, Reit,teri italties mit ehrl. Herzensbildung – Kameradschafts-, Politik-, Reit-, Tanz- u. Geschäftsinteresse, bis 50 Jahre, möchte mit selbst. Lebensm.-Kfm. Freud und Leid teilen? Wohn.-Geschäftsbetrieb u. Angestellte vorh. Nur ernstgemeinte Bildzuschriften erbeten unt. Chiffr. Nr. 359, DSZ-Verlag, München-Pasing, Paosostr. 2a.

Äußerst ganggenau und unempfindlich sind Uhren mit Originalwerken ehem. deutscher

Wehrmachtuhren
Luftw. Chronogr. u. Stoppuhren für alle Zwecke. Prosp. frei!
S. HEMRICH – München 1, Postfach 542

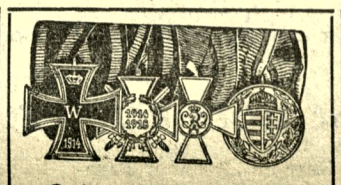
Pens. Stabsoffz. (Akadem.)
70er, alleinstehend, wünscht gemeins. Haush. m. Kameradenwitwe (50–60). Bildzuschriften erbeten unter Chiffr. 357, DSZ-Verlag, München-Pasing, Paosostraße 2a.

Zweiunddreißigjährige
sucht gleichaltrige Gesprächspartnerin über Probleme modernen Frauenrechtes bis antiken Matriarchat. Zuschr. erbeten unter Chiffr. 358, DSZ-Verlag, München-Pasing, Paosostraße 2a.

Ältere Dame
sucht in gefl. nationalges. Haus gr. sonniges Leerzimmer, bevorz. Mansardenstock. 3000 DM, LAG-Darlehen und Mietvorauszahlung möglich. Angebote unter Chiffr. 356, DSZ-Verlag, München-Pasing, Paosostraße 2a.

Pens. Akademiker
(57), 1.80, wesentl. jüng. aussehend, erbittet Bildzuschriften m. Geb.-Dat., warmherz.-, fraul.-, natürl.-, häusl.-, nichtrauch. Dame unter Chiffr. 360, DSZ-Verlag, München-Pasing, Paosostraße 2a.

Schriftsteller,
alleinstehend, sucht vorerst Briefwechsel mit geistvoller, noch ungebundener Dame bis 35 Jahre. Zuschriften erbeten unter Chiffr. 355, DSZ-Verlag, München-Pasing, Paosostraße 2a.



Orden und Ehrenzeichen des 1. u. 2. Weltkrieges (Orden aller Länder)

Originale, Miniaturen für Frack und Rockrevers, Bundeswehrschnallen usw., liefert prompt

EDUARD SCHIFFER
MÜHLENRAHMEDE WESTFALEN A

KLAVIERE
Preisgünstig frei Haus
Fordern Sie kostenlos Farbkatalog von PIANO-FRICKE – 88 Ansbach, Abt. 12 früher Breslau-Liegnitz

HONIG billiger!
Ia goldgelber, garant. naturreiner Bienen-Blüten-Schleuder-Honig
Marke „Sonnenschein", Extra-Auslese, wunderbares Aroma!
4½ kg netto (10-Pfd.-Eimer) DM 17,80
2¼ kg netto (5-Pfd.-Eimer) DM 9,80
Keine Eimerberechnung. Seit 40 Jahren Nachnahme ab Honighaus SEIBOLD & Co., Nortorf/Holst.

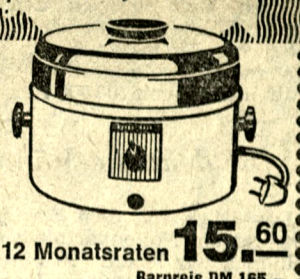
CHINCHILLAZUCHT! WEINBERGSCHNECKENZUCHT!
ADKPZ-Beratung Marx, 3301 Lehre / Braunschw., Birkenfeld.

ABZEICHEN ALLER ART
Orden u. Ehrenzeichen, Uniform-Effekten, Ausbildungs-, Soldaten- u. Liederbücher. Gelände- u. Sportausrüstungen. Prospekt Rüstkammer Assmannshausen. Postf. 00

Dokumente zur deutschen Geschichte
„Das Kaiserreich" DM 95,—; „Der Erste Weltkrieg" DM 95,—; „Die Weimarer Republik" DM 95,—; „Das Dritte Reich" DM 190,—; „Der Zweite Weltkrieg" DM 225,—; „Die letzten hundert Tage" DM 95,—. Die Sammlung umfaßt sechs Werke mit neun Bänden, 4000 Seiten, über 8000 Bildern, Karten und Dokumenten, Gesamtpreis DM 795,—. Bei Abnahme aller Bände beträgt der Vorzugspreis DM 715,—. Interessenten wollen Prospekt anfordern:
ELITE-VERLAG, Abt. E, 4300 Essen, Postfach 459

Die schönsten Speisen mit dem FRITTI-MAT

8 Tage kostenlos zur Probe!



Sonderangebot
Machen Sie selbst zu Hause 8 Tage lang kostenlos und ohne jeden Kaufzwang einen Versuch.
In 15 Min. 2 Brathähnchen! In 4 Min. 4 Koteletts! In 3 Min. 4 Schnitzel! Pommes Frites, Krapfen, Fisch-, Fleisch- und Kartoffelspeisen besser als vom besten Koch. Garantiert keine Geschmacksübertragung. Keine verbrannten Speisen. 50% weniger Strom und Fett. Keine Spülarbeit. 5 Jahre Garantie! Günstige Zahlungsbedingungen machen Ihnen die Anschaffung leicht. Keine Anzahlung.
12 Monatsraten 15.60
Barpreis DM 165,–

GUTSCHEIN JASPA 795 Biberach / Riss Marktplatz, Abt. F 198
Nur fabrikneue Geräte! Portofreie Lieferung.
Senden Sie 8 Tage zur Probe unverbindlich und kostenlos den Fritti-Mat (falls mich das Gerät nicht überzeugt, bin ich zur kostenlosen Rücksendung innerhalb der Probezeit berechtigt).
Zuname Vorname
Postleitzahl/Wohnort
Straße Unterschrift

Mittelgroßer Betrieb im Rhein-Main-Gebiet sucht zum sofortigen oder späteren Eintritt
eine größere Anzahl lediger Arbeitnehmer aus dem Raume Österreich.
Schriftliche Bewerbungen unter Chiffr. 361 DSZ-Verlag, München-Pasing, Paosostraße 2a

Auch für Ihre Wünsche werden Sie durch eine Kleinanzeige in der NZ einen Partner finden. Dieser Bestellschein gibt Ihnen die Gelegenheit zu einem Versuch.

Anzeigen-Bestellschein

Text: _____

Name: _____

Adresse: _____

Veröffentlichen Sie vorstehende Kleinanzeige – mit vollem Namen – unter Chiffre – in der nachstehenden Ausgabe. Einsenden an:
NZ-Anzeigenverwaltung, 8 München-Pasing, Paosostr. 2a

NZ-
Zeitung der Zukunft
Und die Zukunft hat schon begonnen!

Bestellschein
Bitte gewünschte Zeitung ankreuzen

○ Deutsche National-Zeitung und Soldaten-Zeitung — DM 3,30 monatlich
○ Der Sudetendeutsche — DM 3,— monatlich
○ Teplitz-Schönauer Anzeiger mit Radio- und Fernsehbeilage — DM 3,40 monatlich
○ Schlesische Rundschau — DM 2,75 monatlich
○ Notweg des 131er — DM 3,30 monatlich

Hiermit bestelle ich
(einen Monat – 4 bis 5 Nummern – kostenlos)
Bitte ausschneiden und als Drucksache (15 Pfennig) an den DSZ-Verlag, 8 München-Pasing, Paosostraße 2a, einsenden.

(Genaue Anschrift in Druckbuchstaben)

(Alter und Beruf)

(Ort und Datum)

Bitte Probenummern senden an:

Die unbewältigte Vergangenheit des Erwin Piscator

Der rote Star-Regisseur der zwanziger Jahre wieder auf Linkskurs

VON GERD HANSEN

SCHLUSS

Am 3. September 1927 hob sich in der Piscator-Bühne am Nollendorfplatz im Berliner Westen zum ersten Male der Vorhang. Nach dem Bruch mit dem Volksbühnen-Vorstand hatte sich Erwin Piscator nach einem neuen Haus für seine kommunistischen Tendenzstücke umsehen müssen. Er fand es im Nollendorftheater. Natürlich handelte es sich um eine der unfreiwilligen Pointen, die sich die Weltgeschichte häufig leistet, aber der unter der Umerziehungsknute der Morgenthau-Jünger dahintaumelnde Zeitgenosse des Jahres 1945 wunderte sich doch sehr, daß ausgerechnet das ehemalige kommunistische Theater am Nollendorfplatz die Flächenwürfe der angloamerikanischen Bomber heil überstanden hatte. Alle Gebäude rings um diesen Platz, einschließlich der Englischen Kirche, waren bei den Terrorangriffen bis auf die Grundmauern zerstört worden, nur die Piscator-Bühne überstand die Feuerstürme fast unbeschädigt.

Und keiner der meist jugendlichen Besucher von heute, der sich im Nollendorftheater amerikanische Grusel-, Western- oder Krimi-Schinken ansieht, ahnt, daß auf der Bühne, über der die Leinwand hängt, Erwin Piscator in den zwanziger Jahren die größten Theater-Skandale der alten Reichshauptstadt inszenierte.

Auch dürfte es wohl nicht einmal allen Theaterexperten bekannt sein, daß es die betagte, vor kurzem hoch geehrte und der SPD sehr zugetane Schauspielerin Tilla Durieux war, die Piscator über ihre vielfältigen Verbindungen den Start seiner neuen Bühne in finanzieller Hinsicht ermöglichte. Es handelte sich um einen, für die damalige Zeit recht beachtlichen Betrag in Höhe von 400 000 Reichsmark.

„Die deutsche Männerfaust"

Das Stück, mit dem Erwin Piscator sein Theater am Nollendorfplatz eröffnete, hieß „Hoppla, wir leben!" In einer für Piscator typischen, revuemäßigen Inszenierung wird der Zusammenstoß eines acht Jahre im Irrenhaus eingesperrten Revolutionärs des Jahres 1918 mit der gewandelten Welt von 1927 geschildert. Die Hauptfigur des Stükkes, Thomas, ist im kommunistischen Sinne ein „negativer Held". Den Anforderungen der neuen Zeit nicht gewachsen, findet er weder beim Bürgertum noch beim Proletariat Anschluß. Er landet wieder im Gefängnis, wo er sich erhängt. Piscator wollte an dem Geschick des Thomas den „Irrsinn der bürgerlichen Welt" dokumentieren.

Verfasser dieser makabren „Revue" war der Kommunist Ernst Toller. Der gleiche Toller, der 1918 in München Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrates war, im April 1919 zu den Mitbegründern der ebenso kurzlebigen wie berüchtigen kommunistischen Münchner Räterepublik gehörte und 1925 das Drama „Hinkemann" herausbrachte, eine der niederträchtigsten Verhöhnungen der deutschen Kriegsopfer. In einer Rummelplatzbude tritt der Schwerkriegsbeschädigte Hinkemann als menschliches Monstrum auf, das lebende Ratten und Mäuse verschlingt.

Der Schaubudenbesitzer preist ihn mit den Worten an: „Herren und Damen! Treten Sie nur immer näher ... nur immer näher! Hören Sie! Sehen Sie! Staunen Sie! Homunkulus, deutscher Bärenmensch! Frißt Ratten und Mäuse bei lebendigem Leibe vor den Augen des verehrten Publikums! Der deutsche Held! Die deutsche Kultur! Die deutsche Männerfaust! Die deutsche Kraft! Der Liebling der eleganten Damenwelt! Zermalmt Steine zu Brei! Schlägt mit bloßer Hand Nägel durch stärkste Schädelwände! Erwürgt mit zwei Fingern zweiunddreißig Menschen! Wer ihn sieht, muß fliehen! Und wer flieht, muß sterben von seiner Hand. Den müssen Sie gesehen haben, wenn Sie Europa gesehen haben wollen!"

Und diesen geifernden Deutschenhasser aus dem polnischen Krotoschin und ehemaligen Münchner Räterepublik-Bolschewisten Ernst Toller nannte Erwin Piscator bei der Schlüsselübergabe des neuen Hauses der Freien Volksbühne am 30. April 1963 in Westberlin als ersten aus dem Ensemble der zwanziger Jahre, an das er „voller Sehnsucht" dächte! Den Verleumder Ernst Toller rechnet Piscator noch heute zu „Berlins großer unvergänglicher Tradition". Und er wird noch deutlicher: „In dieser Stunde besonders spüre ich, was alles ich ihr verdanke; und ich glaube, es ist eine nicht unwesentliche meiner Aufgaben, diese Tradition aufrechtzuerhalten und weiterzuführen."

Mit der Aufführung des Auschwitz-Stückes „Die Ermittlung" des prokommunistischen Autors Peter Weiss am 19. Oktober 1965 in Berlin, hat Piscator unter Beweis gestellt, daß er tatsächlich entschlossen ist, die Tradition des von ihm begründeten Proletarischen Theaters und seiner KP-Bühne am Nollendorfplatz weiterzuführen. Ein Blick in die jubelnde SED-Presse zeigt, wessen Geschäfte der einstige rote Star-Regisseur der zwanziger Jahre heute noch, wenn vielleicht auch ungewollt, besorgt. Wer jedoch, auch angesichts der Ulbrichtschen Schandmauer, „sehnsüchtig" an Kommunisten wie Toller und Brecht denkt und SED-Mitläufer wie Peter Weiss, aufführt, ist im Berlin eines Ernst Reuter fehl am Platze!

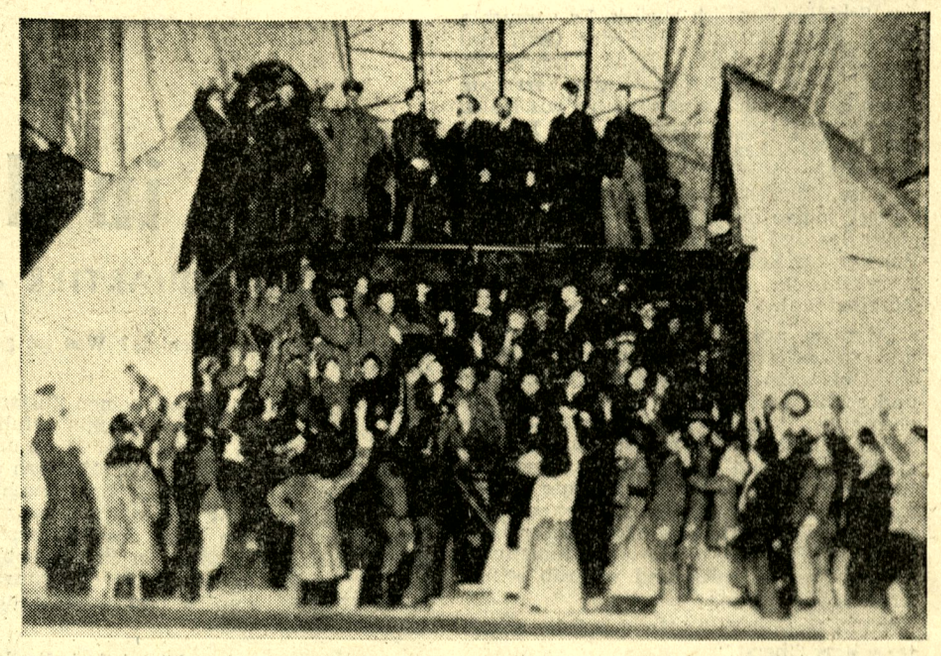
Doch zurück zur Premiere der Piscator-Bühne mit Tollers „Hoppla, wir leben!" am 3. September 1927. Auf einer eigens dafür geschaffenen Etagenbühne agierten die gesellschaftlichen Klassen: die Proletarier, die SPD-Funktionäre, die Neureichen, das liberale Bürgertum und die Vertreter des alten Regimes, Adel und Polizei. Mit ihnen allen kam der aus dem Irrenhaus entlassene Revolutionär Thomas in Verbindung, bevor er sich schließlich im Gefängnis erhängte. Nach dem Fallen des Vorhanges, wir zitieren Piscator, „stimmt die proletarische Jugend spontan die ‚Internationale' an, die stehend von uns allen bis zum Schluß mitgesungen wurde."

Die „Hamburger Nachrichten" schrieben über die Aufführung von „Hoppla, wir leben!": „Die wahnwitzige Hetze Piscators gegen alles, was dem Deutschen ehrwürdig und heilig ist, wäre auch in vielen anderen Städten möglich ... Herr Piscator schafft sich aber seine Einlagen, er richtet sich sein kommunistisches Aufpeitschungskino ein ... Und nun er sein eigenes Theater hat, kann, er ja tun und lassen, was er will."

Im „Berliner Lokalanzeiger" bemerkte Ludwig Sternaux, dem teilweise recht eleganten Theaterpublikum werde „kund und zu wissen getan, daß es Geschmeiß, daß es abrechnungsreif, daß es — Hoppla, wir leben — Abschaum der leider noch nicht ganz roten Menschheit ist."

Auch die „Tägliche Rundschau" war offensichtlich wenig begeistert: „Wollte man bisher die ganze Verkommenheit unseres Theaterwesens in einem Wort zusammenfassen, so sagte man ‚Revue'. Am Sonnabend hat dieses Wort einen Komparativ bekommen und der heißt: ‚Piscator'."

Zu den wirkungsvollsten kommunistischen „Freie Volksbühne"-Inszenierungen rechnete Piscator selbst das Stück „Rasputin", das der rote Regisseur mit großem Aufwand an Menschen, Maschinen und Tricks arrangierte. Der formal zweifellos begabte Grafiker und Zeichner George Grosz, der sich in der Verhöhnung von Kirche, Regierung und Soldatentum immer „Neues" einfallen ließ, zählte zu Piscators engsten künstlerischen Mitarbeitern (links). Rechts: Szenenbild aus „Rasputin". Die Arbeiter- und Soldatenräte ergreifen die Macht. Oben: Mit Spitzbart, Lenin (dargestellt von Alexander Granach).



Piscators erfolgreiche Schicksalsrevue von Europa

Während Alfred Kerr im „Berliner Tageblatt" wie üblich voll des Lobes über die Piscator-Inszenierung ist, stellt die konservative „Kreuzzeitung" fest: „Die Aufführung trieft förmlich von kaltschnäuzig verlogener politischer Tendenz. In jedem Wort, jedem Bild überschlägt sich die bolschewistische Hetze dreimal. Alles, was anderen heilig, wird mit glühendem Eifer durch den Dreck gezogen. Nicht zum mindesten durch Edmund Meisels ‚Musik', der sogar das Deutschlandlied zur Katzenmusik verhunzte."

Nach dem Stück über die „verratene" und „verwässerte" deutsche Revolution von 1918 („Hoppla, wir leben!") servierte Erwin Piscator seinem Publikum den „Rasputin" Alexei Tolstois als russisches Revolutions-Drama, erweitert zur „Schicksalsrevue ganz Europas". Da diese den Zeitraum von Anfang 1915 bis zur Oktoberrevolution 1917 umfaßte, mußten den acht vorhandenen Szenen des Tolstoischen Dramas neunzehn weitere hinzugefügt werden. Die Texte dazu schrieben Gasbarra und Leo Lania, dreißig Jahre später der „Hof-Biograph" Willy Brandts.

Nach der Anweisung Piscators sollte er „die führenden Monarchen Europas als jene unselbständigen Werkzeuge im Dienst der herrschenden ökonomischen Interessen ihrer Länder zeigen, die sie in Wahrheit waren, als Handlanger, Repräsentanten der wirtschaftlichen Mächte ... denen der Repräsentant des bewußten, auf die Revolution hinarbeitenden Proletariats in der Figur Lenins gegenübergestellt wurde."

Von dem Originalstück Tolstois, in dessen Mittelpunkt das Schicksal des Wundermönches Rasputin stand, blieb bei derartigen Vergewaltigungen des Themas naturgemäß kaum noch etwas übrig. Um die riesige Menge des Stoffes bewältigen zu können, setzte Piscator wiederum den Film ein und ließ eine Globus-Bühne bauen, die einerseits den halben Erdball symbolisieren sollte, andererseits aber auch einen sehr schnellen Szenenwechsel ohne Zuhilfenahme des Vorhanges ermöglichte.

Piscator betrachtete die „Rasputin"-Revue als die erfolgreichste aller seiner Inszenierungen. Zu dieser Beurteilung kam er, weil die eindeutig tendenziöse Aufführung, insbesondere die Herausstellung Lenins als des großen Führers des Proletariats, es dem bürgerlichen Publikum fortan unmöglich machte, Piscators Inszenierungen wie bisher nur mit der rein künstlerischen Elle zu messen und die kommunistische Tendenz geflissentlich zu übersehen. Offensichtlich sehr befriedigt, bemerkte er: „Daß diese Aufführung ganz eindeutig als Politikum gewertet wurde, mehr noch als die Herren vom Feuilleton die Politiker — und die Gerichte — beschäftigte, darin sehe ich einen wesentlichen Vorzug dieser Inszenierung und einen Beweis dafür, daß ich hier meine Absichten am schärfsten und klarsten zu verwirklichen Gelegenheit hatte ... Das Theater war zur politischen Tribüne geworden, man mußte sich politisch mit ihm auseinandersetzen."

Voller Stolz erwähnte Piscator, daß sich die Gerichte mit der Piscator-Bühne beschäftigen mußten. Zunächst durch Einstweilige Verfügungen, dann durch rechtskräftige Urteile untersagte das Landgericht Berlin dem Theater am Nollendorfplatz, Kaiser Wilhelm II. und den russischen Bankier und Finanzberater des Zaren, Dimitri Rubinstein, in dem „Rasputin"-Stück auftreten zu lassen. Für Piscator war das kostenlose Reklame ...

Nach den beiden Revolutionsdramen „Hoppla, wir leben!" und „Rasputin" sollte nun im Nollendorftheater endlich der Humor zu Wort kommen. Aber nicht etwa, wie der Rheinländer zu sagen pflegt, „aus Spaß an der Freud", oh nein, auch hier ging es Piscator um ein „politisches Anliegen". Er wollte die „revolutionäre Kraft des Humors" veranschaulichen und wählte zu diesem Zweck die Satire des Tschechen Jaroslav Hasek: „Die Abenteuer des braven Soldaten Schweijk." Darsteller der Titelrolle war der berühmte Max Pallenberg.

Als neue dramaturgische Mittel setzte Erwin Piscator einen Zeichentrickfilm des politisch ganz links stehenden George Groß und eine beträchtliche Anzahl von als Puppen und Marionetten agierenden Schauspielern ein. Und nicht zuletzt entdeckte er das Förderband der industriellen Betriebe für die Bühne. Auf zwei solcher „laufenden Bänder", die nach Bedarf gesteuert werden konnten, spielte sich das ganze Geschehen auf der Bühne ab.

In der Praxis sah das zum Beispiel so aus, daß Max Pallenberg in der Rolle des Schwejk auf dem einen Band unentwegt nach rechts marschierte, aber keinen Meter von der Stelle kam, während auf dem zweiten Band hinter ihm von rechts nach links die Kilometersteine, Bäume, Schänken und Passanten langsam vorüberzogen. Dieser Regie-Einfall, darüber besteht kein Zweifel, war höchst originell und sehr dazu geeignet, die Unrast des Kriegerdaseins symbolisch darzustellen.

Verhöhnung der Kriegsversehrten ...

Weniger erfreulich, aber für die damalige kommunistisch-atheistische Einstellung Piscators bezeichnend, war der Schluß, den er sich für das „Schweijk"-Stück ausgedacht hatte. Der Autor Hasek war kurz vor der Vollendung seines Werkes gestorben, man mußte sich daher im Nollendorftheater einen Abschluß einfallen lassen. Piscator hatte die makabre Idee, echte und gespielte Kriegskrüppel vor Gott als Ankläger aufmarschieren zu lassen. Seine Anweisung für die Besetzung dieser letzten Szene spricht für sich:

„Bettler ohne Beine engagieren,
20 Statisten mit Puppen,
5—6 richtige Krüppel,

Einer, der sich immer auf seine Gedärme tritt,

Einer, der sein Bein schultert,
Einer, der seinen Kopf unter dem Arm trägt,

Arme und Beine aus Rucksack hängend.
Alle mit Lehm und Blut beschmiert.
Zwei kleine Mädchen, sich an der Hand haltend, mit blutigen Gesichtern."

Diese grauenhafte Szene ist nur einmal, und zwar in einer Sondervorstellung für Volksbühnen-Mitglieder gespielt worden. Piscator selbst berichtet darüber: „Auf dem laufenden Band marschierte unter den Klängen des Radetzkymarsches dieser blutige, zerfetzte Soldatenhaufe über die Bühne. Am Anfang ein Kriegsinvalide, dem beide Beine abgeschossen waren und der mühsam versuchen mußte, auf seinen Stümpfen Schritt zu halten. Gott, der Gegenspieler dieser Szene, war von Groß für den Film in einer grausig, grotesken Art so gezeichnet worden, daß er im Gespräch mit Schweijk zusehends zusammenschrumpfte. In der Aufführung sahen wir, daß es so nicht ging."

Diese Entscheidung Piscators hat Seltenheitswert, gehört sie doch zu den ganz wenigen Fällen, in denen er die kommunistische Tendenz seiner Inszenierungen aus eigenem Entschluß abschwächte.

Der Zeichentrickfilm zum „Schweijk", in dem das Militär, die Justiz und die Kirche verhöhnt wurden, hatte für seinen Verfertiger übrigens noch ein unangenehmes Nachspiel: George Groß wurde wegen Gotteslästerung angeklagt.

Als nächste Inszenierung brachte Piscator auf der hinzugenommenen Lessingbühne „Konjunktur" von Leo Lania heraus. Das Stück hieß ursprünglich „Rot gegen Weiß" und hatte den Kampf um das Erdöl zum Thema. An diesem, heute längst vergessenen Tendenz-Schmarren, interessieren nur noch die Begleitumstände. Zitieren wir dazu wieder den Regisseur Piscator:

„Die Frage war für uns deshalb heikel, weil die Stellung der Sowjetunion in diesem wirtschaftspolitischen Kampf um die Absatzmärkte für Öl ... kurz, ihre Stellung als Konkurrent innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft berührt wurde ... In der vorletzten Fassung des Stückes trat die weibliche Hauptfigur (Tilla Durieux) zugleich als Vertreterin des russischen Naphta-Syndikates und als politische Agentin der Dritten Internationale auf. Böswillige oder Unwissende konnten aus dieser Doppelstellung den Rückschluß ziehen, daß die Sowjetunion nationale Revolutionen anzettele, um sich zu günstigen Bedingungen in den Besitz von Öl zu setzen ... Am Abend der Generalprobe ergab sich vor einem Gremium ... aus Vertretern der Kommunistischen Partei Deutschlands, der russischen Handelsvertretung, der russischen Botschaft, daß die Gestalt der Frau Barsin die sowjetrussische Politik zu einer unaufrichtigen und zweideutigen stempelte.

Ich war entschlossen, lieber das Theater zu schließen, als eine Aufführung herauszulassen, die auch nur den leisesten Zweifel an der politischen Haltung der Bühne gestattet hätte!"

Piscators Freund, der Alt-Bolschewik Bert Brecht, fand die ideologisch einwandfreie Lösung: Aus der Genossin Barsin, bisher Vertreterin des sowjetischen Erdöl-Syndikats und der Dritten Internationale, wurde buchstäblich über Nacht eine Vertreterin südamerikanischer Staaten, die ihre Rolle als Sowjetagentin nur vorgetäuscht hatte! — Die „Rote Fahne" war begeistert ...

Ebenso abrupt wie diese Lösung trat der Konkurs der Piscator-Bühne ein. Trotz eines Wuchereintrittspreises von 100 Mark, der den neureichen Kurfürstendamm-Snobs abgenommen wurde, und der Unterstützung durch zahlreiche kommunistische Organisationen war Erwin Piscator nicht in der Lage, die Forderungen der Steuerbehörde fristgemäß zu erfüllen. Das entbehrt nicht einer gewissen Tragikomik: Nicht die leidenschaftlich engagierten politischen Gegner brachten den roten Star-Regisseur und Theaterunternehmer Erwin Piscator zu Fall, sondern die politisch völlig sterilen Gerichtsvollzieher des Fiskus!

Piscator, dem heute ein sozialdemokratisch geführter Volksbühnenvorstand die Möglichkeit bietet, wieder prokommunistische Autoren wie Peter Weiss, aufzuführen, beklagte sich im Jahre 1929 bitterlich: „Wir leben in keinem kommunistischen Staate. Die Identität, die für den Künstler in Rußland zwischen dem gesellschaftlichen Zustand und seiner Arbeit besteht, muß bei uns notgedrungen fehlen. Wir stoßen täglich zusammen mit Begriffen, Verhältnissen und Menschen, die weit von unseren ideellen Zielen entfernt sind, und die wir doch nicht ignorieren können, mit denen wir rechnen und arbeiten müssen. Ein tiefer Zwiespalt zwischen unserm Sein und unserm Wollen ist die unausbleibliche Folge."

Dieser Zwiespalt gehört nun — der Westberliner SPD sei Dank! — der Vergangenheit an. Erwin Piscator kann dem Volksbühnenpublikum wieder vorsetzen, was er will. Die „goldenen" zwanziger Jahre sind für ihn zurückgekehrt. Eine überzeugte marxistische Krähe hackt der anderen bekanntlich nicht die kommunistisch verdrehten Pupillen aus ...

DEUTSCHE
National Zeitung
UND SOLDATEN-ZEITUNG

HERAUSGEBER UND CHEFREDAKTEUR
DR. GERHARD FREY

POLITISCHES RESSORT: Dr. Willy Glasebock; MILITÄRISCHES RESSORT: H. Möller-Witten (REDAKTIONSDIREKTOR), H. Adolph Auffenberg-Komarow; VERANTWORTLICH FÜR „NOTWEG DER 131er": R. Schatton; VERANTWORTLICH FÜR LESERBRIEFE: Trude Böhr; CHEF VOM DIENST Karl Mages (verantwortlich für den redaktionellen Teil, außer „NOTWEG DER 131er"). VERANTWORTLICH FÜR ANZEIGEN: E. Jankowski Sämtliche 8 München-Pasing, Paosostraße 2, Telefon 88 52 64/83 1694/81319, Telex 05/2 46 85. DEUTSCHE SOLDATEN ZEITUNG VERLAGS-GMBH, 8 München-Pasing, Paosostraße 2. DRUCK: Neue-Presse-Verlags-GmbH, 839 Passau, Neuburger Straße 28.

Die NZ mit allen ihren Ausgaben erscheint wöchentlich freitags zum Einzelpreis von 80 Pf. Abonnements nehmen alle Postanstalten und der Verlag entgegen. Bezugspreis bei Postbezug monatlich einschließlich Zustellgebühr: NATIONAL ZEITUNG Normalausgabe (Ausgabe A) DM 3,30; Sudetendeutsche Landesausgabe der NZ DER SUDETENDEUTSCHE (Ausgabe B) DM 3,—; Sudetendeutsche Lokalausgabe der NZ TEPLITZ-SCHÖNAUER ANZEIGER (Ausgabe C) DM 3,40 einschließlich „RADIO-TELEVISION"; Schlesische Landesausgabe der NZ SCHLESISCHE RUNDSCHAU (Ausgabe D) DM 2,75; NOTWEG der 131er (Ausgabe E) DM 3,30. Im Falle höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Zeitungslieferung oder Rückerstattung des Bezugsgeldes. — Wiedergabe auch auszugsweise nur mit Quellenangabe gestattet. — Für unverlangt eingesandte Manuskripte sowie Quellen irgendwelcher Art übernimmt der Verlag keine Haftung; sie werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt. — Zur Zeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 11 gültig. Sie fußt auf einem Grundpreis von DM 2,50 für die einspaltige Millimeteranzeige der Gesamtauflage; DM 1,50 der NZ (Ausgabe A); DM 1,— für DER SUDETENDEUTSCHE (Ausgabe B), TEPLITZ-SCHÖNAUER ANZEIGER (Ausgabe C) oder SCHLESISCHE RUNDSCHAU (Ausgabe D). — Bankkonto Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank München, Zweigstelle Laim, Konto Nr. 6245. Postscheckkonto München 77013. Erfüllungsort München. — Die NZ mit allen ihren Nebenausgaben unterzieht sich der laufenden Auflagenkontrolle durch die IVW.